

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 29. JG NR. 174
März/April 2006 1,50 EURO

Inhalt

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Geht's jetzt endlich los?

14 Jahre nach der ötv versucht nun ver.di zu kämpfen

Es mag vielleicht wertlos sein, aber es ist dennoch ein schönes Gefühl, wenn man feststellt, dass man Recht gehabt hat. Die letzte Ausgabe dieser Zeitung titelte: „Der Streik kehrt zurück!", zu sehen war ein ziemlich wütender King Kong, der versuchte, einen Wolkenkratzer zu erklimmen — ein Verweis auf New York, wo Ende 2005, kurz vor Weihnachten, die Gewerkschaft TWU den öffentlichen Nahverkehr komplett lahm legte. Es ist nicht so unwahrscheinlich, dass jener Streik von 34.000 TransportarbeiterInnen Millionen von Menschen auf der Welt inspiriert hat.

Entlassen wirst Du sowieso

Heute können wir vermelden: Der Streik kehrt nicht nur zurück, er ist in Germany angekommen. Die deutschen Gewerkschaftskolosse setzen sich langsam in Bewegung. Die IG Metall lässt bundesweit markige Tariftöne vernehmen. 5% mehr Lohn. Das klingt nach den Nullrunden und Reallohnverlusten der vergangenen Jahre fast wie offene Rebellion. Wenn man die anstehende Mehrwertsteuererhöhung mal subtrahiert und davon ausgeht, dass man sich am Ende auf irgendwas bei 3,8% einigen wird, ist zwar alles halb so dramatisch. Festzustellen bleibt: Die Bescheidenheit ist vorbei. Wenn wir wenig Lohn fordern, werden Arbeitsplätze abgebaut, wenn wir viel fordern, werden sie auch abgebaut. Ebenso hat sich herausgestellt, dass es völlig wurscht zu sein scheint, ob ein Unternehmen nun rote Zahlen schreibt (wie Opel) oder fette Gewinne einfährt (wie die Telekom und Deutsche Bank). Die Arbeitsplätze werden mal mit der einen Begründung gestrichen (Kapazitäten verringern, Krise meistern), mal mit der anderen (Innovation voran treiben, Marktführerschaft ausbauen). Und die Gier der herrschenden Klasse scheint keine Sättigungsgrenze zu kennen. Ebenso wenig gibt es Bonuspunkte oder Mitleid für besonderes sanftmütige und duldsame Lohnsklaven.

Seit Anfang Februar 2006 befindet sich auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Baden-Württemberg im Ausstand. Es geht gegen die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden; der Streik wird nach einem undurchschaubaren Muster auch in anderen Ländern und Kommunen geführt. Das Urabstimmungsergebnis von 96% in Ba-Wü drückt eine ziemlich eindeutige Stimmung nicht nur an der ver.di-Basis, sondern in der gesamten arbeitenden Bevölkerung aus: Es ist Zeit, einen Punkt zu setzen. Es geht den KollegInnen im Kern nicht um Flächentarifverträge, den ein oder anderen Prozentpunkt Lohnzuwachs oder die Verteidigung der 38,5-Stunden-Woche. Es geht darum, den Spieß wieder herumzudrehen. Nicht immer nur einstecken, sondern auch wieder austeilen zu können.

Was aber will ver.di?

King Kong begegnet Dir auch, wenn Du die Homepage der Gewerkschaft Vereinte Dienstleistungen (www.verdi.de) besuchst. Der Riesenaffe weist auf eine New York-Reise hin, die unter denjenigen verlost wird, die es schaffen, neue Mitglieder zu werben. Seit der Streik beschlossen wurde, steigen die Mitgliederzahlen wieder. Das hat zwei Gründe. Eine Gewerkschaft, die sowieso nicht streikt, erscheint den klüger rechnenden KollgeInnen als reine Geldverschwendung. Da bringt eine gute Rechtschutzversicherung mehr. Dabei sein ist eben nicht alles. Der letzte Streik im Öffentlichen Dienst wurde vor 14 Jahren noch von der ötv unter Wulff-Matthies geführt und kläglich verloren. Eine Gewerkschaft, die ihren Apparat und dessen Gehälter, Immobilien etc. durch Mitgliedszahlungen finanziert, braucht einen Streik also als Werbeträger. So wie Greenpeace zweimal im Jahr in die Tagesschau kommen muss, damit die Spendenzuflüsse und das Merchandising wieder angekurbelt werden. Zweitens besteht über das Streikgeld ein ökonomischer Zwang, einer streikenden Gewerkschaft beizutreten. Sie zahlt logischer Weise nur ihren Mitgliedern Streikgeld. Als Nichtmitglied hättest Du nur die Wahl, ohne Geld da zu stehen oder zum Streikbrecher zu werden. Wenn Du ausgesperrt wirst, bleibt Dir nicht mal diese Möglichkeit.

Als die ötv 1992 ihren Streik abbrach, hatten sich 56% in einer Urabstimmung fürs Weiterstreiken entschieden. Ein Bekannter von mir arbeitete in einem städtischen Betrieb in Köln und zweifelte das Abstimmungsergebnis stark an. In seinem Laden wären schätzungsweise 70% fürs Weiterstreiken gewesen. Wie dem auch sei: Die Gewerkschaftsführung brach ab und hatte einen kompletten Gesichts- und Vertrauensverlust erlitten. Es war der erste ötv-Streik der Nachkriegsgeschichte, er dauerte vom 25. April bis zum 7. Mai 1992.

Fortsetzung auf Seite 6

Gate Gourmet-Streik im fünften Monat

Lernprozesse im Klassenkampf

Der Streik bei der Cateringfirma Gate Gourmet steckt immer noch in der Isolation. Gleichzeitig ist er zum Symbol des Kampfs gegen eine neue Art der Profitmacherei geworden. Die Eigentümerin von Gate Gourmet, die Texas Pacific Group (TPG) mit Sitz in Kalifornien, ist in die Schlagzeilen geraten. Ein Chef dieser Private Equity-Firma bejammert in der „Wirtschaftswoche" (16.2.06), das schlechte Image in der Öffentlichkeit mache ihnen zu schaffen. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst einer kleinen Belegschaft, die mit beachtlicher Geschlossenheit und Entschiedenheit dem modernen Kapitalismus die Stirn bietet.

„Heuschrecken"-Debatte — eine verpasste Gelegenheit

Ein wesentlicher Grund für die lange Dauer des Streiks liegt darin, dass die den Streik tragende Gewerkschaft NGG sich in der Art ihres Gegners gründlich getäuscht hat. Ein paar Tage Streik und einige lange Nachtsitzungen, so die Einschätzung zu Streikbeginn, würden genügen, um ein halbwegs akzeptables Ergebnis zu erreichen. Aber Gate Gourmet bzw. die TPG ließen das übliche Streik-Verhandlungsritual ins Leere laufen. Rheinischer Kapitalismus war mal. Die Renditeerwartungen der internationalen Finanzmärkte diktieren andere Regeln. Bis heute (21.2.) blockiert das Diktat der TPG eine Einigung.

Als die SPD im Wahlkampf mit dem populistischen und nationalistischen Slogan von den „Heuschrecken" die sogenannte „Kapitalismusdebatte" los trat, waren die Motive nur zu durchsichtig. Die sozialen Verwüstungen von Neoliberalismus und kapitalistischer Krise, die von der rot-grünen Koalition „mitgestaltet" worden waren, hatten zu weit verbreiteter Wut auf die herr-



Christoph Joemann

Gate Gourmet-Gebäude am Flughafen Düsseldorf

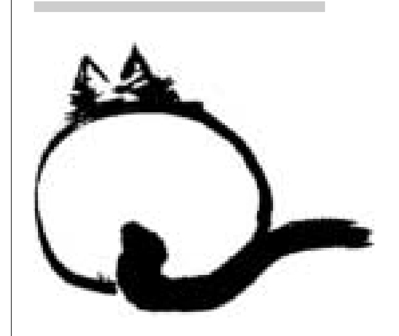
schenden Verhältnisse geführt. Um das Abwandern der Wählerschaft zu linken (oder auch rechtsradikalen) Alternativen zu verhindern, ersann Müntefering eine Form der Kapitalismuskritik, die nicht gleich das ganze System in Frage stellte. Sie sollte sich an „Auswüchsen" abarbeiten, denen die bisherige Regierung durch Steuererleichterungen für das globale Finanzkapital erst den Weg geebnet hatte. Zu Recht wandten sich viele gegen den darin enthaltenen Nationalismus oder sogar Antisemitismus.

Wahr ist aber, dass sich die Gangart im Kapitalismus verschärft hat. Seit dem Zusammenbruch der Börseneuphorie der 90er Jahre experimentieren Kapitalisten mit neuen Anlage- und Verwertungsformen, die deren im Überfluss vorhandener Liquidität zu neuen Profitmöglichkeiten verhelfen sollen. Eine davon nennt sich „private equity". Das bedeutet, dass Kapitalisten über Investmentfonds mit ihrem privaten Eigenkapital Firmen aufkaufen. Durch radikale Umstrukturierungen sollen sie zu weit höherem Preis wieder verkauft werden. Die Investmentfonds erledigen die Drecksarbeit des Kapitals und dürfen dafür Extragewinne einstreichen. Ohne Rücksicht auf Imageschäden krempeln sie Firmen so radikal um, dass sie sich nach ein paar Jahren zum fünf- bis zehnfachen Wert des Einkaufspreises wieder versilbern lassen. Was zählt, ist nur die Einschätzung der Kapitalmärkte. Ob Produktivität und Profitabilität dauerhaft gesteigert werden oder die McKinsey-mäßigen Umstrukturierungen nur Scheinblüten produzieren, ist egal. Daher läuft das gewerkschaftliche Vertrauen auf das Interesse der Manager an einem rheinisch-produktiven Betriebsklima ins Leere.

Im Fall Gate Gourmet hat dieser Gegensatz zwischen verschiedenen Managementkulturen bereits Köpfe rollen lassen. Der bisherige Deutschland-Chef, Dietmar May, muss gehen, weil er die Vorgaben der TPG nicht umsetzen wollte — oder konnte („Handelsblatt" vom 6.2.06).

Fortsetzung auf Seite 4

Catwalk



Gewerkschaft zum Trinken

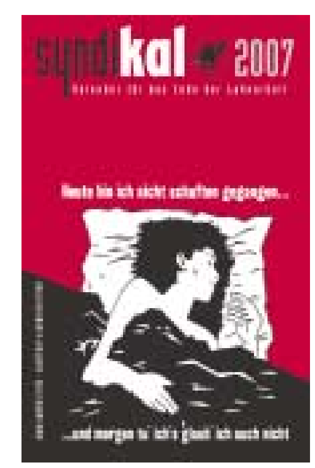
CNT Spanien editiert Soli-Wein. Das Regionalkomitee der CNT Extremadura hat einen Solidaritätswein abfüllen lassen, um den Kampf gegen eine geplante petrochemische Fabrik in der Region auch finanziell führen zu können. Es wird befürchtet, dass das Leben in der Extremadura, in der viel kleinflächige Landwirtschaft und auch biologischer Anbau betrieben wird, durch solche Großprojekte wie Raffinerien zerstört wird, es soll sich auch ein Atomkraftwerk in Planung befinden. (mehr unter www.cnt.es/extremadura)



Für Menschen in Deutschland, die diesen Kampf von hier aus unterstützen möchten, hat die Café Libertad-Kooperative eine größere Menge des Weines importiert und bietet ihn für 4,85 Euro pro Flasche an. Mehr gibt's unter www.cafe-libertad.de

Kauf Dich glücklich

SyndiKal — Taschenkalender für das Ende der Lohnarbeit. SyndiKal soll eine tägliche Hilfestellung für alle sein, die sich im Betrieb und im Stadtteil gegen den sozialen Angriff und die tödliche Normalität des Kapitals und seines politischen Systems zur Wehr setzen. SyndiKal wird neben Hintergründigem zu jedem Monat des Jahres u.a. einen Infoteil mit Tipps enthalten, wie man gegen Bosse und Behörden die Nerven behält, sowie nützliche Adressen von Gruppen und Medien aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. SyndiKal wird herausgegeben vom Syndikat A-Medienvertrieb und wird in jedem guten Buch- und Infoladen zu haben sein. Er wird ca. 200 Seiten umfassen und ca. 6,50 Euro kosten.



SyndiKal kann ab sofort vorbestellt werden bei syndikat-a@fau.org oder www.syndikal.info.

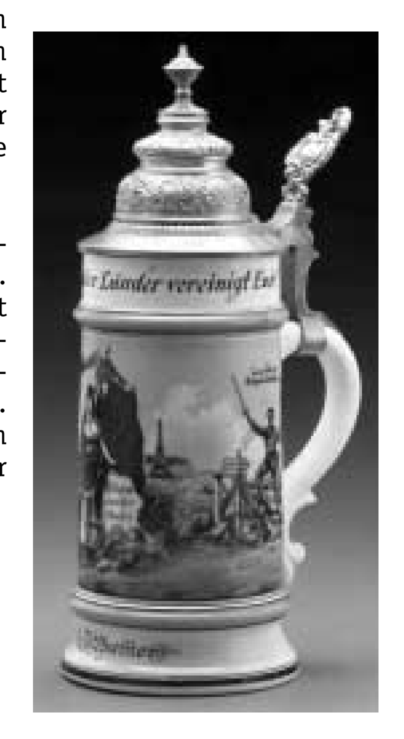
FAU-Ticker

+++ bei FAU-MAT gibt es jetzt wieder Plakate (Demokratie?, Freiheit?, Wohlstand?) +++ die FAU Magdeburg plant im April eine Tournee mit „Abolishing the borders from below" +++ Solidaritätsaktionen für die CNT Sevilla gegen „Plus" fanden in Hamburg, Berlin, Hannover, Braunschweig, Bonn, Giessen, Leipzig statt; weitere sind in Planung +++ ebenfalls gab es etliche Unterstützungsaktionen für den Streik bei Gate Gourmet; auch hier wird es weitere geben +++ in Dachau ist eine eigene Ortsgruppe in Gründung +++ die FAU Hannover beteiligte sich am Streik im Öffentlichen Dienst gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche und forderte die Beibehaltung des BAT sowie die Gleichstellung aller neu eingestellten KollegInnen +++ Kneipenabend der FAU Lahn im Café Sabotage jetzt regelmäßig jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 21 Uhr +++ die FAU Magdeburg ruft zur Solidarität mit den Streikenden bei AEG und zum Boykott von AEG Electrolux-Produkten auf +++ im Januar fand in Bielefeld das halbjährliche Treffen der Bildungssyndikate und -initiativen statt, es wurde u.a. eine stärkere Auseinandersetzung mit den elektronischen Studienverwaltungssystemen vereinbart +++ der nächste Pfingstkongress der FAU findet vom 02.-05. Juni in Löhne statt +++ die FAU Lahn sammelt Spenden für die zapatistischen Gemeinschaften in Chiapas; Anfang letzten Oktobers führte dort ein Hurrikan zu starken Beschädigungen und Zerstörungen +++ das nächste Regionaltreffen der FAU Ost findet am 25. März in Magdeburg statt +++ das Regionaltreffen der FAU West ist für den 26. März geplant; der Ort steht noch nicht endgültig fest +++ geänderte Öffnungszeiten des offenen Büros der FAU Berlin +++ Berlin: Der Stammtisch von Berufstätigen aus der Pflege und dem Gesundheitswesen/Gründungsinitiative Gesundheitssyndikat trifft sich jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat um 19 Uhr im Café Walden, Hinterzimmer, Choriner Straße 35; Kontakt: asy-b@fau.org +++ die FAU Leipzig solidarisiert sich mit den aufgrund ihrer Organisationsbestrebungen inhaftierten Teheraner Busfahrern; vor Ort informierte die FAUL Busfahrer der LVB, gab ein Radiointerview und sammelte Spenden (Konto: siehe www.fau.org, 10.2.) +++ Berlin: FAU-Tresen jeden ersten und dritten Do. im Subversiv +++ offener Abend der Gewerkschaft für alle Berufe Frankfurt an jedem ersten Donnerstag im Monat in der Mühlgasse 13 +++ auf dem nächsten Regionaltreffen Süd möchte eine Gruppe als OG/VAB Lich aufgenommen werden +++ das Allgemeine Syndikat Osnabrück trifft sich jetzt mittwochs ab 18 Uhr +++

Die neueste Ausgabe dieser Zeitung ist fertig, und resümierend, welche Themen die letzten Wochen in der öffentlichen Diskussion waren, fällt mir zuerst mal auf, was in der Direkten Aktion alles *nicht* steht. So erwähnen wir zum Beispiel die Vogelgrippe in keinem Artikel, obwohl das Thema zur Zeit ja in aller Munde ist. Und das ist auch gut so. Denn wenn man die Medienberichte verfolgt, trifft man auf wenig klare Fakten, dafür aber auf jede Menge Spekulationen. Muss ich jetzt Angst vor einer Ansteckung haben oder nicht? Ich weiß es nicht, und ich werde es auch nicht erfahren, wenn ich mich brav über die Medien informiere. Irgendwie obskur erscheint mir das ganze. „Erinnern Sie sich an die Geschichte mit den Killerbienen?", fragte Michael Moore in seinem Film „Bowling for Columbine". Ihm war aufgefallen, dass die amerikanischen Medien die Bevölkerung regelmäßig mit Horrorgeschichten in permanente Angst versetzen. Ziehen die Medien hierzulande jetzt nach? Wir werden uns auf jeden Fall nicht daran beteiligen, zu spekulieren, ob Menschen sich anstecken könnten oder nicht; oder ob — welch schreckliche Vorstellung — die Weltmeisterschaft eventuell wegen Vogelgrippe ausfallen muss.

Der Kampf der Kulturen, der Werte- und der Religionsgemeinschaften ist zwar nicht völlig spurlos an dieser Ausgabe vorbeigezogen, spielt aber eine angemessen untergeordnete Rolle. In der öffentlichen Debatte werden ja mal wieder die unterschiedlichsten Aspekte zu einem einzigen zähen Brei religiöser, ja angeblich sogar in erster Linie kultureller Unterschiede zusammengerührt, so dass es schon ziemlich schwer wird, wieder Struktur in die Sache zu bringen und weltpolitische Gegensätze, religiöse sowie kulturelle Unterschiede auseinander zu halten und in die richtige Beziehung zueinander zu bringen. Davon profitieren alle, die ihr eigenes Süppchen kochen wollen und sich aus dem ganzen Gemantsche immer genau das raussuchen, was sie brauchen, um die einen gegen die anderen in ihrem Sinne aufzuhetzen. Bemerkenswert ist dabei, dass der Anlass eine Frage der Meinungsfreiheit gewesen sein soll, die in unserer „Wertegemeinschaft" ja auch nicht so unangefochten dasteht, die es aber bei „den Islamisten" selbstverständlich nicht gibt. Und dann wird auf einmal auch hierzulande offen darüber philosophiert, ob man es nicht generell verbieten sollte, Religionen zu „verunglimpfen" — was immer das heißen mag. Vielleicht verstehe ich das ja auch alles falsch, und sollte mich freuen, dass die westliche Welt sich dem Osten freundschaftlich annähert, wenn man den Straftatbestand der Gotteslästerung wieder einführt. Auf jeden Fall macht es mir Angst, wenn ich höre, dass beim Karneval jetzt in vorauseilendem Gehorsam schon mal auf jedwede Späße verzichtet wird, die auf Kosten der Kirche gehen.

Nein, das alles ist nichts für die Direkte Aktion. Über Arbeitskämpfe dagegen berichten wir immer gerne. Auch in dieser Ausgabe wieder. Eines werdet ihr, liebe Leser, aber dennoch missen müssen: Auch über den Streik bei AEG wird nicht berichtet. Das liegt jetzt aber nicht daran, dass uns das Thema nicht interessiert, sondern hat allein redaktionelle Gründe. Wir haben es einfach nicht geschafft. Aber es gibt auch genügend über andere Arbeitskämpfe zu berichten.



Übrigens scheint der letzte Leitartikel bisher ganz richtig gelegen zu haben. Es ist ja allerhand los im Moment. Und es zeigt sich, dass Kämpfen gelernt und gut organisiert sein will. Eines der wichtigsten Probleme stellen immer wieder die Streikbrecher dar. Und wäre es nicht so traurig, könnte man sich schon fast darüber amüsieren, dass die Gewerkschaften, die bisher gegen die zunehmende Prekarisierung und speziell gegen Hartz IV nichts großartig einzuwenden hatten, jetzt mit LeiharbeiterInnen und „Ein-Euro-JobberInnen" bekämpft werden. Da zeigt sich, wie wichtig eine gesamtgesellschaftliche Perspektive ist . Und dass es falsch ist, sich abzugrenzen und auf das eigene Land, die eigene Branche und eigentlich auch nur auf diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, zu beschränken.

Hoch die internationale Solidarität aller Lohnabhängigen!

Holger (Dortmund, Layout)

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen ..... FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, www.fau-bremen.de.vu
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen

Bielefeld .... c/o „Umweltzentrum",August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld, Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu

Flensburg .... c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg

Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Freitag, 19 Uhr, fauhh@fau.org, Tel. (040) 43 22 124

Hannover .... UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Dienstag 21 Uhr, letzten Dienstag im Monat offener Abend ab 20 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org

Osnabrück ... FAU-IAA Osnabrück, Postfach 1925, 49009 Osnabrück Treffen: Café „Mano Negra", Alte Münze 12, jeden Mittwoch 18 Uhr Allgemeines Syndikat, 20 Uhr Bildungssyndikat, fauos@fau.org

Region West

Bochum ..... Kontakt über FAU Dortmund, faudo@fau.org, öffentliches Treffen: Jeden dritten Donnerstag im Monat ab 19 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31

Bonn .... FAU OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, Telefon: (0228) 90 93 171, E-Mail: faubn@fau.org, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mittwoch 20.30h

Dortmund .... c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, Tel. : (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, faudo@fau.org

Duisburg .... FAU Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, öffentliches Treffen: Jeden ersten Donnerstag im Monat um 21 Uhr in der Kneipe „DJÄZZ", Börsenstr.11, Info-Telefon und SMS: 0179 325 86 48, faudu@fau.org, http://www.fau-duisburg.tk

Düsseldorf ... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, faud@fau.org, Fax: 01212-5-110-29-174, Fon/SMS: 0179-32 586 48, www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf oder www.free.de/asti

Köln .... Allgemeines Syndikat und Arbeitslosen-Syndikat c/o Infoladen „LC 36", Ludolf-Camphausen Str.36, 50672 Köln, jeden ersten Donnerstags um 20.00 Uhr, ask@fau.org

Krefeld 02151/394270

Moers ...... c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org

Münster ..... FAU Münster, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, offenes Plenum jeden letzten Sonntag im Monat um 19 Uhr im Dahlweg 64, Café und Filmabend jeden 2. Sonntag im Monat, 20 Uhr im „Don Quijote", Scharnhorststr. 57, 48151 Münster

Region Ost

Altenburg .... fauabg@fau.org

Berlin ...... Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org,Tel.: 030 - 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, offenes Büro Dienstags 16 - 20 Uhr
Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mittwoch im Monat 19 Uhr,
Bildungssyndikat, 1. und 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr, bsy-b@fau.org
Kultursyndikat, 1. und 3. Donnerstag im Monat 20 Uhr, ksy-b@fau.org
GNLL-Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Donnerstag im Monat 20 Uhr, faugrs@fau.org
FAU-Tresen jeden 1. und 3. Do. ab 21.00 Uhr im Subversiv, Brunnenstr.7 /2.HH, Berlin-Mitte, U8 Rosenthaler Platz

Dresden ..... FAU Dresden, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16 - 20h, fau-dd@gnuviech.info

Göttingen ... FAU-IAA Göttingen, c/o Buchladen „Rote Straße", Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

Gransee ..... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, faugrs@fau.org
c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh

Halle/Saale ... c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT

Leipzig ...... c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17-18 Uhr, leipzig@fau.org

Magdeburg ... FAU Magdeburg, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg

Potsdam .... FAU Potsdam, Dortustraße 65, 14467 Potsdam, Tel.: 0176/29550100, faupdm@fau.org, http://www.fau.org/ortsgruppen/potsdam, offener Abend des ASy Potsdam jeden Donnerstag ab 20 Uhr

Strelitz ..... Kontakt: 0171/9547879

Region Süd

Dachau ..... Kontakt über München

Frankfurt/M. . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, Sonntags 19 Uhr, fauffm@fau.org

Freiburg ..... FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr@fau.org, Treffen jeden Mittwoch gegen 20 Uhr im autonomen Zentrum KTS

Gießen/Wetzlar FAU Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44de.vu, jeden Montag 19 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats

München .... Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, 0173 - 4048195, info@fau-muenchen.de

Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen

Wiesbaden ... GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Schweiz

FAU-CH ...... Postfach 580, CH-8037 Zürich

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate: bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft: Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Osnabrück | West: Münster | Ost: Göttingen | Süd: München

Geschäftskommission der FAU-IAA

Wolfstr. 10, 53111 Bonn, Tel.: 0228 - 9637775, geko@fau.org

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

c/o FAU Bonn, is@fau.org

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vika 0121, N - Oslo (Norge), secretariado@iwa-ait.org, http://www.iwa-ait.org

Über die Kofferträger des 21. Jahrhunderts

Arbeitsbedingungen am Frankfurter Flughafen

Die Fraport AG ist mit 13.000 Arbeitnehmern am Standort Frankfurter Flughafen der zweitgrößte Arbeitgeber im Rhein-Main-Gebiet. Unter dem Vorstandsvorsitzenden W. Bender ist man größte Dienstleistungsgesellschaft und Betreiber des Flughafens.

Man muss nur Terminal 1 betreten, schon wimmelt es um einen herum von Sicherheitspersonal, Kofferträgern, Zeitungsverkäufern und noch mal Sicherheitspersonal. Das ist übrigens die FIS, Flugsicherheit Service- und Beratungs-GmbH, bei denen herrschen so schlechte Arbeitsbedingungen, dass sogar die BILD in einem reißerischen Artikel über die armen FISsis berichtet hat, die haben sich auch dann alle gekauft, machen die meisten ja sowieso. Der Frankfurter Flughafen lässt sich unterteilen in die der Öffentlichkeit zugänglichen Terminals 1 und 2. Der Großteil der Beschäftigten arbeitet in einem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Teil, der durch Personalkontrollen, Ausweisstellen und Drehtore von den öffentlichen Räumen abgetrennt ist. Da sitzt übrigens dann wieder die FIS. Durch diesen sicherheitstechnischen Hindernissparcour kommt man nur mit entsprechendem Ausweis, Magnetstreifen, Foto. Die Terminals blitzen vor Sauberkeit, in den Bereichen der Arbeiter wird auf Hygiene weniger Wert gelegt. Verdreckte Toiletten. Fäkalgeruch in den Umkleideräumen, unsaubere Arbeitsbereiche sind mehr die Regel als die Ausnahme; in First Class-Schalterbereichen werden jeden Tag frische Rosen aufgestellt, passend zum eleganten Ambiente. Abgesondert von den einfachen Fluggästen in den First Class-Lounges erhält der Gast kostenlos Massagen, der Arbeiter wird mit Rückenbeschwerden nach Hause geschickt. Und darum geht's. Ein Schwerpunkt der Fraport AG am Flughafen bilden die Bodenverkehrsdienste, Organisationseinheit Gepäck. Die dort Beschäftigten bekleiden im historischen Kontext betrachtet den Arbeitsstand des Kofferträgers, oder wie es im heutigen Sprachgebrauch heißt, des Gepäckabfertigers.

Zum Transport des Gepäcks wird der Frankfurter Flughafen durchzogen von einem gewaltigen Schienensystem, auf dem blaue Wannen Koffer zu ihrem jeweiligen Bestimmungsort bringen, vom Flugzeug weg oder zum Flugzeug hin. Das Gepäck wird mittels eines Barcodesystems erfasst und dann auf den Wannen weggefahren oder von Fahrern in diesel- oder elektrobetriebenen Fahrzeugen in Containern weggebracht. Unterbrochen wird die Reise eines Koffers von zwei oder mehreren Umladeprozessen, die alle von männlichen Arbeitern ausgeführt werden. Diese arbeiten an Fließbändern, die sich entweder in einer Halle oder einem anderen Flugzeug- und Passagiernahen Komplex am Frankfurter Flughafens befinden. Ein typischer Arbeitsvorgang ist das Ein- oder Ausladen von Containern. Je nach Bauart enthält dieser dreißig bis sechzig Koffer. Die durchschnittliche Masse eines solchen Koffers liegt zwischen drei und vierzig Kilogramm. Im Regelfall wiegen die schwereren Koffer fünfunddreißig und die leichteren fünfzehn Kilogramm. Der Arbeiter steht zwischen dem angelieferten Container und einem Fließband, dass so um die fünf Meter lang und einen Meter breit ist. Dem Fließband vorgelagert ist ein zwanzig Zentimeter hohes Podest, welches die Standfläche für den Arbeiter bildet. Es soll die Hubarbeit für den Arbeiter erleichtern. Manchmal steht er auch auf dem Boden. Fahrer bringen die Container direkt vor das Fließband oder stellen es bei der Anlieferung vieler Container in der Nähe ab. Der erste Schritt des Arbeiters ist es dann, einen solchen Container zwischen sich und das Fließband zu ziehen. Dann beginnt das Ausladen des Containers. Man beginnt mit der obersten Schicht Koffer, die maximal eine Armlänge über dem Kopf, je nach Größe des Arbeiters, beginnt. Koffer für Koffer wird der Container dann entleert, wobei man später eine bückende Haltung einnimmt oder sich in den Container begibt. Ist der Container leer, wird er wenige Meter weggezogen, und dann beginnt das Spiel aufs neue; Container heranziehen, ausladen usw. Ausschlaggebend für die Anzahl der Koffer, die ein Arbeiter jeden Tag bewegt, ist das Tagesgepäckaufkommen an dem Fließband, zu dem der Arbeiter von seinem Vorgesetzten befohlen wurde. Er kann 150 oder 700 Koffer innerhalb seiner Schicht bewegen. Das Tagesgepäckaufkommen an einem bestimmten Fließband ist jeden Tag identisch. Wer wenig Koffer bewegen muss, hat viel Leerlauf, ein anderer arbeitet ohne Unterbrechung. Die Arbeit ist körperlich sehr belastend. Hauptbelastungszonen des Körpers sind Handgelenke, Schulter, Rücken und Knie. Zur Verhinderung einer Austrocknung des Körpers stehen vereinzelt Wasserspender in den Hallen der Arbeiter. In der Vergangenheit gab es Fälle von kollabierenden Kollegen. Sporadisch und selten wird an Arbeiter im Sommer auch Obst verteilt. In den Einsatzzentralen stehen dann Paletten Obst, wo sich der Arbeiter eine Banane oder einen Apfel nehmen darf, wer will auch zwei. Im regelmäßigen Turnus fahren sog. Getränkewagen herum, die man aber eher zufällig antrifft und an denen man sich Tee oder Suppe in einen Becher abfüllen kann.



Es ist augenfällig, dass die Gepäckabfertigung nur von Arbeitern im Alter zwischen achtzehn und vierzig geleistet wird. Dies ergibt sich aus der hohen Belastung, die zwangsläufig eine gesundheitliche Schädigung nach sich zieht. Es kommt hierbei im wesentlichen auf die Physiognomie des Arbeiters an, manche kündigen schon nach einer Woche. Eine Behinderung tritt nach wenigen Jahren ein. Um einer Schädigung des Rückens vorzubeugen, erhält der Arbeiter bei Anstellung einen stabilisierenden Gürtel, wie er ähnlich auch im Krafttraining eingesetzt wird. Dieser Gürtel wird je nach Belieben des Arbeiters getragen oder nicht. Kurse zur Prävention von Rückenschäden werden nicht flächendeckend von der Fraport AG angeboten. Ebenso tragen Mitarbeiter nur vereinzelt Ohrstöpsel. Über die gesundheitliche Belastung durch Flugzeug- und andere Abgase kann ich keine Einschätzung geben, aber sie ist natürlich vorhanden. Es riecht nach Kerosin. Innerhalb des Berufsstandes des Gepäckabfertigers ist die Anzahl berufsbedingter Arbeitsunfähigkeiten eine feststehende Zahl, mit der sich die Gewerkschaften und die Unternehmensleitung wirtschaftlich auseinandersetzen. In ihrer internen Zeitschrift teilte die Gewerkschaft ver.di Fraport ihren Mitgliedern mit, die Fraport werde nun arbeitsunfähig gewordenen Mitarbeiter des BVD OG in anderen Dienstleistungsbereichen wie der FIS weiterbeschäftigen. Dies bedeutet für den körperlich Ausgebeuteten im Regelfall neben einer körperlichen Behinderung gleichzeitig auch eine Verschlechterung seines Gehalts. Das Grundgehalt ist niedriger, es entfallen dem Arbeiter auch mögliche Gehaltszuschläge wegen langjähriger Mitarbeit oder vergünstigte Essenspreise in der Kantine. Er verdient dann weniger als neun Euro die Stunde. Oftmals werden die Arbeiter, die bei ihrer Einstellung noch völlig gesund sein mussten, einfach hinausgemobbt und sind dann arbeitslos.

Die Facetten der Ausbeutung der Beschäftigten bei der Fraport AG sind vielfältig. Autoritäre Prinzipien spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Dem Gepäckabfertiger vorgesetzt ist der Gepäckmeister, diesem der Abteilungsleiter, darüber befindet sich der Verwaltungsapparat. Der Gepäckmeister ist meist ein verdienter Gepäckabfertiger, also einer der Arbeiter; die Gruppenleiter können junge aufstrebende Bürokraten sein, die versuchen, Arbeitsabläufe zu optimieren. Dazu zählt eine Droh- und Bestrafungsrhetorik, die den Arbeiter explizit mit Versetzung zu einer der Knochenmühlen des Frankfurter Flughafens oder mit der Entlassung konfrontiert. Überhaupt kann sehr viel von diesen Gruppenleitern, die sich willkürlich durch die Hallen oder Gates bewegen, abgestraft werden. Zeitung lesen, Mütze falsch rum sind harmlose Vorfälle im Vergleich zu Fragen der Schichtvergabe oder der Möglichkeit eines schlechten Berichts an den Verwaltungsapparat. Personalentscheidungen werden nach Effizienz getroffen. Mit Gründung einer Tochtergesellschaft (APS) hat die Fraport AG ein passendes Mittel geschaffen, das Belegschaftsprofil in den Niedriglohnsektoren dahingehend zu transformieren, indem versucht wird, gegen den Willen des Arbeiters ein schlechteres Arbeitsverhältnis durch Neueinstellung in der APS zu erreichen oder ihn einfach nur zu ersetzen.

Das Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer wird dominiert durch die Gewerkschaft ver.di und die Unternehmensführung der Fraport AG, Bender und Co. Es gab einen Brauch, bei dem die Vorstandsetage der Fraport AG einen Tag im Jahr in einem Gate oder in einer der großen Hallen arbeiten musste. Man hat ihn wieder abgeschafft ... Wie man die Augen beim Anblick einer Leiche verdeckt, muss den Managern klar geworden sein, welchen Schaden sie bei der Belegschaft des von ihnen geführten Unternehmens anrichten.

Peter Drescher

Kolumne Durruti



Mein lieber Mohammed!

Dass Du keinen Bock darauf hast, gezeichnet oder fotografiert, ja, irgendwie abgebildet zu werden - geschenkt. Sie sieht ja auch wirklich ziemlich retro aus, Deine wuchernde Gesichtsfrisur unter diesem lächerlichen Kopffeudel. Aber da können doch die Zeichner dieser Welt nichts dafür. Du hättest Dich halt zu Lebzeiten mehr um Deine optische Performance kümmern müssen. Nun aber wegen ein paar Schmierfinken gleich ein ganzes Volk zu verdammen, halte ich wirklich für übertrieben. Und ausgerechnet diese putzigen Dänen, die doch nie jemandem etwas zu Leide getan haben!

Naja, im frühen Mittelalter haben ihre Drachenboote natürlich halb Europa unterjocht und später gab es dann mal den deutsch-dänischen Krieg. Aber wann sind sie jemals mit Euch Moslems in Konflikt geraten? Selbst beim Irak-Krieg waren sie nur mit einem U-Boot dabei. Das tuckerte zu Kriegsbeginn - tucktucktuck - aus dem Kopenhagener Hafenbekken und erreichte zwei Wochen nach Kriegsende - tucktucktuck - den persischen Golf, in dem es dann beim Herumkreuzen - tucktucktuck - höchstens ein paar Fischschwärme aufscheuchte, bevor es sich - tucktucktuck - wieder auf den langen Heimweg machte.

Oder denk mal an das Öl: Wann immer Saudi-Arabien in den letzten 50 Jahren den Ölpreis erhöhte - die dänischen Produzenten sind doch stets zuverlässig mitgezogen!

Ja, die Dänen sind Euch Moslems näher als Ihr glaubt. Schon ihre uralte Mythensammlung „Edda" enthält zwar wesentlich mehr Sex & Crime als der Koran, ist aber ähnlich verquast geschrieben. Darüber hinaus trugen auch die Dänen zu Deinen Lebzeiten, lieber Mohammed, gerne Fusselbärte zu komischen Kopfbedeckungen. Stell Dir doch mal Wickis Papa Halwa mit einem Turban vor... Na, kommt Dir das Gesicht bekannt vor? Und war es nicht Dänenprinz Hamlet, der den Europäern im 17. Jahrhundert mit seiner Frage „Schwein oder nicht Schwein?" das, neben dem Poppen minderjähriger Jungfrauen wichtigste Kernthema Deines Korans nahe brachte? Vom dänischen Volksdichter Hans-Christian Andersen, der im 19. Jahrhundert so bedeutende muslimische Lehrschriften verfasste wie „Das Selbstmordattentäterchen mit den Schwefelhölzern", von dem will ich hier gar nicht erst anfangen. Wirklich, Mohammed, ausgerechnet die Dänen zum Ziel heiligen Zorns zu machen, ist nicht nett von den Deinen, besonders weil es unsere bürgerliche Presse hier ganz furchtbar um ihren Restverstand bringt. Nicht nur, dass sich sämtliche deutschen Zeitungen sofort bemühten, diese zwölf Bilderwitze für „schlecht" zu erklären (dabei fand ich den, wo Du, Mohammed, die zerfetzten Selbstmordattentäter an der Himmelstür zurückweist, weil nicht mehr genug Jungfrauen da sind, eigentlich ganz witzig) - nein, die taz sah sich sogar bemüßigt, die Frage aufzuwerfen, bis wohin Pressefreiheit gehen dürfe, und wo der Respekt vor anderen Kulturen zu beginnen habe. Und das fand ich ziemlich kurios. Vor allem, wenn man sich vorstellt, worauf sich dieser „Respekt" dann im Sinne der Gleichheit ja auch beziehen müsste: Scientology, die Zeugen Jehovas, US-amerikanischen Patriotismus, bayrisches Brauchtum und die CDU-Parteispendenkultur, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch habe ich mir sofort die Frage gestellt, ob jener „Respekt" nicht nur in der Presse, sondern auch im Alltag stattzufinden habe, meine Freundin sich also zu verschleiern hätte, wenn sie in Zukunft einen Döner ...?

Aber, lieber Mohammed, für die taz wollte ich Dich nicht verantwortlich machen. Dich wollte ich eigentlich nur bitten, die Deinen zur Mäßigung aufzurufen, und vor allem mal darüber nachzudenken, wie schnell man sich mit seinem polterndem Machogehabe selbst der Lächerlichkeit preisgibt. Wenn man zum Beispiel mit einem Boykott für dänische Waren drohen will, dann sollte man sich vorher lieber durchrechnen, wie viele Hot-Dogs und in Sherry eingelegte Matjesheringe auf der arabischen Halbinsel eigentlich pro Jahr verzehrt werden, bzw. ob den Dänen dieser Exportverlust nicht genau so am Arsch vorbei gehen kann wie den Filzläusen in Deinem Bart das ewige Surengebrabbel.

Nix für ungut! Dein atheistischer Hassprediger,
Mahmud al Liski

TERMINE

▸Berlin
Fr. 31. März, 21.00 Uhr
KvU, Kremmener Str. 9-11, U2 Eberswalder Str. / U8 Bernauer Str.
Soli-Konzert: „Hausalarm!" FAU-Party in der legendären KvU — mit „The Joseph Boys" (alias Bruder &Kronstädta), gTUK (Elektro-Gebratze) und anschließendem Tonträgermißbrauch

▸Bremen
So. 30. April, 21.00 Uhr
Naturfreundejugendhaus, Buchtstrasse 14/15
Tanz in den Mai, Disco

▸Frankfurt/M
Do. 2. März, 20.00 Uhr
FAU Ffm, Mühlgasse 13, Frankfurt-Bockenheim
„Aufstand in Patagonien" — Dokumentarischer Spielfilm von Oswaldo Beyer

▸Hamburg
Fr. 10. März, 20.30 Uhr
in der „Schwarzen Katze"
Robert Brack liest aus „Haie zu Fischstäbchen" anlässlich der Wiedereröffnung der Libertären Bibliothek Hamburg

▸Magdeburg
Fr. 3. März, 19.00 Uhr
Blaue Welt Archiv, Thiemstr.13, Magdeburg-Buckau
Den Himmel stürmen, eine Theoriegeschichte des Operaismus — Buchvorstellung und Diskussion

▸München
So. 26. März, 20.00 Uhr
Kafe Marat, Thalkirchner Str. 104
Land and Freedom — Film von Ken Loach mit Begleitreferat

So. 30. April, 20.00 Uhr
Kafe Marat
Pedro Soriano — Spanischer Anarchist und Songwriter spielt Musik zu lecker Vokü

▸Münster
So. 12. März, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Die Rote Zora I — Die FAU Münster präsentiert den Kinderserien-Klassiker der 80er

So, 9. April, 20.00 Uhr
Don Quijote
Die Rote Zora II

So, 30. April
Cinema, Warendorfer Str. 45
Eine Episode aus der Geschichte des ArbeiterInnenwiderstands in cineastischer Aufbereitung

▸Osnabrück
Sa. 8. April
Schwarzroter Samstag, Workshops zu Theorie, Praxis und Kultur

Mo. 1. Mai, 14.00 Uhr
Hauptbahnhof
Du bist die soziale Revolution! Demo in Osnabrück

▸Potsdam
Sa. 18. März, 14.00 Uhr
Hauptbahnhof
Überregionale Antirepressionsdemo am „Tag der politischen Gefangenen"

Weitere Termine unter: http://www.fau.org/termine

Flyer und Protestfax könnt ihr bei der FAU Bonn runter laden: http://www.fau-bonn.de Protestbriefe, -faxe und -anrufe bitte an: Plus Warenhandelsgesellschaft mbH, Herrn Hans-Josef Nelle (Vorsitzender Deutschland) und/oder Michael Hürter (Vorsitzender Europa), Wissollstrasse 5-43, 45478 Mülheim an der Ruhr Weitere Plus-Beschwerdekontakte: Telefonisch: (0208) 583-0, per E-Mail: (ndinter@plus.de) oder per Fax: (0208) 5 83 – 22 39

Ein Angriff auf eine von uns ist ein Angriff auf alle!

FAU-IAA unterstützt die Kampagne der CNT zum Schutze der Rechte von Arbeiterinnen bei Plus

Fátima Fernandéz, Arbeiterin der Plus-Filiale „Carretera de Su Eminencia" in Sevilla (Spanien) und Mitglied der CNT, wurde schon zum 20. Oktober 2005 gefeuert. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete sie schon fünf Jahre für Plus/Tengelmann. Sie verdiente ca. 500 Euro monatlich und wurde im Vierschichtsystem eingesetzt (in Spanien gibt es keinen Ladenschluss, und die Filiale war 24 Stunden am Tag geöffnet).

Nachdem Fátima eine Tochter bekommen hatte, bat sie ihren Boss um eine feste Mittagsschicht (12–16 Uhr), um ihr Kind betreuen zu können. Nach wiederholten schriftlichen Anträgen, die von der Firma nie beantwortet wurden, wandte sie sich an das Arbeitsgericht. Das Gericht gab ihr Recht und verlangte von Plus, „die Kollegin zu festen täglichen Zeiten von 12–16 Uhr zu beschäftigen, damit es ihr ermöglicht wird, sich um ihre Tochter zu kümmern und zwar bis zum 31. März 2010, wenn das Kind sechs Jahre alt sein wird".

Weniger als 38 Stunden später, nach erfolgreichem Prozeß, wurde sie gefeuert!

Plus — die miesen Arbeitsbedingungen winken?

In den Wochen bis zu ihrem letzten Arbeitstag bekam sie einen völlig abgelegenen Arbeitsplatz, an einer nie genutzten Kasse, um sie von ihren Kolleginnen zu isolieren. Während des Sommers, wenn es in Sevilla bis zu 40-45 Grad Celsius heiß wird, musste sie täglich um 14.30 Uhr alleine die schweren Müllsäcke zu den mehrere hundert Meter entfernten Containern tragen.

Natürlich ging das nicht spurlos an ihr vorbei. Fátima erlitt einen Schwächeanfall und musste in eine Klinik eingeliefert und behandelt werden. Bei einem erneuten Verfahren beim Arbeitsgericht wurde festgestellt, „dass die Arbeitszeiten, zu denen Fátima gezwungen wird, psychologische Beeinträchtigungen sowohl der Mutter als auch des Kindes mit sich bringen werden".

Grenzüberschreitende Solidarität

Anfang des Jahres machte die CNT Sevilla den Fall innerhalb der CNT und der IAA bekannt. Seitdem wurden Aktionen vor Plus-Filialen u.a. in Madrid, Granada, Valladolid, Gipzukoa und Segovia durchgeführt. Die FAU wurde u.a. am 09.02. in Berlin, am 10.02. in Bonn, am 13.02. in Braunschweig, am 14.02. in Hannover und am 23.02. in Giessen aktiv. In Österreich und der Schweiz sind Aktionen durchgeführt worden, und Plus selbst verfügt zusätzlich noch über Filialen in Polen, Portugal, Tschechien und Ungarn, wo zum Teil schon Aktionen angekündigt wurden. Die KollegInnen und die KundInnen reagierten überwiegend mit wohlwollendem Interesse, die Filialleiter drohten auch schon mal damit, die Polizei ein zu schalten. In einigen Filialen waren die Beschäftigten offenbar schon vorab von der Geschäftsleitung auf mögliche Aktionen vorbereitet worden.



Sevilla, 29. Oktober 2005: Aktion der CNT

Was könnt IHR tun?

Um Fátima zu unterstützen und um Plus den Spass an einer Wiederholung solcher Praktiken zu vermiesen, könnt Ihr beispielsweise Beschäftigte und KundInnen über die Praktiken bei Plus in Sevilla informieren und mit ihnen diskutieren. Oder Ihr könnt der Firmenleitung von Plus euer Missfallen über ihre Praktiken ausdrücken und die Wiedereinstellung von Fátima fordern. Der 8. März ist vielleicht ein guter Termin, um selber aktiv zu werden (Internationaler Frauentag), aber auch danach könnt Ihr noch aktiv werden, bis Fátima zu ihren Bedingungen wiedereingestellt ist. Und Ihr solltet vielleicht darüber nachdenken, Euch so zu organisieren, dass Ihr selbst euch gegen solche Schikanen zu Wehr setzen könnt.

Wo könnt Ihr Euch informieren?

Diejenigen, die Spanisch verstehen, sollten auf den Webseiten der CNT-AIT-Lokalföderation von Sevilla vorbeischauen (http://www.cnt.es/sevilla). Dort wird ausführlich über den Arbeitskampf und die Aktionen berichtet.

Wir fordern von Plus die sofortige Weiterbeschäftigung von Fátima zu den von ihr gewünschten und vom Gericht festgelegten Zeiten. Wir zeigen Plus, dass ein Angriff auf eine von uns ein Angriff auf uns alle ist. Wir protestieren international vor Filialen des Tengelmannkonzerns, bis unsere Forderungen erfüllt sind!

FAU'istas

Fortsetzung „Gate Gourmet-Streik ..." von Seite 1

Die Streikenden weinen May keine Träne nach, denn er hat kein Spaltungsmanöver und keine Methode der Drangsalierung ausgelassen, um die ArbeiterInnen bei Gate Gourmet besser auspressen zu können. Aber anscheinend hatte er zu sehr die langfristige Perspektive der Ausbeutung bei Gate Gourmet im Auge. Und was noch mehr zählt: Er hat sich an den Beschäftigten in Düsseldorf die Zähne ausgebissen. Die Unkalkulierbarkeit des Arbeiterwiderstands war der entscheidende Faktor, der zum Konflikt in der Chefetage führte. Darauf deutet auch hin, dass der verhasste Düsseldorfer Betriebsleiter Camenzind die Firma ebenfalls verlassen wird — oder muss.

Die Produktion von Gemeinschaft im Streik

Eine der spannendsten Fragen, die der lange Streik in Düsseldorf aufwirft, ist die nach den Gründen für dieses Durchhaltevermögen. Wie kommt es, dass ArbeiterInnen, die sich noch zwei Jahre zuvor einen Sanierungsvertrag gefallen ließen und die jahrelang einen Betriebsrat duldeten bzw. wählten, der unter Ausschluss jeder betrieblichen Öffentlichkeit der extremen Flexibilisierung zustimmte (Schichten zwischen fünf und zehn Stunden, Ankündigungsfristen von fünf Tagen und Schichten ohne vorherbestimmtes Ende), auf einmal einen so harten und zermürbenden Arbeitskampf durchhalten. Auf Veranstaltungen und in Gesprächen am Streikzelt erklären sie es Dir — und tasten sich selber an eine Erklärung heran. Es waren die unglaublichen Schikanen und Irrationalitäten, die einsetzen, als McKinsey von der TPG in die Firma geholt wurde. Monatelang liefen sie den Leuten mit Stoppuhren hinterher, krempelten jeden Arbeitsschritt um. Kollektive Arbeitsstrukturen wurden auf gesplittet und individualisiert, um jeden einzeln kontrollieren und fertig machen zu können. Statt zu zweit fahren die LKW-Fahrer nun alleine zu den Maschinen auf dem Rollfeld. Statt am Band zu stehen, sollten die Küchenhilfen um Tische herumrennen, um ihre Arbeitszeit noch dichter und flexibler mit „Leistung" füllen zu können. Wahnwitzige Vorgabezeiten wurden mit Druck, Anschissen, Brüllereien und Abmahnungen durchgesetzt. Warum der eine Kollege denn so engagiert beim Streik dabei ist, frage ich einmal eine Kollegin: „Das musst Du verstehen, den haben sie in seiner Abteilung richtig fertig gemacht, der ist voll von Wut."

Der Streik ist wie eine Befreiung. Angesichts des Terrors der Arbeit ist er eine Verschnaufpause, eine Erholung, eine Entdeckung neuer Möglichkeiten. „Ich habe mich schon lange nicht mehr so viel mit meinen Kindern beschäftigen können", erzählt eine junge Türkin. Aber auch untereinander entwickeln sich im Streik neue Dimensionen des sozialen Zusammenhalts, des Aufeinanderachtens und des Kennenlernens. Die früheren Versuche, die Beschäftigten nach Nationalität oder Geschlecht zu spalten, schlagen nun ins Gegenteil um. Die multinationale Zusammensetzung wird als Reichtum der streikenden Gemeinschaft erfahren und entwickelt. Etwa ein Viertel der Streikenden stammt aus der Türkei, aber es gibt dort auch Menschen aus Algerien, Marokko, den Philippinen, Indien, Griechenland, Polen, der DDR usw. Etwa die Hälfte sind „Deutsche" - viele aus der Tradition des Ruhrpotts, in der sich noch die solidarische Haltung der Berg- und Stahlarbeiter spiegelt.



Dynamik der Solidarität

Es dauerte einige Wochen, bis der streikführenden Gewerkschaft NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) klar wurde, dass dieser Streik als übliches Tarifverhandlungsritual nicht zu „gewinnen" war. Die Gegenseite zeigte sich desinteressiert an Verhandlungen. Sie organisierte zusammen mit der LTU den Streikbruch, heuerte LeiharbeiterInnen und Security an.

Aufgrund der gewerkschaftlichen Zersplitterung konnte sie LKW-Fahrer und Mahlzeiten aus anderen Units holen. Fast alle anderen Gate-Gourmet-Units werden von ver.di vertreten. Und ver.di, obwohl selber seit drei Jahren in tariflosem Zustand, will erst mal abwarten, wie die Sache in Düsseldorf ausgeht. Auf Druck der Betriebsräte vermeidet ver.di Verhandlungen, von denen nur eine weitere Verschlechterung befürchtet wird. Hinzu kommt die ver.di-interne Spaltung: Es gibt einen Tarifvertrag „Gate Gourmet alt" und „Gate Gourmet neu". Die beiden größten Units, Frankfurt-Zeppelinheim und München, haben den „alten", deutlich besseren Vertrag, während die von der Scandinavian Airlines übernommen Betriebe wie Hamburg, Hannover usw. den „neuen", an das Nahrungsmittelgewerbe angelehnten Vertrag haben. Ver.di hat also schon Positionen preisgegeben, um die die NGG noch kämpft, und würde mit einer nachträglichen Mobilisierung dagegen weiter an Glaubwürdigkeit verlieren.

Es dauerte aber auch Wochen, um in linken und gewerkschaftlichen Kreisen Solidarität für diesen Kampf zu entwickeln, der stellvertretend für die kommenden Auseinandersetzungen im modernen Kapitalismus von achtzig ArbeiterInnen ausgefochten wird. Es gab eine Reihe von Aktionen (z. B. gegen die beteiligten Leiharbeitsfirmen) und Veranstaltungen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Am wirksamsten waren direkte Blockaden vor den Werkstoren, vor allem dann, wenn sie an den Anzeigetafeln der Terminals als verspätete Abflüge erkennbar waren.

Denn eigentlich sind Flughäfen der ideale Ort, um trotz der angeblich völlig zersplitterten Produktionsstrukturen Arbeitermacht zu entwickeln. Der kaum 36-stündige Solidaritätsstreik des Bodenpersonals von British Airways am Flughafen London-Heathrow im August 2005 hatte das eingespielte Räderwerk des internationalen Flugverkehrs tagelang aus dem Takt gebracht. Auch hier war der Auslöser die diktatorische Politik von Gate Gourmet gewesen, die sich durch Massenentlassung von ihrer kämpferischen Belegschaft befreien und sie durch polnische LeiharbeiterInnen ersetzen wollte. Die gemeinsame Organisierung der Gate Gourmet- und der BA-ArbeiterInnen in der TGWU und die Verbindungen in der Community von Southall in unmittelbarer Nähe des Flughafens ermöglichten diesen Solidaritätsstreik, der die in England defizitäre Gate Gourmet an den Rand des Bankrotts brachte.

Dieser weltweit beachtete Streik hat viel dazu beigetragen, dass sich um den Streik in Düsseldorf eine Solidaritätskampagne entwikkelte, die immer wieder den vom Management gepflegten Eindruck erschütterte, der Streik würde völlig ins Leere laufen. Mit einer zweistündigen Blockade am 100. Streiktag, dem 14.1., gelang es UnterstützerInnen, die Beladung von drei Langstreckenflügen trotz tollkühner Ausbruchsversuche von LKW-Fahrern und brutaler Security-Einsätze deutlich zu verzögern. In den nachfolgenden Tarifverhandlungen drängte dann die TPG zunehmend auf ein Ende des Streiks. Zumal es in den folgenden Wochen immer wieder zu Blockaden kam (ausführliche Berichte auf indymedia).

Hat die Arbeiterbewegung eine Zukunft?

Die örtliche Gewerkschaft reagierte panisch auf solche Blockaden, die naturgemäß immer stärker ins Fadenkreuz der staatlichen Ordnungskräfte gerieten. Während die Streikenden mehr als nur „klammheimliche Freude" über die wirksame Verhinderung des Streikbruchs zeigten, meinte die Gewerkschaft, durch konsequenten Legalismus und politisches Wohlwollen gegen Konzerne wie die TPG ankommen zu können. Dabei agierte sie zunehmend hilflos, zumal sich diese Belegschaft nicht wie in üblichen Tarifritualen per Knopfdruck zurück in den Betrieb schicken lässt.

Der Streik bei Gate Gourmet in Düsseldorf wirft allgemeine Fragen auf, die sich hier in aller Dringlichkeit stellen — aber nicht lösen lassen. In den weitaus mehr beachteten Streiks bei AEG und im Öffentlichen Dienst taucht nun auch die Frage auf, wie sich eigentlich noch Arbeitermacht entfalten lässt, wenn Streikbruch durch Prekarisierung normal wird. Am 16.2. wurden Streikposten von ver.di von der Polizei abgeräumt, als sie den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern als Streikbrecher verhindern wollten. Die Streiks bei AEG und im Öffentlichen Dienst haben auch die Aufmerksamkeit für den Gate Gourmet-Streik gesteigert. Er gilt nicht mehr als exotisches Unikum, sondern wird zum Teil einer „Streikwelle". Am 18.2. hat es zum ersten Mal eine Blockade der Tore durch IG Metaller aus der Region gegeben. In Zukunft wird sich die Arbeiterbewegung über die Grenzen der formalen Legalität hinwegsetzen müssen, wenn noch mal was aus ihr werden soll.

cf (Köln)

Ständig aktualisierte Informationen zum Streik unter: www.gg-streik.net

Grüße an die Streikenden bei Iberia

Die streikenden ArbeiterInnen bei Gate Gourmet in Düsseldorf grüßen ihre KollegInnen bei Iberia in Madrid: Auf einer Kundgebung am 4. Februar vor der zentralen Niederlassung von Gate Gourmet in Neu-Isenburg/Zeppelinheim beschlossen die ArbeiterInnen von Gate Gourmet Düsseldorf, sich auf ihre Weise für die Solidaritätsaktion der CNT-AIT-Betriebsgruppe bei Iberia im Dezember 2005 zu bedanken. Es entstand dieses Foto, das zusammen mit den besten Wünschen für den Streik am Flughafen in Madrid noch am gleichen Tag nach Spanien verschickt wurde.

Keine Angst vor ARGES Augen

Für eine Offensive gegen Sozialschnüffler

Clements Steilvorlage ...

Um die Leitlinie der Bundesagentur für Arbeit, „Überfordern und Hinausbefördern", Praxis werden zu lassen, verschickte der damalige Bundessuperminister Clement am 3. Juni 2005 ein Schreiben an alle ARGE-Geschäftsführer und ordnete verschiedene Sofortmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Aufdeckung von Leistungsmissbrauch an, unter anderem:



(1) telefonische Prüfung der Verfügbarkeit

Es gilt als ein Indiz für Schwarzarbeit und Leistungsmissbrauch, wenn Erwerbslose telefonisch nicht erreichbar sind. Ein Callcenter hatte im Auftrag der BA im Sommer letzten Jahres 390.000 Erwerbslose angerufen. Davon waren zigtausende bei mehreren Anrufversuchen nicht erreichbar. Für Minister Clement der Beweis dafür, dass jede zehnte LeistungsbezieherIn zu viel Sozialleistungen erhielte.

(2) Einrichtung eines Prüf- und Außendienstes

SozialhilfeempfängerInnen kennen die Schnüffler der Sozialämter zur Überprüfung der Wohnverhältnisse seit langem. Zusätzlich zur Kontrolle der Melderegister, dem Datenabgleich in der Sozialversicherung und einer bundesweiten Kontenabfrage bei Banken stehen nun Sozialdetektive zur Missbrauchsbekämpfung aller Arbeitslosen bereit. Einen eindrucksvollen Report über die Arbeitsweise der Clementschen Truppe erhalten wir im Oktober 2005. Kurz vor seiner Entlassung hetzt der selbsternannte „Schädlingsbekämpfer" enthemmt gegen selbstbewusste und findige Hartz IV-BezieherInnen. In seinem Arbeitsmarktreport „Vorrang für die Anständigen — Gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat" zitiert er Stammtisch-Anekdoten des von ihm eingesetzten Prüfdienstes bei Hausbesuchen.

... von der großen Koalition aufgegriffen

Die Rundumverfügbarkeit und deren telefonische Überprüfung ist sowohl in den Vereinbarungen zur großen Koalition als auch in einem Schreiben des Vorstands der Bundesagentur Anfang Januar 2006 fortgeschrieben: Aus dem Pilotprojekt wird nun eine Dauereinrichtung. Die „telefonische Abfrage von Kundendaten" steht den ARGEn seit Anfang des Jahres zur Verfügung. Die Bundesagentur gründete dafür eigens eine zentrale „Organisationseinheit". Bei der „sinnvollen Ergänzung zum persönlichen Kundenkontakt" sollen Erwerbslose von „mehrtägig" geschulten Telefonagenten maximal drei Mal angerufen werden — die Telefonbelästigung der amtlichen Stalker kann montags bis freitags zwischen acht und 20 Uhr erfolgen. „Nach dem 3. erfolglosen Anrufversuch wird der Kunde als nicht erreicht eingestuft." In diesem Fall wird die zuständige ARGE informiert und der Betroffene zum persönlichen Gespräch vorgeladen. Dasselbe gilt, wenn Angerufene es ablehnen, per Telefon Auskünfte über sich zu erteilen. Um dem Vorwurf unzulänglicher Berücksichtigung des Datenschutzes zumindest teilweise zu entgehen, gibt die Bundesagentur vor, ausschließlich Beamte in ihren neuen Call-Centern mit dem Telefonterror zu betrauen.

Die telefonische Befragung wird zentral in drei neu eingerichteten „Service-Centern Kundenbetreuung SGB II" an den Standorten Hamburg, Offenburg und Göppingen durchgeführt. Das Projekt startet zunächst in Zusammenarbeit mit Deutschlands 60 größten ARGEn und soll im zweiten Quartal flächendeckend ausgeweitet werden. Eine Evaluierung findet am Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Oberhausen statt. Ausgangsbasis des Pilotprojekts waren die Erfahrungen, die mit der Clementschen Aktion zur telefonischen Klärung von Bewerberdaten im Sommer 2005 gemacht wurden. Bei immerhin sieben Prozent der kontaktierten Personen hatten sich seit dem letzten Kontakt mit der Arbeitsgemeinschaft Veränderungen ergeben, „die dazu führten, dass diese Personen nicht mehr arbeitslos waren", so die Bundesagentur in einer Pressemitteilung.

Nun zu den Hausbesuchen. SozialschnüfflerInnen sind mittlerweile in den meisten Städten aktiv. Entweder in Form eines speziellen Außendienstes, der ausschließlich zur Überprüfung der Wohnverhältnisse abgestellt ist, oder über die alltägliche Arbeit der FallmanagerInnen, die ausrücken können, sobald sie „Klärungsbedarf" sehen. Mitunter werden auch dritte für solche Spionagezwecke hinzugezogen. Im (hessischen) Kreis Offenbach ist die Kommserve GmbH mit der Bestpitzelung von Arbeitslosen betraut. Diese rekrutiert ihre Sozialschnüffler ganz offen per Tageszeitung. Gesucht werden Mitarbeiter zum Aufbau einer „Observierungsgruppe". Sie sollen „akribisch in der Verfolgung ihrer Ziele" sein und „Fallakten aus ermittlungstechnischer Sicht" bearbeiten.

Inhaltlicher Fokus der Hausbesuche ist die Unterstellung von eheähnlichen Gemeinschaften. Ist diese durch die SozialschnüfflerInnen „nachweisbar", werden die beiden vermeintlichen PartnerInnen als Bedarfsgemeinschaft zusammen gerechnet. Damit sinkt oder entfällt der Anspruch auf Arbeitslosengeld II. In oftmals unangemeldeten Besuchen werden daher gern Kochgelegenheiten gezählt, Doppelbetten gesucht und nach sexuellen Beziehungen gefragt. — Alles Unsinn, sagte das Bundesverfassungsgericht bereits in einer Entscheidung vom 2. September 2004. Mehrere Sozialgerichte haben sich darauf bezogen und in zahlreichen Klagefällen für die Arbeitslosen entscheiden! Der Hausbesuch ist vielfach nicht nur unrechtmäßig, sondern vor allem ungeeignet zur Aufklärung des Sachverhalts, ob sich ein (finanzielles) „Füreinandereinstehen" zwischen den PartnerInnen entwickelt hat — so die Quintessenz der Sozialgerichte. Noch im Dezember letzten Jahres hob das Sozialgericht Berlin eine vom Jobcenter verhängte Leistungskürzung auf mit der Begründung: „Es ist unzulässig, die Unsicherheiten bei Beurteilung der Festigkeit einer Paarbeziehung anhand dürftiger Hilfsindizien, wie die Benutzung eines gemeinsamen Bettes oder die fehlende räumliche Trennung rein suggestiv aufzuheben. Die Dominanz solcher Details aus der Intimsphäre im Rahmen der Amtsermittlung der Behörden deutet auf eine grundlegende Verkennung der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung hin."

Widerstand — individuell und kollektiv

Wie kann mensch sich gegen diese Form der forcierten Verfolgungsbetreuung wehren?

Auf individueller Ebene sollte sich jedeR zunächst einmal soweit es geht dem klettigen Zugriff auf die Privatsphäre entziehen. Der amtlichen Telefonbelästigung beugt mensch am besten rigoros vor: Wer gegenüber der Arbeitsagentur Telefon- und Emailkontakt bereits angegeben hat, beantragt deren Löschung (Formular unter http://www.alg-2.info/info_argumente/antrag-loeschung). Die Angabe dieser Daten ist freiwillig - zur Erreichbarkeit besteht lediglich die Verpflichtung, wochentags in den Briefkasten zu schauen.

Für die eigenen Handlungsoptionen bei Hausbesuchen sollte mensch folgendes wissen: Der Hausbesuch muss von Seiten des Amtes schriftlich (begründet) angekündigt werden. Die angemeldeten Sozialschnüffler müssen sich ausweisen, bevor sie in die Wohnung gelassen werden. Die Besichtigung darf sich nur auf die Räume des Antragsstellers erstrecken. In den Räumen von MitbewohnerInnen haben sie nichts zu suchen.

Dem Standardprogramm des Überraschungsbesuchs lässt sich damit eine klare Absage erteilen. Darüber hinaus eröffnen sich auch Möglichkeiten zur kollektiven Gegenwehr. Die Arbeitslosengruppe ALSO in Oldenburg begleitete angemeldete AmtsschnüfflerInnen per Videokamera. Schon über die Anwesenheit einer befreundeten ZeugIn beim Hausbesuch ließ sich in mehreren Fällen all zu forsche Neugier eindämmen. Mit vielen UnterstützerInnen könnte der Prüfdienst in eine Kissenschlacht geraten. Es regnet Zahnbürsten und im Ehebett tummeln sich wechselnde Bedarfsgemeinschaften. Ein Autokonvoi folgt den AußendienstmitarbeiterInnen auf ihrem weiteren Trip und dokumentiert in öffentlichen Foren Arbeitsweise und -gerät.

Besonders engagierte MitarbeiterInnen unter den Sozialdetektiven verdienen besondere Anerkennung. Plakate bezeugen ihren Arbeitseifer gegenüber den Betroffenen am Arbeitsamt und gegenüber den Nachbarn zu Hause. UnterstützerInnen mit besonders viel Unmut greifen aktiv in den Arbeitsalltag der Stalker ein. Blockaden verhindern das morgendliche „Ausschwärmen" der amtlichen Neugierigen und ebenfalls unangemeldet tauchen und räumen Schlapphüte in den Büros der SozialschnüfflerInnen auf ...

Alles sozialromantisch verklärte Träumerei? — Nicht unbedingt!

Eine anonyme Initiative bittet bereits jetzt in zahlreichen Städten um Mithilfe, „den Sozialschnüfflern das Handwerk zu legen". Auf Plakaten im Ede Zimmermann-Stil werden Details wie Namen, Adressen der Schnüffler sowie Berichte von erfolgten Hausbesuchen erbeten: „Sachdienliche Hinweise an vorsichtschnueffler@yahoo.de". Und selbst Herr Clement hatte letztes Jahr schon umgekehrten „Hausbesuch" bekommen. Ungebetene AußendienstmitstreiterInnen der Überflüssigen waren als Weck- und Prüfdienst am 16. November um fünf Uhr morgens bei ihm privat in Bonn. — Das ist doch ein Anfang.

Lutz Wehring, agenturschluss

§§§-Dschungel

Das Arbeitsrecht ist ständigen Veränderungen unterworfen. Zurzeit sind diese Änderungen oft schneller als die Gerichte. Entscheidungen basieren noch auf dem „alten" Recht und sind daher für die aktuellen Probleme uninteressant. In der letzten Ausgabe (173) habe ich schon die verringerte Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld angesprochen. Hier nun einige weitere Änderungen.

Sozialgesetzbuch 3 § 37b — frühzeitige Arbeitssuche

Personen, deren Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis endet, sind verpflichtet, sich **spätestens drei Monate vor dessen Beendigung** persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitssuchend zu melden.

Liegen zwischen der **Kenntnis** des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses **weniger als drei Monate**, hat die Meldung innerhalb von **drei Tagen** nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu erfolgen.

Die Pflicht zur Meldung besteht unabhängig davon, ob der Fortbestand des Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses gerichtlich geltend gemacht oder vom Arbeitgeber in Aussicht gestellt wird. Die Pflicht zur Meldung gilt nicht bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis.

Kommentar:

Nach dem „alten" Gesetz mussten sich befristet Beschäftigte frühestens drei Monate vor der Beendigung des Jobs melden. Jetzt muss jemand, der zum Beispiel eine dreimonatige Befristung bekommt, sich sofort wieder arbeitssuchend melden.

*Hat jemand kürzere Kündigungsfristen als drei Monate, muss die Meldung innerhalb von drei Tagen, sprich **Kalendertagen** erfolgen. Dazu zählen bekanntlich auch Samstag und Sonntag!*

Urteil zum Thema

Meldepflicht bei Unkenntnis nicht verletzt

Verliert ein Arbeitnehmer seine Arbeit, muss er das „unverzüglich" der Agentur für Arbeit melden. Wenn ein Betroffener das aus „unverschuldeter Rechtsunkenntnis" unterlassen hat (weil er die neue Rechtslage nicht kannte), hat er seine Pflicht jedoch nicht verletzt, entschied das Bundessozialgericht. In diesem Fall hat er nicht fahrlässig gehandelt. BSG vom 25.Mai 2005 - B11a/11AL81/04R

Kommentar:

Somit vergesst Ihr am besten wieder, dass Ihr die Information über die Meldepflicht gelesen habt. Unwissenheit schützt in diesem Fall vor Sperrzeiten. Denn auch da gibt es schmerzliche Neuerungen.

SGB 3 § 144 Ruhen bei Sperrzeit

(1) Hat der Arbeitnehmer sich versicherungswidrig verhalten, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben, ruht der Anspruch für die Dauer einer Sperrzeit. Versicherungswidriges Verhalten liegt vor, wenn

1. der Arbeitslose das Beschäftigungsverhältnis gelöst oder durch ein arbeitsvertragswidriges Verhalten Anlass für die Lösung des Beschäftigungsverhältnisses gegeben und dadurch vorsätzlich oder grob fahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt hat (Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe),

2. der bei der Agentur für Arbeit als arbeitssuchend gemeldete Arbeitnehmer (§ 37b) oder der Arbeitslose trotz Belehrung über die Rechtsfolgen eine von der Agentur für Arbeit unter Benennung des Arbeitgebers und der Art der Tätigkeit angebotene Beschäftigung nicht annimmt oder nicht antritt oder die Anbahnung eines solchen Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere das Zustandekommen eines Vorstellungsgespräches, durch sein Verhalten verhindert (Sperrzeit bei Arbeitsablehnung),

... es folgen noch fünf weitere Punkte, die Ihr im Gesetz nachlesen könnt.

(2) Die Sperrzeit beginnt mit dem Tag nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet, oder, wenn dieser Tag in eine Sperrzeit fällt, mit dem Ende dieser Sperrzeit. Werden mehrere Sperrzeiten durch dasselbe Ereignis begründet, **folgen sie in der Reihenfolge des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 bis 7 einander nach**.

Kommentar:

Im alten Gesetz stand der letzte Halbsatz nicht. Daher liefen ggf. die Sperrzeiten parallel.

Zumutbarkeit

In diesem Zusammenhang mal eine Information zur Zumutbarkeit.

Viele hängen noch dem Irrglauben an, dass sie drei Stellen ablehnen dürfen, und wundern sich dann über Sperrzeiten. Tatsache ist jedoch, dass ihr nach dem Willen der Herrschenden jede zumutbare Arbeit annehmen müsst. Die Vollstrecker der Herrschenden, sprich die „Agentur für Arbeit", legt dies folgendermaßen aus: Nicht nur ein Orts-, sondern auch ein Berufswechsel ist zumutbar. Auch wenn er nicht der bisherigen Qualifikation entspricht. Auch Einkommenseinbußen bis zu 20 Prozent sehen viele „Agenturen" für ihre „Kunden" als zumutbar an. Je nach Dauer der Arbeitslosigkeit wird diese zumutbare Kürzung höher und endet vorerst bei gleicher Höhe mit dem Arbeitslosengeld. Dies ist dann allerdings eher eine Zumutung.

Auszug aus SGB 3 § 121 Zumutbare Beschäftigungen

(1) Einem Arbeitslosen sind alle seiner Arbeitsfähigkeit entsprechenden Beschäftigungen zumutbar, soweit allgemeine oder personenbezogene Gründe der Zumutbarkeit einer Beschäftigung nicht entgegenstehen.

Ein wenig erfreuliches gibt es aber doch noch. Der Existenzgründerzuschuss bleibt bis Ende Juni erhalten.

SGB 3 § 421l Existenzgründungszuschuss

(1) Arbeitnehmer, die durch Aufnahme einer selbständigen, hauptberuflichen Tätigkeit die Arbeitslosigkeit beenden, haben Anspruch auf einen monatlichen Existenzgründungszuschuss. Der Zuschuss wird geleistet, wenn der Existenzgründer ...

... Begründungen bitte im Gesetz nachlesen

(5) Vom **1. Juli 2006** an finden diese Regelungen nur noch Anwendung, wenn der Anspruch auf Förderung vor diesem Tag bestanden hat.

Thersites

Bis alles tanzt

FAU Hannover beteiligt sich an Streiks im Öffentlichen Dienst

Die Kampfansage wurde verstanden: Nachdem der kommunale Arbeitgeberverband nur wenige Wochen nach Inkrafttreten des „Tarifvertrags Öffentlicher Dienst“ (TVöD), den Tarifvertrag über die Arbeitszeit kündigte, war die Wut der Beschäftigten nicht mehr zu bremsen. War ihre wöchentliche Arbeitszeit nicht gerade erst von 38,5 auf 39 Stunden erhöht worden - ohne Lohnausgleich? Und jetzt die 40-Stunden-Woche? Die Arbeitgeber hingegen werfen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Vertragsbruch vor, hatte sie doch selbst entsprechenden Öffnungsklauseln zugestimmt.

Schnell weitete sich der Streik, von Baden- Württemberg ausgehend, auch in kommunale Betriebe anderer Bundesländer aus. Die Urabstimmungen, die ver.di darauf auch in Landesbetrieben durchführte, hatten alle das gleiche Ergebnis: Unbefristeter Ausstand! Der erste seit 14 Jahren!

Sofort setzte eine wüste Hetzkampagne ein, entfesselt von den bürgerlichen Medien, nicht ohne in Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden zu fallen. Die Kämpfe gewannen punktuell an Schärfe. In Osnabrück blockierten am 13. Februar Müllwerker die Ausfahrt der Entsorgungsfahrzeuge eines Betriebshofes, woraufhin die Polizei auf die Streikenden einprügelte. Immer wieder wird seitens der Arbeitgeber versucht, den Streik zu unterlaufen. StreikbrecherInnen werden eingesetzt oder angedroht. In den Kommunen werden die Kämpfe hauptsächlich von den Müllwerkern, den Beschäftigten der Kindertagesstätten (Kitas) und der Krankenhäuser getragen. In den Ländern sind es vor allem die Beschäftigten der Unikliniken, Landeskrankenhäuser und Straßenmeistereien, die für den nötigen Druck sorgen. Wie etwa an der Medizinischen Hochschule in Hannover



(MHH), wo tagelang nur noch der Notbetrieb läuft. Überhaupt wird gerade im Gesundheitsbereich der Streikaufruf von den Beschäftigten sehr ernst genommen. Im Landeskrankenhaus Wunstorf streiken vom 14. bis 16. Februar allein jeweils rund 120 Beschäftigte pro Tagesschicht. Die Streikbereitschaft ist auf einigen Stationen und in bestimmten Krankenhausbereichen sehr hoch; sie liegt dort bei nahezu 100 Prozent. Auf vielen Stationen wird nur die Notbesetzung gestellt; KollegInnen, die dort Notdienst leisten müssen, unterstützen auf ihre Weise ihre streikenden KollegInnen: Sichtbar mittels Buttons, auf denen sie klar machen, dass sie den Streik unterstützen, aber auch ganz praktisch, indem sie Streikbruch verhindern. Denn gerade aus dem akademischen Bereich kommt nur mäßig Unterstützung. Immer wieder, ähnlich wie in der MHH, kommt es zu Auseinandersetzungen über den Umfang von Notdienstarbeiten. Durchwachsen ist dagegen die Stimmung im Streiklokal: Im wesentlichen separieren sich die einzelnen Bereiche, man bleibt unter sich. Immer wieder gibt es Anstöße einzelner KollegInnen, übers Gelände zu ziehen, was aber von der Streikleitung ausgebremst wird. Lediglich am Nachmittag des 14. Februar bilden sich zweimal derartige Züge. Dagegen werden Versuche der GewerkschaftsfunktionärInnen von ver.di und der Fachgewerkschaft Niedersächsische Landeskrankenhäuser (FNL), ihr Informationsmaterial in den Bereichen zu verteilen, auch von den eigenen Mitgliedern regelrecht boykottiert. Groß ist der Unmut gerade darüber, dass ver.di-Mitglieder, die in der Urabstimmung für Streik gestimmt haben, weiterarbeiten.

Mitglieder der FAU Hannover beteiligten sich als Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes und Unterstützende aktiv an den landesweiten Streiks in den Betrieben, in Hannover und Umland sowie in Braunschweig. Sie wandten sich damit gegen die Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden, gegen die Streichung der Jahressonderleistung und gegen die Spaltung der Beschäftigten. Der Forderung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Tarifunion (dbb-tarifunion) nach Übernahme des TVöD, der den „Bundesangestelltentarif“ (BAT) bei Bund und Kommunen bereits ablöste, durch die Länder konnten sie sich hingegen nicht anschließen. Ihrer Forderung nach Erhalt des BAT und Gleichstellung aller neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen verliehen sie während des Streiks immer wieder Ausdruck. Am 16. Februar nahmen Landesbeschäftigte, Mitglieder der FAU Hannover, an der zentralen Großkundgebung der streikenden öffentlichen Betriebe am Steintor in Hannover teil, um ihre Forderungen auch unter den Beschäftigten anderer Betriebe zu verbreiten. Unterstützung erhielten sie dabei von anderen Kollegen der Ortsgruppe.

Anarr

Repression und Gerichtsverfahren in Wien

Am 15. Mai 2005 fand die Eat the Rich-Demo im Rahmen des Wiener Kongresses (www.wienerkongress.info) statt. Im Anschluss an die Demonstration kam es zu einer Hausbesetzung in der Weihburggasse im ersten Wiener Gemeindebezirk. Transparente wurden aus den Fenstern gehängt, Knallkörper und Feuerwerk vom Balkon abgefeuert. Vor dem Haus fanden sich etwa 50 Personen ein, die sich mit den BesetzerInnen solidarisierten. Die Polizei hatte den Hauseingang anfangs blockiert, und nach einer Weile sperrte sie auch die Straße vor dem Haus ab, wobei ein (offener) Kessel entstand. Im Zuge diese Polizeiaktion kam es zu einem unabsichtlichen Zusammenstoß eines der Demonstranten mit einem Polizisten. Aus diesem Zusammenstoß machte der Staatsanwalt einen tätlichen Angriff auf einen Polizisten. Bei dem Gerichtsprozess im November folgte das bekannte Spiel. Entlastende Aussagen von Demonstrationsteilnehmern wurden nicht gehört, die Polizei spielte den Fall künstlich hoch, und am Ende wurde der Betroffene zu einer Geldstrafe von 600 Euro plus Gerichtskosten verurteilt.

Unsere österreichischen FreundInnen bitten uns nun um Hilfe:

Spendenkonto: 10404605497, lt. auf Jugend in Not, Sparkasse Oberösterreich, BLZ 20320, IBAN: AT472032010404605497, BIC: ASPKAT2L

Kontaktmöglichkeiten:
Solidaritätsgruppe
Schottengasse 3A/1/4/59
1010 Wien
Tel.: (+43 699) 112 25 867
Fax: (+43 1) 532 74 16
E-Mail: solidaritaetsgruppe@chello.at

Kein Basiswiderstand gegen Privatisierung der Unikliniken Gießen-Marburg

Kommentar

Hessen hat die Universitätskliniken in Gießen und Marburg an die Rhön-Klinikum AG verkauft. Künftige Neuverträge oder Vertragsverlängerungen werden für knapp 10.000 Beschäftigte demnächst 3,5 Stunden mehr Wochenarbeitszeit bei deutlich weniger Lohn bedeuten. Auch die Grundlagenforschung ist bedroht.

Gewehrt hat sich der Marburger Bund mit seiner gut ausgebildeten und standesbewussten Klientel: Den Ärzten.

Zudem gibt es eine Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“. Der Großteil der Initiatorinnen sind Professoren oder leitende Angestellte. Einige Organisationen wie attac, WASG, PDS, SPD und GEW haben sich angeschlossen.

Verpufft sind diese Aktivitäten, weil das Gros der Beschäftigten keinen nennenswerten Widerstand geleistet hat; für ver.di haben sich Arbeitskampfmaßnahmen nicht rentiert, weil zu wenige Beschäftigte in dieser Branche dort Mitgliedsbeiträge zahlen. Um eine schlagkräftige Selbstorganisierung hat sich die Belegschaft leider nicht rechtzeitig gekümmert.

Offenbar scheint immer noch die Einstellung vorzuherrschen, dass sich schon irgendjemand anderes um die eigenen Interessen kümmere und für einen gesorgt werde. Doch auch die Führungen der klassischen DGB-Gewerkschaften legen steigenden Wert auf gute Performance, Schlankheit und Effizienz. Sie setzen ihre Mittel immer zielgerichteter und immer weniger nach dem Gießkannenprinzip ein. Bestimmte Regionen und Branchen werden höchstens noch auf der Ebene örtlicher Solidarität moralisch unterstützt.

Das längst vorhandene Vakuum wird teils durch Resignation und Fatalismus gefüllt. Andererseits entsteht wieder Raum für betriebliche Selbstorganisation.

Die FAU konnte durch ihre jüngsten Erfolge beweisen, dass das Wehren der Basis mehr bringt als das Stillhalten. Darauf und auf künftige Siege immer wieder zu verweisen, kann der Resignation etwas entgegensetzen.

Und eines leuchtet immer wieder ein: Der Fluss des Profits spült am leichtesten die fort, die am wenigsten Widerstand leisten.

Martin Hauptmann, FAU Ffm

Fortsetzung „Geht´s jetzt endlich los?“ von Seite 1

Am Ende musste die Gewerkschaft 5,4% Lohnerhöhung zustimmen, also genau dem Vorschlag der Schlichter, bevor der Streik begonnen wurde. Kein Ziel erreicht, undemokratische Streikführung mit dem Geruch der Wahlfälschung, und was vielleicht entscheidend war: Sie hatten soviel Geld verpulvert, dass es schon damals hieß, die ötv könne sich in den nächsten zehn Jahren keinen Streik mehr leisten. Es sind nun 14 Jahre geworden und die ötv gibt es nicht mehr. Nun gibt es ver.di, und die Streikkassen seien gut gefüllt, heißt es.

Gibt es irgendwelche Unterschiede?

Wenn man Alfred Wohlfart, Streikführer der Gewerkschaft ver.di Baden-Württemberg, im regionalen Fernsehen zusieht, wie er krampfhaft versucht, bei den anwesenden Experten und Politdarstellern Verständnis für irgendwelche fachidiotischen Feinheiten im Tarifvertragswesen zu erzielen und dabei niemanden erreicht und völlig am Wesentlichen vorbei redet, kommt man sich tatsächlich vor wie in einer Zeitschleife. Zurück in den siebziger Jahren. Als die Gewerkschaften mit alljährlich wiederkehrenden Tarifverhandlungen, Schlichtungskommissionen und Warnstreiks und mit Zombies wie Heinz Kluncker und Oskar Vetter und wie sie alle hießen an der Spitze daher kamen wie die langweiligste und überflüssigste Sache der Welt.

Auf der anderen Seite sind heute von ver.di Ideen zu hören, die zumindest aufhorchen lassen, wie „Streiken muss auch Spaß machen“. Dass ausgerechnet in Stuttgart, der Hauptstadt der Kehrwoche, die Müllmänner streiken und die Tonnen vor Dreck überquellen, zeugt davon, dass hier mit Phantasie geplant wurde. Kann man nichts gegen sagen. Oder dass eine Vorstellung von „Figaros Hochzeit“ im vollbesetzten Opernhaus ausfallen musste und die versammelte Bourgeoisie empört abziehen durfte.

Ein Streik im Öffentlichen Dienst hat es dabei ungleich schwerer als ein Streik in der Produktion. Der ökonomische Druck von überquellenden Mülleimern und verspäteten Bahnen ist nur schwer messbar im Vergleich zum Verlust durch Produktionsausfall. Zudem hat der Öffentliche Dienst die öffentliche Meinung im Nacken, und wenn man die Medien für so wichtig hält, wie es die DGB-Gewerkschaften als konstruktive und wertvolle Säulen dieses Staates nun einmal tun, bekommt man auf Dauer ein Problem. Vielleicht wäre hier eine Kreuzung von Figaros Hochzeit und überquellendem Müll ratsam. Dass die Gewerkschaft den Streik nicht flächendeckend gegen alle führt, im Sinne eines Generalangriffs, sondern punktuell im Sinne einer Guerilla. Und dass sie ihn klassenbewusst führt. Dass also in bestimmten Vierteln kein Müll mehr abgeholt wird. In den Vierteln, in denen die Opernhaus-BesucherInnen für gewöhnlich wohnen und in den Vierteln, wo sie ihre Geschäfte machen und dort, wo sie einkaufen. Dass man also der herrschenden Klasse gezielt und exemplarisch den Saft abdreht, anstatt der gesamten Bevölkerung. Aber hören wir auf, ver.di kluge Ratschläge zu geben.

Die spannende Frage ist nun: Wie lange wird ver.di durchhalten? Ihre Streikgelder scheinen sie diesmal durchaus gezielt und dosiert einzusetzen. Die Sueddeutsche titelte in einem Frank-Bsirske-Portrait gar „Der Streik seines Lebens“. „Wir könnten drei Streiks dieser Größenordnung gleichzeitig finanzieren“, sagte Bsirkse am Rande einer Protestkundgebung in Hamburg. „Wir werden diesen Streik so lange durchhalten, bis wir zu einer vernünftigen Regelung mit den Arbeitgebern kommen.“ Soll es etwa bis zur Fußball-WM reichen? Wenn deutsche, britische, italienische und holländische Fan-Horden als fünfte Kolonne der Gewerkschaft die Innenstädte bepissen und vollkotzen ... Will ver.di dann dem patriotischen Schlagzeilengewitter der Bild-Zeitung tatsächlich widerstehen? Oder mit welchem faulen Kompromiss lässt man sich diesmal abspeisen?

Der New Yorker Transportarbeiterstreik endete übrigens mit einer faktischen Niederlage. Und King Kong wurde bekanntlich von Kampffliegern nach heroischem Kampf getötet. Aber in unseren Herzen lebt er weiter, der sympathische Riese, der die Ketten seiner Sklaverei zumindest für einen Tag durchbrach.

Heiner Stuhlfauth

Zahlen und Fakten zu Weltanschauungen

Das fowid-Portal hat eröffnet

Ohne fundierte Daten lässt sich keine Meinung bilden. Wer es trotzdem versucht, landet im Sumpf von Vorurteilen, unvollständigen Sichtweisen und Geschwätz.



Ein derzeit besonders beliebtes Thema ist das Zusammenspiel von Kulturen und Religionen. Ein Beispiel: Nils Minkmar versteigt sich in Spiegel-Online zu der Forderung: „Schnellstmöglich müßten islamische Gemeinden einen öffentlich-rechtlichen Status erhalten, Kirchensteuer erheben und die Fernsehräte beschicken dürfen." Zudem sollen islamische Lehrstühle eingerichtet werden, deren Professoren dann auch als Ansprechpartner für die Öffentlichkeit dienen sollen. Diese Stärkung der Religiosität mündet dann laut Minkmar in mehr Demokratie und einem Diskurs über die Rolle der Frau.

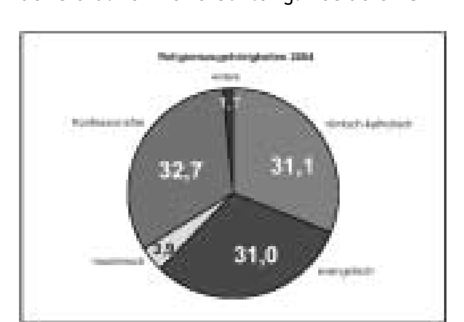
Meine Frau beantwortete auf dem Standesamt die Frage nach ihrer Religion wahrheitsgemäß mit „keine". Ihr wurde aber bescheinigt, dass sie Muslima sei, weil das in ihrem türkischen Pass stehe und es nach türkischem Recht für sie nicht möglich sei, auszutreten. Die Forderung nach Integrationszentren unter islamischer Aufsicht erscheint ihr, die in Ankara in einer offiziell islamischen, aber völlig religionsfernen Familie aufgewachsen ist, als grotesk.

Die selbstverständliche Gleichsetzung von Religion und Kultur, das Reduzieren kultureller Kommunikation auf religiöse Aspekte und das Ignorieren humanistisch-rationaler Gemeinsamkeiten liegt voll im Trend.

Viel näher liegende Anknüpfungspunkte sind kulturübergreifende aufklärerische Gedanken und Traditionen sowie eine distanzierte Betrachtung und Bewertung verschiedener Weltanschauungen. Leider gibt es keine Lobby der ca. 35% Konfessionsfreien in Deutschland, die solche Forderungen gegen den Widerstand kirchlicher Interessengruppen in die Diskussion bringen kann. Um diese Lücke zu füllen, bereiten humanistisch-aufklärerische Kreise einen „Zentralrat der Konfessionsfreien in Deutschland" vor.

Ein wichtiger vorbereitender Schritt dahin ist bereits getan: Die „Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland" hat kürzlich ihr Internetportal fowid.de freigeschaltet. Dort sind über 200 kostenlos zugängliche Datenblätter katalogisiert, die verschiedenste Untersuchungsergebnisse übersichtlich darstellen. Kirchliche Falschdarstellungen, die sich längst bei den meisten von uns als selbstverständliche Wahrheiten festgesetzt haben und immer wieder von Medien und PolitikerInnen wiedergegeben werden, werden dort widerlegt. Darüber hinaus sind dort viele interessante Untersuchungen öffentlich zugänglich, die hervorragend geeignet sind, säkulare Positionen zu untermauern.

Hinter fowid.de stehen Wissenschaftler der Giordano-Bruno-Stiftung. Aus deren Umfeld stammten auch die Veranstaltungen im Rahmen des Kölner Kirchentags 2005 unter dem Motto: „Religionsfreie Zone — Heidenspaß statt Höllenqualen".



Martin Hauptmann, FAU Ffm

Was halten Sie von der Polygamie?

Über die Befragung der moralischen, inneren Einstellungen muslimischer Migranten

Was halten Sie davon, wenn ein Mann in Deutschland mit zwei Frauen gleichzeitig verheiratet ist?" Dies ist eine von rund 30 Fragen, die einbürgerungswillige Muslime in Baden-Württemberg über sich ergehen lassen mussten, wie unlängst bekannt wurde. Je „fortschrittlicher" die Antwort, desto höher angeblich der Integrationswille! Je höher der Integrationswille, desto eher sollen Muslime in Deutschland willkommen sein.

Innminister Heribert Resch (CDU) spricht in diesem Zusammenhang von Werten wie Toleranz, Gleichstellung und Glaubensfreiheit. Diese großen Werte seien ein Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Ordnung Deutschlands.

Liest man sich den Fragenkatalog durch, wird schnell klar, das sich hier Bürokraten austobten, die endlich einmal ihre Vorurteile und Klischees formulieren durften.

Klischees, wie z.B.: Moslems dürfen keine Kritik an einer Religion äußern; Ehemänner schlagen ihre Frauen, wenn sie nicht gehorchen; moslemische Familienväter schließen ihre Frauen und Töchter zu Hause ein, um zu verhindern, dass sie ihnen in der Öffentlichkeit Schande machen, tauchen im Fragenkatalog dann wie folgt auf: *Wie stehen Sie zu Kritik an einer Religion? Wie stehen Sie zu der Aussage, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen soll und dass dieser sie schlagen darf, wenn sie ihm nicht gehorsam ist? Halten Sie es für zulässig, dass ein Mann seine Frau oder seine Tochter zu Hause einschließt, um zu verhindern, dass sie ihm in der Öffentlichkeit „Schande macht"?*

Was trieb den Innenminister tatsächlich, eine Einbürgerungspraxis dieser Art voran zu treiben? Eine Heranführung muslimischer Migranten an die deutsche Verfassung und die westlichen Werte? Migranten, die sich unserer Kultur anpassen, mit sichtbaren Willen, hier heimisch zu werden? Doch mal ehrlich, kann man sich in einem Land wohl fühlen, indem man als erstes eine Gesinnungsprüfung ablegen muss? Indem man die Fragen wahrheitsgetreu beantworten soll und die Einbürgerung jederzeit zurückgenommen werden kann, sollte der Bewerber seine Antworten nicht ehrlich gemeint haben? Die Förderung des Integrationswillens von Migranten ist wohl kaum mit einem Fragebogen zu erreichen, sondern vielmehr durch schlichte Menschlichkeit. Es gilt einen Sinn für gemeinsame Lebenssituationen von Migranten und Nichtmigranten zu entwickeln. Nur so kann ein Wir entstehen, indem dann im besten Fall auch gemeinsame soziale Kämpfe möglich werden.

Rech hingegen befördert mit derartig diskriminierenden Fragen die Hetze und den Hass gegen Ausländer. Rechtsextreme werden sich die Hände reiben und sich noch sicherer in ihren Aktivitäten gegen Ausländer fühlen.

Rech hätte besser daran getan, vor der eigenen Haustür zu kehren. Folgende Fragen hätten wir berechtigter und auch interessanter gefunden:

In Deutschland haben sich verschiedene Politiker öffentlich als homosexuell bekannt. Was halten Sie davon, dass in Deutschland Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden? Was soll ein katholischer Priester mit deutscher Staatsbürgerschaft dazu sagen?

Halten Sie es für einen Fortschritt, dass Männer und Frauen in Deutschland kraft Gesetzes gleichberechtigt sind? Was sollte der Staat Ihrer Meinung nach tun, wenn Männer dies nicht akzeptieren? Wie viele Frauen haben denn hier in Deutschland tatsächlich die Möglichkeit, Gleichberechtigung zu erfahren?

Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland umfasst die Wertordnung des Grundgesetzes, die inhaltsgleich für alle Staaten der Europäischen Union gilt. Dazu gehören unter anderem der Schutz der Menschenwürde, das Gewaltmonopol des Staates, das heißt, außer dem Staat darf in der Bundesrepublik Deutschland niemand Gewalt gegen einen anderen anwenden, es sei denn in Notwehr. Der Staat selbst darf Gewalt nur auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung anwenden [...] Entsprechen diese Grundsätze Ihren persönlichen Vorstellungen? Antworte auch Du bitte wahrheitsgetreu!

Es kann nur eine Lösung geben! Die soziale Revolution: Ohne Staat — ohne Religion — ohne Sexismus — ohne Stellvertreterpolitik!

Julia

Staatsbürgerkurse

Ein neuer Vorschlag der Union heißt nun: Staatsbürgerkurse! Das klingt nicht ganz so herabsetzend und gefährlich, wie „Moslemtest". Die Intention der Staatsbürgerkurse ist jedoch die gleiche. Allerdings sollen die Kurse nicht nur Moslems prüfen, sondern auch andere Einbürgerungskandidaten.

Die Kurse sollen (einschließlich einer Prüfung) grundlegende Kenntnisse über die deutsche Geschichte, die Verfassung und die Gesellschaftsordnung vermitteln.

Denn, so CDU-Chef Edmund Stoiber, wer diese nicht besitzt, könne auch nicht Deutscher werden.

Außerdem sollten die Einbürgerungswilligen die Kosten für den Kurs selbst übernehmen.

Die Grünen lehnen die Kurse ab, da sie die Migranten noch mehr spüren lassen würden, in Deutschland nicht erwünscht zu sein. Auch die Linkspartei.PDS ist gegen derartige Kurse.

Die FDP will noch mal eine Nacht darüber schlafen.

Herr Stoiber bleibt fortan hart mit seinem nun endgültigen Plan. Er wird, sollte es keine bundesweite Einigung geben, die Staatsbürgerkurse auch allein in Bayern durchsetzen.

OHNE TITEL

VON ANSGAR LORENZ











Der Auschwitz-Prozess in Frankfurt

Ein Rückblick

Das Haus Gallus in der Frankenallee in Frankfurt war vor etwa 40 Jahren Schauplatz eines der größten und bedeutendsten Gerichtsverfahren der Bundesrepublik gegen NS-Verbrecher.

Fast eineinhalb Jahre, von Frühjahr 1964 bis August 1965, fand hier der „1. Frankfurter Auschwitz-Prozess“ statt. Es gab damals in Frankfurt keinen Gerichtssaal, der groß genug gewesen wäre für ein Verfahren mit so vielen Angeklagten. Daher fand der Prozess zunächst im Plenarsaal des Römer statt; unmittelbar nach der Fertigstellung des „Haus Gallus“ im April 1964 zog das Gericht dorthin um.

Angeklagt waren in diesem Prozess vor allem sogenannte tatnahe Täter, also keine Schreibtischtäter, sondern diejenigen, die im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau unmittelbar Hand angelegt hatten. Von den 22 Angeklagten waren 21 Angehörige der Lager-SS, einer ein ehemaliger Funktionshäftling; unter den SS-Angehörigen waren zwei ehemalige Adjutanten der Lagerkommandanten, Angehörige der sog. „Politischen Abteilung“, also der Lagergestapo, eine Reihe von SS-Ärzten, ein SS-Apotheker, ein Schutzhaftlagerführer, SS-Sanitäter und verschiedene weitere kleinere SS-Dienstgrade. Die Angeklagten waren beschuldigt, Zehntausende von Menschen durch Vergasung, Erschießung, Phenolinjektionen, Folter ermordet, ihre Ermordung angeordnet oder dazu Beihilfe geleistet zu haben.

Dass dieser Prozess überhaupt stattfinden konnte, in einer Zeit, in der die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der deutschen Öffentlichkeit quasi nicht stattfand, in der die meisten der in den frühen Nachkriegsjahren verurteilten NS-Verbrecher bereits wieder auf freiem Fuß waren, war teils dem Zufall, teils dem persönlichen Engagement einzelner Personen zu verdanken.

Ein ehemaliger Häftling hatte im Jahr 1958 Wilhelm Boger, einen besonders berüchtigten Angehörigen der Politischen Abteilung, wiedererkannt und angezeigt. Ein Jahr später wurden dem damaligen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer Dokumente zugespielt, die ein ehemaliger Häftling zufällig im Mai 1945 in Breslau gefunden hatte. Auf diesen Dokumenten standen die Namen einer Reihe von erschossenen Auschwitz-Häftlingen sowie die der SS-Angehörigen, die an ihrer Erschießungen beteiligt waren.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt wurde schließlich mit den Ermittlungen zum „Komplex Auschwitz“ beauftragt, zu dem es bis dahin noch kein einziges Gerichtsverfahren in Deutschland gegeben hatte. Die Ermittlungen gestalteten sich aus verschiedenen Gründen sehr schwierig, u.a. weil man sich auf die Zuarbeit und Unterstützung der Polizei in diesem Fall nicht verlassen konnte. Die Namen und v.a. Aufenthaltsorte von ehemaligem SS-Personal aus Auschwitz zu ermitteln, war für die Juristen schon ein hürdenreiches Unterfangen, sehr viel komplizierter war es jedoch, ausreichend Beweismaterial zusammenzutragen, um die Täter auch anklagen zu können. Damals war über das, was in Auschwitz im einzelnen vor sich gegangen war, in Deutschland noch kaum etwas bekannt. Der Tatort selbst sowie viele der noch vorhandenen Dokumente aus Auschwitz befanden sich in Polen, einem Land, mit dem die BRD damals keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Offizielle Anfragen an die polnische Justiz wegen Unterstützung bei der Beschaffung von Beweismitteln kamen für die bundesdeutschen Behörden nicht in Frage. Dennoch sind Frankfurter Staatsanwälte 1960, halb privat, nach Polen gereist und haben dort durch die Unterstützung der polnischen „Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen“ Zugang zu wichtigen Dokumenten bekommen.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Prozesses spielten ehemalige Häftlinge, allen voran Hermann Langbein, ein österreichischer Auschwitzhäftling und später Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees. Er hat u.a. Namen von ehemaligen SS-Angehörigen aus Auschwitz beigetragen, aber vor allem war er an der Beschaffung von Beweismitteln beteiligt. Seinen Kontakten und seiner Überzeugungskraft sind viele der Zeugenaussagen ehemaliger Häftlinge im Prozess zu verdanken.



Der Verhandlungssaal im Gallus-Haus

Auf den Aussagen der ehemaligen Auschwitzhäftlinge lastete der größte Teil der Beweiserhebung vor Gericht; sie waren, wenn man solche Worte gebrauchen will, die eigentlichen Heldinnen und Helden des Verfahrens. Insgesamt wurden im ersten Auschwitz-Prozess 360 Zeugen aus 19 verschiedenen Nationen vernommen, unter ihnen waren 211 Überlebende des Lagers und 85 ehemalige Angehörige der SS.

Die Überlebenden, die im Prozess aussagten, kamen aus vielen verschiedenen Ländern, es waren ehemalige politische Häftlinge, Jüdinnen und Juden, Sinti, ehemalige sog. „Asoziale“ und „Kriminelle“, sowjetische Kriegsgefangene usw. Viele von ihnen hatten sich mit dem Entschluss, nach Frankfurt zu reisen und dort vor einem deutschen Gericht, in Angesicht ihrer ehemaligen Peiniger, über ihre Erfahrungen in Auschwitz zu sprechen, äußerst schwer getan.

Für viele war es eine Reise in ein Land, das sie nie bzw. nie mehr betreten wollten. Die Erfahrungen, die sie dann hier, in diesem Gebäude machten, waren sehr unterschiedlich. Für manche der ehemaligen Häftlinge war es eine Genugtuung, nach so vielen Jahren, in denen sich niemand für ihre Geschichte interessiert hatte, öffentlich und in Anwesenheit der Täter darüber sprechen zu können. Für andere kam die Aussage vor Gericht einer neuen Traumatisierung gleich. Sich präzise an das erinnern zu müssen, was man 20 Jahre lang versucht hat zu vergessen, verletzenden und entwürdigenden Fragen der Verteidiger ausgesetzt zu sein und dem selbstgerechten Verhalten der Angeklagten, das ging für viele der Zeugen fast über ihre Kraft. Vor allem die Zeugen aus Osteuropa waren häufig unglaublich diffamierenden Unterstellungen der Verteidiger ausgesetzt. Auch war es für die Zeugen oft schwer nachvollziehbar, dass vor Gericht nur die Aspekte ihrer Geschichte von Interesse waren, die dazu führen konnten, einen einzelnen Angeklagten einer konkreten Tat zu überführen.

Fassungslos reagierten einige Häftlingszeugen auf die Tatsache, dass sie hier auf der Straße oder in den Gängen des Haus Gallus auf die Angeklagten trafen, von denen viele, zumindest zu Beginn des Verfahrens, nicht inhaftiert waren. Und sie mussten mit ansehen, wie junge deutsche Polizisten vor dem Gerichtsgebäude den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Mulka ehrerbietig mit militärischem Gruß grüßten.

Nach Hunderten von Zeugenaussagen, der Verlesung unzähliger Dokumente und einer ganzen Reihe von historischen Gutachten, die über die Geschehnisse in Auschwitz, die Judenpolitik des NS, Struktur der SS etc. Auskunft geben sollten, nach den Einlassungen der Angeklagten, die fast ausnahmslos ihre Beteiligung an den Taten leugneten, und den zahlreichen Plädoyers von Anklage, Nebenklage und Verteidigung wurde im August 1965 das Urteil verkündet.

Sechs Angeklagte wurden wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, ein weiterer erhielt wegen Mordes die Höchststrafe von zehn Jahren Jugendstrafe. Drei Angeklagte wurde mangels Beweisen freigesprochen; die restlichen erhielten als Tatgehilfen, wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord, Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und 14 Jahren.

Bereits im Jahr 1970 – also fünf Jahre nach Prozessende – waren von den 22 Angeklagten nur noch sieben in Haft. Das waren vor allem niedere Chargen, die sogenannten Exzesstäter, denen eigenmächtige Morde nachgewiesen werden konnten. Die Beteiligung an den Selektionen auf der Rampe, an den Vergasungen, an Massenerschießungen, an der Selektion nicht mehr arbeitsfähiger Häftlinge wurde lediglich als „Beihilfe“ zum Mord gewertet, weil den Angeklagten, so das Gericht, nicht nachzuweisen war, dass sie die Taten als eigene gewollt hatten. Sie gingen aus dem Prozess als Befehlsempfänger hervor, die zwar willfährig alles taten, was ihnen befohlen wurde, die sich die Ziele der Nazis aber angeblich nicht wirklich zu eigen gemacht hatten.

Die Massenverbrechen, für die Auschwitz steht, das hunderttausendfache Morden durch Gas, Phenol, Erschießungen, Hunger, Kälte, Erschöpfung waren mit den Mitteln des deutschen Strafgesetzbuches offenbar nicht mal annähernd angemessen zu erfassen.

Die Bedeutung des – in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit intensiv verfolgten – Prozesses liegt daher auch kaum bei den letztlich ausgesprochenen Urteilen.

Bedeutsam war der Prozess vor allem deswegen, weil er – das erste Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte – erahnen ließ, was Auschwitz war. So wenig der Prozess auch zu einer angemessenen Ahndung dieser Verbrechen beitrug, so wichtig war er für die Aufklärung der Geschehnisse im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Es waren auch hier v.a. die Aussagen der Häftlingszeugen, z.T. auch der SS-Zeugen, die der abstrakten Tatsache des hunderttausendfachen Massenmords, sofern diese überhaupt bekannt war, eine unmittelbare und konkrete Gestalt verliehen. Der Zugewinn an Wissen über die Verfolgungs- und Vernichtungspraxis der Nationalsozialisten, der aus diesem und anderen Prozessen folgte, war eine der Voraussetzungen für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem NS, die in der BRD einige Jahre später einsetzten.

Katharina

Weitere Literatur!

Wer sich ein bisschen mehr über das Thema informieren möchte, dem sei folgendes empfohlen: „Der Auschwitz-Prozess“, herausgegeben vom Fritz-Bauer-Institut und dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. Eine DVD-ROM mit Tonbandmitschnitten, Protokollen und Dokumenten (ISBN 3-89853-801-X). „Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses“ beschäftigt sich mit Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens (ISBN 3-938690-01-1). Mit der Holocaust- und Genozid-Problematik im Unterricht sowie mit dem Umgang des Völkermordes in Europa, Amerika, Israel und bei den arabischen Völkern beschäftigt sich das Buch „Der Schmerz des Wissens“ von Yair Auron (3-936049-55-6). Mit dem literarischen Antisemitismus beschäftigt sich das neue Buch von Matthias N. Lorens „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck — Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser (ISBN 3-476-02119-X).

A.H.

Streik bei Swissmetal-Werk in Reconvilier

Entscheidende Phase erreicht, der Kampf geht weiter

Eigentlich müssten wir ins Guinnessbuch der Rekorde kommen, da uns an einem einzigen Tag dreimal die Kündigung ausgesprochen wurde", witzelt ein Streikposten vor dem Swissmetal-Werk. Dreimal hatte Swissmetal-CEO Martin Hellweg ihnen ein Ultimatum gestellt, die Arbeit wiederaufzunehmen. Und dreimal liessen sie das Ultimatum verstreichen.

„Dieser Streik ist ein Hilferuf", sagt Nicolas Wuillemin, Präsident der Betriebskommission. „Wir haben es mit Leuten zu tun, die nichts und niemanden respektieren: keine Versprechungen, keine Rechte und keine Behörden. Wir glauben ihnen gar nichts mehr." Seit dem 25. Januar wehren sich die „Boillats" schon zum zweiten Mal mit einem Streik. An schlichtende Verhandlungen können sie nicht mehr glauben. Sie haben nichts mehr zu verlieren und sind bereit, den Streik bis zum bitteren Ende durchzuziehen. Nicht so wie im Dezember 2004. Wild und entschlossen waren sie auch damals schon. Neun Tage lang legten sie damals die Arbeit nieder. Es war der längste Streik in der Geschichte der modernen Schweiz. Zuerst noch ein wilder Streik. Die Gewerkschaft Unia riefen die Metaller erst zu Hilfe, als sie den Streik schon begonnen hatten. Sie forderten, was in der Schweiz noch keine Belegschaft vor ihnen gefordert hatte: den Kopf des CEO Martin Hellweg.



Im letzten November kündigte Hellweg das Aus für die Giesserei in Reconvilier an. Das würde 80 der 320 Arbeitsplätze kosten. Bis 2010 will Hellweg in Reconvilier und Dornach 150 Arbeitsplätze abbauen. Es gehe der Geschäftsleitung nur darum, dem Werk eine strategisch günstige Position auf dem Weltmarkt zu verschaffen, so Martin Hellweg. Mario Grünenwald, Präsident der Arbeiterkommission: „Mit der Ankündigung der Schliessung der Giesserei ist uns klar geworden, dass das Ende gekommen ist. Der Streik ist die einzige Lösung, die uns bleibt." Für Fabienne Blanc-Kühn, verantwortlich für den Sektor Industrie der Unia, ist klar: „Ein Streik ist die Folge, wenn Versprechen nicht eingehalten werden. Wenn man das Personal nicht ernst nimmt und wenn man die Rechte der Angestellten ignoriert und sich über eine ganze Region sowie politische Institutionen hinwegsetzt." Doch Hellweg bleibt stur. Am 27. Januar liess er das Werk stillegen und sperrte die Belegschaft aus. Solange gestreikt wird, weigert sich Hellweg zu verhandeln. „Das Unternehmen kann länger aushalten als die Streikenden", sagte der deutsche Manager zur Presse. Die Schnoddrigkeit stärkt nur den Kampfgeist der „Boillats". Denn nicht nur bei ihnen, sondern in ganz Reconvilier geht die Angst davor um, dass das Dorf ohne die „Boillat" zum Geisterort werden könnte.

Solidarität

In Reconvilier und der Region findet der Streik der Boillat-Belegschaft grossen Rückhalt: Blaue Tücher als Symbol der Solidarität prägen das Alltagsbild der umliegenden Gemeinden. In der Dorfbäckerei wird Solischokolade verkauft, viele Restaurants erheben Soliaufschläge auf die Getränke und die ArbeiterInnen in den besetzten Fabrikhallen werden durch etliches Material unterstützt.

Selbstverwaltung?

Das Regionalblatt „Journal de Jura" zog vergangene Woche bereits die Parallele zu einem Arbeitskampf in Argentinien, welcher mit der direkten Übernahme des Betriebes durch die ArbeiterInnen endete. Dieser funktioniert seit 2001 ohne Direktion und Privateigentümer, indem die ArbeiterInnen selbst über den Vertrieb und die Produktion verfügen. Bereits das Vorhandensein solcher Ideen lässt darauf hoffen, dass auch in der Schweiz Arbeitskämpfe wieder öfters geführt werden und radikale Ideen gesellschaftsfähig werden.

Unterzeichnet die Petition zur Unterstützung der Streikenden auf www.boillat.org und unterstützt den Streikfonds mit einer Spende auf das Postkonto 30-351860-7 „Solikonto" 3000 Bern, Vermerk „Boillat". Hängt etwas blaues aus eurem Haus und bekundet damit Solidarität!

Rudolf Mühland

Mehr Infos auf www.indymedia.ch/de

Europaweiter Eisenbahnerstreik am 2. März?

Anlass ist die Tagung der europäischen Verkehrsminister

Vor 15 Jahren begannen die europäischen Regierungen den Prozess der Liberalisierung und Privatisierung der europäischen Eisenbahnen. 1991 wurde die Richtlinie 91-440 erlassen, die den ersten Angriff auf die Staatsbahnen darstellte.

Eisenbahnerstreiks in verschiedenen Ländern haben über mehrere Jahre hinweg gezeigt, dass Widerstand möglich ist. Aber im Angesicht von Regierungen, Arbeitgebern und Kapitalisten, die keine Staatengrenzen respektieren, haben die Gewerkschaften insgesamt keine internationalistische Gegenwehr zustande gebracht. 1992 wurde zwar ein eintägiger europaweiter Streik organisiert, und dann nichts mehr. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat sich trotz seiner potenziellen Stärke bislang geweigert, Abwehrkämpfe und europaweite Streiks zu organisieren und zu koordinieren.

Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften, die kollektive Aktionen auf die Tagesordnung setzen und nicht dem Irrglauben anhängen, dass der Kapitalismus die einzige mögliche Organisations- und Gesellschaftsform sei. Wir brauchen konkrete Vorschläge für die Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen und internationale Aktion. Dazu haben wir in den letzten Jahren ein gewerkschaftliches Netzwerk aufgebaut. Es hat sich entwickelt aus Veranstaltungen wie Sozialforen, internationalen Märschen gegen Arbeitslosigkeit und vor allem durch alltägliche Kämpfe, Informationsaustausch, die Organisation von Streiks und internationale Demonstrationen.

Die Bilanz der Privatisierung/Liberalisierung ist katastrophal. Europaweite Gegenwehr ist notwendig. Diese Politik der Privatisierung und Liberalisierung führt zu wiederholten Tragödien, vielen hundert Todesopfern und Schwerverletzten im Namen der „wirtschaftlichen Effizienz". Sie stellt das gewerkschaftliche Streikrecht und die durch gewerkschaftlichen Kampf erkämpften Fortschritte in Frage. Die Folge sind Massenarbeitslosigkeit und zunehmende prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Angesichts dieser Offensive des privaten Sektors benutzen die „historischen Bahnbetreibergesellschaften" die gleichen Waffen: Genau so wie die Firmen im privaten Sektor verschärfen sie den Konkurrenzkampf der europäischen Staatsbahnen untereinander. Letztlich sind sie bereit, die



Zeichnung von Albert Hahn (1903)

Rechte der Eisenbahner zu untergraben, die Sicherheit ihrer Fahrgäste einzuschränken, das Selbstverständnis eines öffentlichen Dienstleistungsunternehmens und die Regionalplanung aufzugeben.

Die „Eisenbahnpakete" stehen im Einklang mit anderen europäischen Verträgen, die sie uns aufzwingen wollen: Den Richtlinien zum ÖPNV, die eine Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs zur Folge haben, ebenso der Bolkestein-Richtlinie, die schlicht und einfach das Ende aller öffentlichen Dienstleitungen zum Ziel hat und das Sozialdumping institutionalisiert, und auch mit dem Europäischen Verfassungsvertrag, der in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, und den auch viele Arbeiterorganisationen in Europa ablehnen.

Ein anderes Eisenbahn-Europa ist möglich!

Unsere Gewerkschaften SUD Rail (Frankreich), CGT (Spanien), ORSA (Italien), SULT (Italien), CUB (Italien), SAC (Schweden), LAB (Baskenland) haben sich für eine breite und konkrete internationale Aktion entschieden – mit der Zielsetzung, die kapitalistischen Gelüste auf den Eisenbahnbereich zurückzudrängen.

Wir rufen alle Gewerkschaften in Europa auf: Schließt Euch unserer Initiative an.

AGA trieb den Lohn ein

Thai-Restaurant wurde gezwungen, ausstehenden Lohn zu zahlen

Schon Ende des letzten Jahres bezahlte ein Thai-Restaurant, das in sich in der Nähe des Rembrandtplein/Amsterdam befindet, 1.200 Euro ausstehenden Lohn an einen ehemaligen Mitarbeiter. Jan Müter erklärt, wie es dazu kam.

Der 25jährige A., geboren in Burma, aufgewachsen in Bangladesh, arbeitete sechs Monate lang für eine Reihe von Restaurants, die von R. gemanagt werden. Dabei hatte er „exotisch lange Arbeitszeiten". Sechs bis sieben Arbeitstage und Schichten von zwölf Uhr mittags bis zwei oder drei Uhr nachts waren keine Seltenheit. Anfangs bekam er 25 Euro, später dann, als er ein „erfahrener Koch" war, ganze 30 Euro am Tag. Schließlich bekam er 1.000 Euro pro Monat.

Aber dieser Lohn, welcher „weit unter dem lag, worauf er formal Anspruch hatte", war dem Chef wohl noch zu hoch. Er hörte einfach auf, zu zahlen, und im Ergebnis fehlten A. dann 1.200 Euro.

Die Flüchtlingsorganisation ASKV brachte A. mit Jan Müter in Verbindung, der schon früher mit Restaurantbelegschaften gearbeitet hat. Zusammen mit der Anarchistische Groep Amsterdam (AGA) und Flexmens.org entwikkelte er eine Strategie.

Am 17. November gingen ca. 15 AktivistInnen zum Restaurant, um den Besitzer mit A.s Forderungen zu konfrontieren. Dieser hatte zuerst offensichtlich Angst und kam dann mit einer sehr widersprüchlichen Geschichte rüber. „Mit jedem einzelnen Satz widersprach er sich selbst", sagt Jan Müter. „Zuerst kannte er A. gar nicht, später will er ihm Obdach gegeben haben. Als nächstes drohte er damit, die Polizei zu rufen. Er nahm sein Handy, wählte und sagte etwas auf Bengali". Kurz darauf kam ein Mann aus einem anderen Restaurant. „Das war eine ganz schöne Überraschung, als ich den Mann erkannte. Ich hatte ihm früher schon mal Ratschläge erteilt, als er wegen Problemen mit demselben Restaurantbesitzer zu mir kam. Offensichtlich waren diese Probleme gelöst worden." Es schien fast so, als müssten wir unverrichteter Dinge abziehen und ggf. später noch einmal wieder kommen. Das war nicht nötig. Am nächsten Tag wurde A. angerufen, er könnte 500 Euro haben und die anderen 700 Euro etwas später auch.

Notfallplan

Unterdessen hatte die Unterstützergruppe auch Kontakt mit einem Rechtsanwalt aufgenommen. „Er war sehr scharf darauf, einen Prozess anzustrengen. Einerseits hätte das den Restaurantbesitzer eine Menge Geld gekostet, andererseits wäre das eine effektive Möglichkeit gewesen, den Druck auf ihn zu erhöhen." So wie es aussieht, ist der Chef noch einmal mit einem blauen Auge und sehr billig davon gekommen, zumal A. ein formales Recht auf viel mehr Lohn gehabt hätte.

Müter: „Ein Rechtsstreit hätte unter Umständen auch Auswirkungen auf A.'s Aufenthalt in den Niederlanden haben können. Einen Rechtsanwalt einzuschalten kann für uns nur ein Notfallplan sein mit dem Ziel, es so teuer wie möglich zu machen, eine/n Arbeiter/in zu feuern."

A. hat mittlerweile einen Job in einem anderen Thai-Restaurant.

Ausbeutung, Unterdrückung und Miss-



brauch in der Catering-Industrie könnt Ihr melden: Anarchistische Groep Amsterdam (AGA), aga@squat.net. Ihr könnt die AGA auch besuchen: Jeden Samstag von 14.00 bis 18.00 Uhr in der Eerste Schinkelstraat 14-16.

Anarchistische Groep Amsterdam

British Rail: Instandhaltung und Infrastruktur wurden fast völlig aufgegeben, weil sie „unprofitabel" seien; die Sicherheit wurde vernachlässigt, weil Sicherheitsinvestitionen mit den kurzfristigen Finanzinteressen der Kapitalisten unvereinbar sind.

Italien: Hier wächst die Anzahl der privaten Eisenbahnbetreiber sehr schnell. Viele dieser Firmen missachten die Sicherheitsbestimmungen. Bei schweren Unfällen haben deshalb in den letzten Jahren insgesamt 42 Personen ihr Leben gelassen.

Spanien: Seit dem 1. Januar 2005 hat die „linke" spanische Regierung die Politik ihrer rechten Vorgängerregierungen fortgesetzt. Die spanische Staatsbahn RENFE wurde in die RENFE-Zugbetreibergesellschaft und ADIF (Infrastrukturgesellschaft) unterteilt. Dies führt zu zunehmender Privatisierung und dem Zugang privater Zugbetreiber.

Frankreich: verschiedene Regierungen bereiten seit Jahren den Boden für die Privatisierung, indem sie die Staatsbahn SNCF organisatorisch zersplittern. Gemäß dem Wunsch liberaler Politiker hat die SNCF jetzt ganz bewusst Gütertransporte an private Betreiber abgegeben. Insbesondere CONNEX übernimmt zunehmend öffentliche Transportaufgaben (Schienenverkehr, Stadtverkehr, SNCM/Fähren von Marseille nach Korsika, etc.)

Schweden: CONNEX ist jetzt seit mehreren Jahren im Geschäft. Diese Firma führt frontale Angriffe gegen die Gewerkschaften und soziale Rechte durch und drückt auf eine Produktivitätssteigerung ohne Rücksicht auf die Sicherheit.

Diese Partisanen des „Liberalismus" interessiert nur der Profit. In Deutschland ist der Prozess weiter fortgeschritten und steht der Börsengang der DB AG auf der Tagesordnung. Jetzt melden sich Gewerkschaften und Bahnbenutzer im gemeinsamen Interesse dagegen zu Wort.

Anarchistisches Sommercamp

14. - 23.7. 2006 in Ostösterreich

... Wir versuchen mit diesem Camp, die Vernetzung zu unseren Freunden und Freundinnen in (Ost)Europa voranzutreiben, und haben diesen Aufruf deshalb in die verschiedensten Sprachen übersetzt. Unser Ziel ist ein buntes Camp, das (Sprach)Grenzen überwindet und zu einem Austausch verschiedenster Gruppen und Menschen beiträgt!

... Wir möchten Eltern Lust darauf machen, mit ihren Kindern zu kommen. Auf dem Gelände gibt es viel Platz und Möglichkeiten, sich auszutoben und es wird auch ein Kinderzelt aufgestellt. Was dort gemacht werden kann und gemacht wird, ist Sache aller, die dort etwas tun wollen und tun. Nehmt Spielzeug mit! Oder Seile für eine Schaukel am Baum oder, oder, oder ... Dabei ist es nicht nur Aufgabe der Eltern, sich um ihre Kinder zu kümmern; wir sollten alle versuchen, auf Kinder und ihre Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen.

... Lasst eure Hunde zu Hause! Einerseits ist eine grössere Anzahl von Hunden mühsam, andererseits wollen wir Menschen mit Kindern die Teilnahme erleichtern. Ausserdem ist das Gelände nicht umzäunt und geht direkt in den Wald über, in dem es Wild und Jäger gibt ...

Kontakt: http://www.a-camp.info

IWW Chicago: Direct Action Gets the Goods! – Wobblies treiben Lohn ein!

Nachdem der „Ideal Hand Car Wash", Chicago, Neil Rysdahls Lohn von $227.50 für über 45 Stunden Arbeit nicht zahlen wollte, riefen die Wobblies zu einem „Informations-Streikposten" auf.

Schon im November 2005 schaltete Neil das Beschwerdekomitee der IWW ein. Das Komitee schrieb insgesamt zwei Briefe an die Manager und kündigte an, sich als Gewerkschaft weitere Maßnahmen vorzubehalten, wenn Neil nicht in absehbarer Zeit voll bezahlt werden würde. Am Morgen des 14. Januar liefen die Geschäfte des Chefs nicht sehr gut, denn fast alle Kunden verließen aus Solidarität den „Car Wash" unverrichteter Dinge. Nach nur drei Stunden erklärte sich Eduardo Amanero, ein Manager des Betriebes, bereit, den ausstehenden Lohn direkt und bar auszuzahlen, wenn der Streikposten abgezogen würde. „Worum es bei der ganzen Sache geht, ist dies, wenn du dich mit einem von uns anlegst, dann legst du dich mit uns allen an", sagt Patrick Brenner, Mitglied des National Executive Board der IWW. „Wir halten unseren Mitglieder die Stange — wir stehen für unsere Mitglieder ein, denn ein Angriff auf eine/n ist ein Angriff auf alle!"

Im Schattenlicht

Soziale Basisbewegungen in Lateinamerika betreiben ebenso wie staatslinke Parteien nationaltümelnd platte Anti-Gringo-Rhetorik

In den kargen Bergen wehten mexikanische Fahnen, als der örtliche Organisator Hermelindo Pérez am 14. Februar 2006 in Ixtepec im mexikanischen Bundesstaat Puebla eine Veranstaltung eröffnete, die rund 200 indigenisierte KleinbäuerInnen aufmerksam verfolgten. Nicht der Kampf gegen ihre soziale und rassistische Ausgrenzung stand dabei im Mittelpunkt: „Unser heutiger Kampf soll sich nicht auf den Kampf von oben konzentrieren, sondern auf die Einheit des totonakischen Volkes. Die Parteien PRI, PAN, PRD und PT spielen sich dort die Bälle zu, das ist die Macht der Schweinerei. Wir haben eine andere Macht, eine Macht des Einbeziehens, des Teilens, eine würdige Macht, eine Kraft des Volkes." Die Entttäuschung darüber, dass auch die sozialdemokratische PRD im Bundesparlament nicht mit der Bevormundung und Ausgrenzung der indigenisierten Unterklassen gebrochen hat und die Folgen von Freihandel und Deregulierung weiterhin unmittelbar die Lebensverhältnisse verschlechtern, endet im romantischen Rückbezug auf ein indigenes Volk der Totonaken. Hermelindo Pérez: „Das totonakische Volk, ebenso wie alle indigenen Völker Lateinamerikas, hat es ertragen ... das neoliberale kapitalistische System ist sehr hart hier in den totonakischen Haushalten." Zu Beginn des Jahres brach Marcos, „Delegierter Null" des zapatistischen EZLN im Rahmen der „Anderen Kampagne" zu einer Rundreise zu Basisbewegungen quer durch Mexiko auf. Nun sprach er in Ixtepec: „Sag den Totonaken, erklärten meine Chefs, wenn diese Reichen und Mächtigen gewinnen, werden wir kein Vaterland mehr haben ... Frag die Totonaken, ob sie diese Erde lieben, diesen Boden, der Mexiko genannt wird. Wenn sie mit ja antworten, aus ihrer Geschichte, als indigenes Volk wie wir, mögen sie sich uns anschließen. Nicht nur uns als Zapatisten, sondern auch den Arbeitern, Bauern, die keine Indigenen sind, Frauen, ... all denjenigen, die arbeiten in diesem Land und die



Evo Morales verspricht, die Rechte der bolivianischen und aller amerikanischen Indigenas zu verteidigen

wir fragen, ob sie nicht für unser Vaterland kämpfen wollen, das Mexiko ist." Marcos warb für das außerparlamentarische Bündnis mit dem EZLN: „Vereint können wir diejenigen besiegen, welche unsere Heimat zerstören wollen."

Die ganze Ambivalenz der Programmatik des EZLN wurde einmal mehr deutlich: Das Changieren zwischen einem antirassistischen Kampf gegen den Aussschluß aus dem mexikanischen Sozialstaat und einer indigenistischen Identitätspolitik, welche kleine Völker als politische Subjekte in der großen Nation beschwört.

Etwas klarere Worte zu den sozialen Konflikten kamen bei diesem Treffen von Maricela, Vertreterin der unabhängigen Nahua-Organisation aus Ayatosco in Guerrero: „ Wir sind der Ausbeutung müde, und wir sind gegen das Kazikentum und die Mächtigen". Die Bekämpfung der Kaziken, der lokalen Ausbeuter in den indigenisierten Gruppen, ist auch Teil der emanzipatorischen Praxis der EZLN, fällt aber in den großen Erklärungen unter den Tisch.

In der „Sechsten Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald", der programmatischen Schrift der EZLN, welche die „Andere Kampagne" inhaltlich begründete, wurde die notwendige Kritik der Privatisierungen mit nationalen Phrasen zugetextet: „Und sie



Evo Morales

wollen auch die Sozialversicherung privatisieren, und die Elektrizität, und das Wasser, und die Wälder und alles, bis von Mexiko nichts mehr übrigbleibt und unser Land nur noch Wüstland ist, oder ein Vergnügungspark für die Reichen der Welt, und die Mexikaner und Mexikanerinnen sollen ihre Diener sein, davon abhängig, was ihnen angeboten wird, ein armseliges Leben, ohne Wurzeln, ohne Kultur, ohne Vaterland eben. Das heißt, das die Neoliberalisten Mexiko töten wollen, unsere mexikanische Heimat."

Im nachkolonialen Machtgefüge in Bolivien ist es ein befreiendes, ein emotional bewegendes Symbol gegen den Rassismus, dass ein indigenisierter Kokabauer die Präsidentenschärpe umgehängt bekam. Evo Morales hatte dabei Tränen in den Augen, die linke Faust erhoben und die rechte Hand auf dem Herzen. Morales schilderte, wie ihm in seiner ersten Zeit als Abgeordneter 1997 Schläge angedroht wurden, als er durch die Straßen der von den Reichen dominierten Innenstadt von La Paz zu Fuß zum Parlament ging.

In ihren Antrittsreden benannten Evo Morales und sein Vizepräsident Alvaro García dass, worüber vornehm zu schweigen bisher Konsens war: Den Ausschluß der jahrhundertelang diskriminierten, indigenisierten kleinbäuerlichen und proletarischen Bevölkerungsmehrheit aus dem Staat. In weiten Teiles des Landes, etwa auf dem kargen, unwirtlichen Hochland, dort wo ein Großteil der indigenisierten Unterklassen lebt, ist der Staat bisher bestenfalls mit rudimentär ausgestatteten Elementarschulen und Polizeiposten präsent. Wer arm und kleinbäuerlich lebt, gilt als Indigener. Wer es als Armer in die großen Städte des Tieflandes schafft, gilt als Mestize. Zusammen 85% der Bevölkerung, die bisher von den Zentren der Macht ausgeschlossen waren. „Wir wollen dem kolonialen Staat ein Ende bereiten", erklärte Evo Morales: „Alle Bolivianer haben das Recht, besser zu leben, aber ohne andere zu zerstören oder der Sklaverei zu unterwerfen". Das Land könne auf der Basis des Rohstoffreichtums entwickelt werden, so Morales: „Wenn wir es intelligent anstellen und das Vaterland lieben, wird Bolivien besser sein als die Schweiz". Dass seine Partei MAS, Bewegung zum Sozialismus, eher ein Zusammenschluss von sozialen Bewegungen ist, wurde neben seiner Nationaltümelei ebenfalls deutlich: „Dieses Parlament wird die Armee der nationalen Befreiung sein, der Schlacht für die zweite Unabhängigkeit. Wenn dass hier nicht getan wird, werden es die sozialen Bewegungen tun."

Der Vizepräsident Alvaro García sass bis 1995 im Gefängnis, weil er in den 80er Jahren in dem mittlerweile aufgelösten indigenistischen EGTK, der Guerrillaarmee Túpac Katari, gekämpft hat. Es ist bekannt, dass er diese Zeit nicht bereut: „Nur meine Methoden sind heute anders". Mit Schlips und Anzug zeigte er sich bei seiner Amtseinführung als Meister des geschliffenen Wortes: „Jetzt sind die indigenen Völker an der Reihe, die ehrenwertesten, die wahren Vertreter unseres Vaterlandes, die Leitung der Nation einzunehmen und uns auf einen Weg des Wohlstandes zu führen, einen Weg der Einheit und der nationalen Integration."

Im Schlußsatz seiner Rede wurde einmal mehr das gleiche Changieren zwischen indigenistischer Identitätspolitik und einem antirassistischen Kampf gegen die Ausgrenzung der Unterklassen aus Staat und Gesellschaft deutlich: „Mit dem Kopf der indigenen Völker wird Bolivien groß sein, weil Bolivien alles ist, was wir haben, und Bolivien sind wir alle."

Alvaro García hat dafür das Konzept eines „andinen Kapitalismus" entwickelt: Starker Staatssektor, Förderung von Genossenschaften und kleineren Betrieben. Die Entwicklung des Landes und ein Aufbau sozialer Leistungen sollen durch eine höhere Besteuerung, gerade auch der internationalen Konzerne, die Rohstoffe fördern, und Einnahmen aus Staatsbetrieben finanziert werden.

Der „andine Kapitalismus" bricht selbstredend nicht mit der Logik kapitalistischer Vergesellschaftung. Die parlamentarische Linke kann in Bolivien etwas Reichtum umverteilen und Zugang zu staatlichen Leistungen und Ressourcen für bisher davon Ausgeschlossene anstreben. Linke an der Regierung können der nationalen Bourgeoisie und internationalen Konzernen etwas wegnehmen, wenn die sozialen Bewegungen der Unterklassen den dafür nötigen gesellschaftlichen Druck aufbauen können.

Die Entgegensetzung von „Einfachheit und Radikalität" sozialer Bewegungen kontra Neoliberalismus und Korruption von Regierungslinken, die eh nur Teil der Oligarchie sind, ist eine verkürzte Staats- und Kapitalismuskritik, welche die Fallstricke von Basisbewegungen ignoriert. Dem gegenüber gibt es etwa in Nicaragua eine notwendige Kritik der NGOs, die ja gemeinhin zu den Basisbewegungen gezählt werden. Die feministische Sandinistin Sofía Montenegro schrieb dazu in der nicaraguanischen Zeitschrift envío: „Die Repräsentation der NGO, mit ihren Hilfsgeldern, haben mit ihrer Arbeit nicht versucht, soziale Subjekte zu bilden, sondern soziale Klienten zu gewinnen, und haben eine fragmentierte und konkurrierende Repräsentation hervorgebracht." Der Kapitalismus mit seinem Zwang, sich zu verkaufen, wirkt eben auch in NGOs und Basisgruppen hinein.

Der Staat als verdinglichtes gesellschaftliches Kräfteverhältnis ist für Linke schwieriges Terrain. Parlamentsmehrheiten spiegeln nunmal nicht den entscheidenden Teil der Machtverhältnisse wider. Die Eroberung der Staatsmacht ist keine Garantie für eine erfolgreiche soziale Revolution. Wenn die basisorientierte Linke aber programmatisch mit der Vorstellung der Nation und einem auf Anti-Gringo-Positionen verkürzten Antikapitalismus nicht bricht, bekommt die Emanzipation arg Schlagseite, so gut ihre Staatskritik auch sein mag.

Notwendig wäre es, sich die ökonomischen Rahmenbedingungen zu vergegenwärtigen, in denen sich linke Bewegungen und Regierungen heute abmühen - wie ausführlich in dem Buch „Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung" nachgelesen werden kann. Linke haben, vereinfacht gesprochen, gegenwärtig zwei Alternativen, auf die postfordistische Reorganisation des Weltmarktes zu reagieren: Sie können sich für das Mitkonkurrieren entscheiden, für das gegenseitige Unterbieten von Peripheriestaaten in den Ausbeutungsbedingungen, der Schaffung von Freihandelszonen und anderem mehr. Sie kann aber auch von der fordistischen Illusion Abstand nehmen, daß mit der Eroberung des Staatsapparates der Kapitalismus überhaupt abgeschafft oder dessen Macht über zentrale Apparate gebändigt werden könne, und auf eine Gegenmacht von unten setzen. Die einzige Hoffnung für Linke an der Regierung kann nur ein massiver gesellschaftlicher Druck durch radikale soziale Basisbewegungen sein.

Gegen die kapitalistische Vergesellschaftung zu handeln heißt unter den heutigen Bedingungen, die Selbstorganisierung der Ausgebeuteten voranzubringen und mit allen Herrschaftsideologien und -verhältnissen zu brechen: Befreiung statt Nation, Kapitalismus und Patriarchat. Eine radikale Linke kann sich nur sich unabhängig von staatlicher Alimentierung entwickeln. Und genau das versucht beispielhaft die „Andere Kampagne" des EZLN. Trotzdem gibt es



Marcos ruht sich aus

keinen Grund, den EZLN nicht da zu kritisieren, wo er in dieselben Fallen tappt wie linke Regierungsparteien. Das Motorrad, mit dem er durch Mexiko zu den Versammlungen reist, hat Marcos „Sombraluz" genannt: Schattenlicht. Warum so tun, als ob der EZLN das reine Licht der Erkenntnis verbreitet? Es ist ein Versuch, der eine ernsthafte Auseinandersetzung ohne Beschönigung verdient.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

Wer genau hinsieht, sieht keine Revolution

Anarchistische Perspektive der „Bolivarianischen Revolution" in Venezuela

Dieser Artikel ist entstanden, nachdem ich mehrere Wochen in Venezuela verbracht und viele Gespräche mit venezolanischen AnarchistInnen geführt hatte.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Venezuela

Die Jahre von 1910 bis 1930 werden oft als „die goldene Ära" des Anarchismus in Südamerika betrachtet, die aber an Venezuela vorbei gegangen zu sein scheint. Die Diktatur in Venezuela von 1912 bis 1934 und die begleitende Repression hatten zur Folge, dass die Mehrheit der anarchistisch orientierten ArbeiterInnen aus Europa lieber in Länder wie Argentinien auswanderte, wo es eine stärkere anarchistische Tradition gab. Aus diesen Gründen ist die anarchistische Bewegung in Venezuela relativ schwach im Vergleich zu einigen anderen Ländern in Lateinamerika. Anarchistische Strukturen tauchten in den 80er Jahren auf, als verschiedene Gruppen an den Universitäten aktiv wurden. Die ArbeiterInnenbewegung im ganzen fing erst ziemlich spät an, sich zu entwickeln. Vor 1930 hatten die ArbeiterInnen kaum Einfluss auf die Politik im Land. Bevor 1930 Öl entdeckt und gefördert wurde, war Venezuela von der Landwirtschaft abhängig, insbesondere vom Kaffee, der die Hauptexportware des Landes war. Die Kaffeeherstellung konzentrierte sich auf bestimmte Regionen wie die Anden, Merida und Maracaibo im Westen des Landes. Diese Gegenden wurden von großen Caudillos (führenden Großgrundbesitzern und Kaffeebaronen) beherrscht, auf die die LandarbeiterInnen existentiell angewiesen waren. Mit dem Kommen des Erdöls nahm die Kaffeeherstellung drastisch ab, aber die Caudillos schafften es, ihren politischen Einfluss im Land zu behalten, insbesondere beim Militär. Von 1908 bis 1935 regierte der Diktator Juan Vicente Gomez das Land, und 1946 gab es einen gescheiterten Versuch, die Demokratie in Venezuela einzuführen. Der erste demokratisch gewählte Präsident Venezuelas, Romulo Betancourt, wurde innerhalb von acht Monaten durch einen Militärputsch gestürzt und Marcos Perez Jiminez übernahm die Macht mit Hilfe der Armee und der US-Regierung. Erst 1958 wurde die Demokratie wieder hergestellt, als Admiral Wolfgang Larrazabal mit der Unterstützung des Militärs Marcos Perez Jiminez verdrängte und der linksgerichtete Romulo Betancourt mit seiner Partei der Demokratischen Aktion (Acción Democrática) die Wahl gewann. Nun war es möglich, Gewerkschaften zu gründen, die vor diesem Zeitpunkt illegal gewesen waren. Die neuen Gewerkschaften wurden von den MarxistInnen und KommunistInnen stark beeinflusst und stammten eher aus den Reihen der politischen Parteien. Die Linken verließen sich auf die Regierung als Mittel sozialer Veränderungen, was fehlende Autonomie innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zur Folge hatte. Gewisse soziale Verbesserungen waren wegen des riesigen Ölvorkommens im Land möglich. Deshalb ist der Verbrauch von Ölgeld, um die Bevölkerung zu beruhigen, nichts Neues, und die gegenwärtige Regierung führt diese Tradition weiter.

Chávez, der Revolutionär?

1998 gewann Hugo Chávez Frías die Präsidentenwahl mit 56,2% der Stimmen. Seit dem Sturz von Perez hatten sich die zwei Hauptparteien, Acción Democrática und COPEI (die christlichsoziale Partei), in der Machtausübung abgewechselt. Sie teilten den Reichtum im Land friedlich und geschäftsmäßig auf. Keine der beiden Parteien hatte etwas davon, den ärmeren Bevölkerungsschichten etwas anzubieten. Hugo Chávez schaffte es, die zahlreichen kleinen Gruppen der Linken und die ausgegrenzten Armen zu vereinigen. Die Mehrheit der Linken unterstützten Chávez unkritisch, weil sie endlich die Möglichkeit sahen, an die Macht zu gelangen. Es wird behauptet, dass Chávez ein Revolutionär sei, aber Chávez ist in erster Linie ein Regierungschef mit militärischer Laufbahn und keinen klaren politischen Plänen, außer einer vagen antiimperialistischen Grundhaltung. Seine Realpolitik dreht sich um Öl und Globalisierung, beide sehr wichtig für Venezuela, um sich auf dem internationalen Ölmarkt und auf der politischen Weltbühne behaupten zu können. Die Chávez-Regierung braucht die Globalisierung, damit sie Verträge mit den großen Ölkonzernen wie ChevronTexaco, ABB, Teikoku und Statoil, abschließen kann. Trotz seiner anti-kapitalistischen Rhetorik hat Chávez den Öl- und Gaskonzernen riesige Gebiete in Venezuela überlassen, z.B. die Platforma Deltan, große Ölfelder an der Küste von Venezuela. Es gibt zahlreiche andere Beispiele, wie die Unterzeichnung von Verträgen mit Royal/Dutch Shell, um Erdgas in Marshal Sucre im Wert von $2,7 Milliarden zu fördern, oder das „American Port"-Projekt mit



mehreren Großkonzernen, um Kohle im Wert von $60 Millionen in Zulia herzustellen. Ende Juli haben venezolanische und US-amerikanische Firmen eine Geschäftsrunde abgeschlossen, in der 249 Unternehmen geschätzte $624,5 Millionen aushandelten. Momentan sind US-venezolanische Geschäfte ungefähr $29 Milliarden wert, was Venezuela zum drittgrößten Handelspartner der Vereinigten Staaten in Lateinamerika macht. Trotz ihrer antiimperialistischen Rhetorik lieferte die Chávez-Regierung den USA während des US-Angriffs auf den Irak weiterhin Öl. 2003, das Jahr des zweiten Irak-Krieges, war das staatliche Ölunternehmen, die PDVSA, der zweitgrößte Lieferant von Erdöl an die USA. Etwa 47 Millionen Barrel Öl im Wert von $333 Millionen erreichten die USA, was ungefähr 13% der gesamten Ausfuhr von Venezuela in diesem Jahr ausmachte. Trotz seiner Antiglobalisierungs-Rhetorik zahlt Chávez die Auslandsschulden an die großen internationalen Finanzinstitutionen pünktlich zurück. Chávez weiß, dass er, so lange das Öl im Land weiter fließt, die Bevölkerung mit sozialen Projekten und revolutionären Parolen beruhigen kann. Obwohl die Armen einige kurzfristige Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit und Erziehung erlebt haben, gibt es bisher keine echten Änderungen der sozialen Strukturen des Landes, sondern nur neue Etiketten und neue Farben. Das Militär hat beträchtlichen Einfluss behalten und die Zahl der Militärs und Ex-Militärs, die Regierungsämter bekleiden, hat unter Chávez sogar zugenommen. Momentan besteht das Chávez-Regime aus einem Zusammenschluss von KommunistInnen und anderen Linken mit konservativen Militärs, Rechten und OpportunistInnen, ein Phänomen, das nur als Chavismus bezeichnet werden kann. Die Opposition besteht auf der einen Seite aus Neoliberalen, Großgrundbesitzern und Rechten und auf der anderen Seite aus SozialistInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen, welche sich feindlich gegenüberstehen, was die politische Lage weiter verkompliziert. Die libertäre Bewegung in Venezuela hat sich über die Frage gespalten, ob sie der Chávez-Regierung ihre Unterstützung gewähren sollen oder nicht.

Wer sind die wahren AnarchistInnen?

Trotz der Tatsache, dass die Kritikpunkte der AnarchistInnen an Chávez ganz andere sind als die der rechten Opposition, werden erstere von den so genannten „anarcho-chavistas" (Pro-Chávez-AnarchistInnen) beschuldigt, dass sie in die Hände der rechten Opposition spielen oder sogar die Rechten unterstützen würden. Leider finden viele dieser Auseinandersetzungen auf einer persönlichen statt einer politischen Ebene statt, ohne dass es zu einer echten Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen kommt. Die „anarcho-chavistas" behaupten, dass die traditionellen AnarchistInnen keine wahren AnarchistInnen seien, weil sie gegen eine „revolutionäre" Regierung agieren würden. Die traditionellen AnarchistInnen ihrerseits behaupten, dass die „anarcho-chavistas" keine AnarchistInnen seien, weil sie eine Regierung unterstützten, was gegen die Prinzipien des Anarchismus verstößt. Mehr als ein paar Freundschaften sind wegen dieses Konfliktes zugrunde gegangen. Die traditionellen AnarchistInnen, wie die El Libertario-Kollektive in Caracas, sind gegen alle Regierungsformen, weil diese nur ein Mittel der Unterdrückung sind und ihre Macht mit Gewalt verteidigen. Nach der Meinung der „anarcho-chavistas" ist die Chávez-Regierung das geringere Übel, insbesondere, wenn mensch sie mit der Regierung des Nachbarlandes Kolumbien vergleicht, welches von dem ultrarechten Präsidenten Alvaro Uribe regiert wird. Die „anarcho-chavistas" glauben, dass die gegenwärtige Lage und die Akzeptanz der Chávez-Regierung es ihnen ermögliche, sich unter die Bevölkerung zu mischen, um diese weiter zu radikalisieren. Die traditionellen AnarchistInnen werfen den „anarcho-chavistas" vor, dass sie den Personenkult von Chávez nähren und die Regierung direkt unterstützen würden, und ihre Ideen eher einer marxistischen als anarchistischen Richtung entsprächen. Die „anarcho-chavistas" hingegen behaupten, dass es nicht der richtige Zeitpunkt sei, die Chávez-Regierung zu kritisieren, und haben Angst davor, mit den Reaktionären in einen Topf geworfen zu werden, da Chávez alle, die seine Regierung kritisieren, regelmäßig als Kontrarevolutionäre bezeichnet. Leider nützen AnhängerInnen der Regierung diese Spaltung aus, um die AnarchistInnen in „gute" und „böse" AnarchistInnen zu teilen, (obwohl es im Endeffekt für alle Regierungen keine „guten" AnarchistInnen gibt!).

Die Circulos Bolivarianos und Autonomie

Die abnehmende Autonomie und die zunehmende Abhängigkeit der Politik von Chávez könnte bedeuten, dass, sollte Chávez aus irgendeinem Grund seines Amtes enthoben werden, die „Bolivarianische Revolution", d.h. die Verbesserungen, die im Land stattgefunden haben, leicht rückgängig gemacht oder zerstört werden könnten. Von einem Menschen so abhängig zu sein, macht den sozialen und politischen Fortschritt schwach und prekär und läuft auf das Risiko hinaus, eine Diktatur entstehen zu lassen. Als Chávez an die Macht kam, betonte er die Wichtigkeit der Macht von unten. Die Gründung von zahlreichen Circulos Bolivarianos (politisch bewussten Gemeindegruppen) in den Barrios (Armenviertel) bestätigte diese Aussage und wurde anfangs wegen ihres freiheitlichen Charakters von der Mehrheit der libertären Bewegung als fortschrittlich begrüßt. Es schien tatsächlich, als ob eine Revolution von unten stattfände. Aber im Laufe der Zeit mischte sich die Regierung immer öfter in die Angelegenheiten der Circulos ein und versuchte, sie in chavistische Wahlwerbegruppen umzuwandeln. Das Risiko besteht, dass die Gruppen wie in Kuba zu Circulos de Defensa de la Revolución (Zirkel zur Verteidigung der Revolution) werden, die Castro zu Bespitzelung und Kontrolle der Bevölkerung verwendet.

Die Gewerkschaftsbewegung in Venezuela

Obwohl die anarchistische Bewegung ständig wächst, gibt es wegen der fehlenden syndikalistischen Traditionen kaum Anarcho-SyndikalistInnen in Venezuela. Wie schon erwähnt, ist die Gewerkschaftsbewegung relativ jung. Die CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela/ Konföderation der ArbeiterInnen Venezuelas) wurde erst 1958 von den konservativen Parteien, AD und Copei, gegründet. Die CTV wird im Stil der großen europäischen und US-Gewerkschaften hierarchisch geführt, mit geringer oder keiner Beteiligung der Arbeiterschaft. Die CTV arbeitete 2002 während des sogenannten „Generalstreiks", der nichts anderes als eine Aussperrung der ArbeiterInnen war, mit den Bossen zusammen. Chávez versuchte 1999 eine Alternative, die FBT (Fuerzas Bolivarianas de Trabajadores/Bolivarianische Kräfte der ArbeiterInnen) aufzubauen, mit der er die CTV infiltrieren und die Organisation unter seine Kontrolle bekommen wollte. Sein Versuch ist gescheitert. Folglich wurde 2001 die UNT (Union Nacional de Trabajadores) gegründet, die parallel zur CTV existieren soll. Die UNT ist wie die CTV hierarchisch strukturiert und verhindert autonome Handlungen der ArbeiterInnen. Zum Beispiel besetzten 2002 trotzkistische Mitglieder der UNT 9 ungenutzte Fabriken. Dieses Ereignis, dass sich erst einmal positiv anhört, kann leider nicht mit den Fabrikbesetzungen in Argentinien verglichen werden, weil die Besetzer nichts gemacht haben, ohne vorher die Regierung um Erlaubnis zu bitten, auch wenn dies bedeutete, Wochen lang untätig herumzusitzen. Anstatt sich selber zu organisieren, zogen sie es vor, von der Regierung Krümel zu erbetteln.



Hugo Chávez

Die Zukunft

Obwohl die Entwicklung einer unabhängigen sozialen Bewegung durch das Sich-Verlassen auf die Chávez Regierung nicht gerade gefördert wird, wächst eine solche doch langsam heran, besonders in den Bereichen Feminismus, Indigenenrechte und Umweltschutz, drei Bereichen, die von der Regierung vernachlässigt werden. Die linke Opposition wächst, da immer mehr Linke enttäuscht werden durch die Oberflächlichkeit und die Richtung, die die „Bolivarianische Revolution" anscheinend genommen hat. Obwohl das Chávez-Regime auf keinen Fall eine Diktatur ist, wie die rechte Opposition gerne behauptet, und wahrscheinlich „demokratischer" ist als die meisten Regierungen auf der Welt, ist es nicht möglich zu sagen, dass eine echte Revolution in Venezuela stattfindet, sondern nur, dass zahlreiche Reformen, besonders im Gesundheits- und Ausbildungswesen, vorgenommen worden sind. Obwohl ein Interesse am Anarcho-Syndikalismus als Alternative langsam wächst, werden wir, solange Chávez so viel Einfluss auf die ArbeiterInnenbewegung hat, in der nahen Zukunft keine beträchtlichen Entwicklungen sehen.

Wayne, FAU Flensburg

Weitere Infos: fau-fl@gmx.de oder www.nodo50.org/ellibertario

---

Griechenland: Solidarität gefordert

Nein zur Willkür der (Un-) Verantwortlichen!
Stellungnahme der Eleftheriaki Syndikalistiki Enosi - Ekpaideutikon (ESE-E - LehrerInnensektion) zu den repressiven Maßnahmen gegen eine kritische Lehrerin.
Unsere Kollegin Athanasia Manzeikou, Lehrerin in der Grundschule von Menemeni (Dendropotamos, Thessalonika) hat das „Verbrechen" begangen, sich um die Ausbildung der Kinder und ihre Arbeitsbedingungen zu sorgen. Sie hatte die „unglückliche" Idee, einen Bericht über die schlechte Situation an ihrer Schule zu schreiben (Infrastruktur, Bücher ...) und diesen sowohl an ihre Supervisoren als auch an die lokale Presse zu schicken.
Und wie wurde ihr geantwortet? Sie alle (vom Schulrektor bis zum Beauftragten der regionalen Administration) prangern sie für ihre Kühnheit an, zu sagen, mit welchen Problemen sich die Schule konfrontiert sieht! Ihr Ziel: Ihr den Mund zu schließen und auf diese Weise in alle Richtungen zu sagen: Protestiert nicht!
Diese Willkür der (Un-) Verantwortlichen ist nicht einfach nur ärgerlich, sondern geradezu kriminell.
Unsere KollegInnen müssen Athanasia offen dabei unterstützen, ihre offensichtlichen Rechte zu verteidigen.
Wir fordern die Bildungsgemeinschaft auf, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf ungehinderte öffentliche Anklage und auf gewerkschaftliche Intervention zu verteidigen.
Eleftheriaki Syndikalistiki Enosi - Ekpaideutikon (ESE-E)

Türkei, Ankara: Internationales Anti-Homophobie-Treffen

Kaos GL (antihierarchische, antikapitalistische Schwulen-Lesben-Organisation) organisiert vom 17-21. Mai eine internationale Anti-Homophobie-Woche in Ankara. Eingeladen sind alle unabhängig davon, ob sie schwul, lesbisch, hetero-, bi-, auto- oder multisexuell sind.
Alle Infos:
http://www.kaosgl.com

ABC: Aufruf zur Solidarität mit Ruben und Ignasi

Am 9. Februar wurden drei Anarchisten unter dem Vorwurf festgenommen, Sabotage und Brandanschläge gegen die Bank „Sabadell" und CIRE (eine Organisation, die sich an der Ausbeutung der Arbeit von Gefangenen beteiligt) verübt zu haben. Gleichzeitig wurden sie beschuldigt, „prominente Figuren" der anarchistischen Bewegung in Barcelona zu sein. Der Vorwurf erstreckt sich auf die aktive Vorbereitung von Vorträgen, öffentlichen Diskussionen und Demonstrationen zur Unterstützung anarchistischer und revolutionärer Gefangener. Einer der Gefangenen wurde am selben Tag wieder frei gelassen. Es handelt sich um einen italienischen Genossen, der nur deshalb festgenommen wurde, weil er Italiener ist. Diese Vermutung liegt zumindest sehr nahe, da sich sein mehrstündiges Verhör fast ausschließlich um die anarchistische Bewegung Italiens drehte. Ruben und Ignasi wurden in „Schutzhaft" genommen und voneinander getrennt. Bis zur Freilassung der beiden wollen wir jeden Donnerstag Protestfaxe, Telegramme usw. an die zuständige Behörde schicken.

Adresse:
Juzgado de Instruccion n.13 of Barcelona
Passeig Lluis Companys n. 1-5, 08003 Barcelona
Fax. 0034-935569913

Kontakt zu den Gefangenen:
Ruben Masmano Bernel (Modulo 1 de C.P. Brians)
C.P. Can Brians
Apartado 1000
08760 Martorell
Barcelona, España

Ignasi Antolino Ibanez (Modulo 4 de C.P. Quatre Camins)
Apartado 335
08430 La Roca del Vallés
Granollers — Barcelona, España

Für weitere Informationen:
www.presosalacalle.tk
coordinadora@riseup.net

Geldspenden:
Verwendungszweck „Ruben und Ignasi"
International bank codes:
IBAN ES33 0182-4209-47-0201518073
SWIFT or BIC: BBVAESMM

Ricardo Flores Magón

Leben und Wirken eines mexikanischen Anarchisten

Innerhalb des modernen Mexiko ist der Name von Ricardo Flores Magón recht bekannt. Doch außerhalb von Mexiko haben nur wenige Menschen etwas von ihm gehört. In eine arme Familie im Jahre 1873 geboren, wurde er, nachdem er die Schule beendet hatte, Journalist bei der Oppositionszeitung „El Demócrata". 1900 gründete er gemeinsam mit seinem Bruder Jesús „Regeneración", eine radikale Zeitung, die sich gegen die Diktatur von Porfirio Diaz wandte.

Nach seiner Entlassung nach einem zweiten Gefängnisurteil, das aus seinem kampagnenhaften Journalismus hervorgegangen war, emigrierte er über die Grenze in die USA. Trotz kontinuierlicher Verfolgung und Inhaftierung durch die US-Autoritäten (auf Betreiben der mexikanischen Diktatur, die einen Preis von 20.000 Dollar auf seinen Kopf ausgesetzt hatte, nachdem er nicht mit dem Angebot eines Platzes in der Regierung abgefunden werden konnte) wurde er nicht zum Schweigen gebracht.



Der junge Magón

1905 gründete Magón die Mexikanische Liberale Partei (PLM), eine reformistische Organisation, die sich gegen die Exzesse des Regimes stellte und zwei erfolglose Aufstände gegen Diaz in den Jahren 1906 und 1908 organisierte. Während seiner frühen Jahre des Exils lernte er die legendäre Anarchistin Emma Goldman kennen, und es war zum Teil durch sie begründet, daß er sich vom Reformismus abwandte und Anarchist wurde.

Seit dem Ausbruch der Revolution von 1910, der er und die PLM mehr als irgendeine Gruppe oder Person den Weg gebahnt hatten, widmete er den Rest seines Lebens der anarchistischen „Sache". Durch den Einfluß seiner Ideen wurden große Landstücke durch Bäuerinnen und Bauern enteignet und unter dem Banner von „Land und Freiheit", dem Motto der PLM, gemeinschaftlich bearbeitet. Dieses Motto wurde später von Emiliano Zapata übernommen, dessen Vermächtnis heute die EZLN-RebellInnen in Südmexiko inspiriert.

Als die Revolution am 20. November 1910 begann, faßte Magón die Ziele der PLM zusammen: „Die Liberale Partei arbeitet für das Wohl der armen Klassen des mexikanischen Volkes. Sie drängt ihm keinen Kandidat auf (bei der Präsidentschaftswahl), weil sie sich dem Willen des Volkes verpflichtet fühlt, die Frage zu klären: Will das Volk einen Herrscher? Nun, laßt sie jemanden wählen. Alles, was die Liberale Partei wünscht, ist, eine Veränderung des Geistes der gequälten Menschen zu bewirken, so daß jeder Mann und jede Frau weiß, daß niemand das Recht hat, irgend jemanden auszubeuten."

Vierzehn Tage später erklärte er den Unterschied zwischen der PLM und den anderen oppositionellen Bewegungen: „Regierungen müssen das Recht des Eigentums über allen anderen Rechten schützen. Erwartet also nicht, daß Madero [liberaler Reformist, Anm. d. Ü.] das Eigentumsrecht zugunsten der ArbeiterInnenklasse attackieren wird. Öffnet Eure Augen. Merkt Euch eine Redewendung, so einfach und wahr, und auch wie die Wahrheit unzerstörbar: Die Emanzipation der ArbeiterInnen muß das Werk der ArbeiterInnen selbst sein."

Im Januar kämpften PLM-Kräfte in sechs Staaten von Mexiko. Größere Städte wie auch ländliche Areale wurden durch die AnarchistInnen befreit. Im März erhob sich eine Bauernarmee, geführt von Zapata und beeinflußt durch die Magónistas in Morelos. Zu diesem Zeitpunkt wandte die nationale Opposition von Madero die Gewehre von Diaz´ Truppen ab und begann, die AnarchistInnen der PLM anzugreifen.

Im April publizierte die PLM ein Manifest „an die Mitglieder der Partei, an die AnarchistInnen der Welt und an die ArbeiterInnen generell". Gewaltige Mengen wurden in Spanisch und Englisch produziert, um ihre Haltung zur Revolution zu erklären. „Die Mexikanische Liberale Partei kämpft nicht dafür, die Diktatur Porfirio Diaz' zu zerstören, um dann an seine Stelle einen neuen Tyrannen zu setzen. Die PLM nimmt an dem wirklichen Aufstand teil, mit der wohlüberlegten und festen Absicht, das Land und die Produktionsmittel zu enteignen und dem Volk auszuhändigen, welches jeder einzelne Einwohner von Mexiko ist, ohne eine Unterscheidung des Geschlechts. Diesen Akt sehen wir als unentbehrlich an, um die Tore für eine wirkungsvolle Emanzipation des mexikanischen Volkes zu öffnen."

Im massiv analphabetischen Mexiko, wo viele Dörfer nur über eine Handvoll von Menschen verfügten, die lesen konnten, erreichte die Zirkulation von „Regeneración" 27.000 Stück pro Woche. Als Tijuana im Mai befreit wurde, kam ein Großteil von Baja California [nördlicher



mexikanischer Bundesstaat] unter PLM-Einfluß. Sie veröffentlichten ein Manifest: „Nehmt Besitz von dem Land ... lebt ein freies und glückliches Leben ohne Herren oder Tyrannen."

In diesem Monat unterzeichnete Madero ein Friedensabkommen mit Diaz und übernahm die Macht als Präsident von Mexiko. Militärische Attacken auf die PLM nahmen zu und Städte wurden von Regierungstruppen zurückerobert. Gefangene wurden von neuen Regime ermordet, manchmal, nachdem sie dazu angehalten worden waren, ihre eigenen Gräber auszuheben. Auf einem Treffen in Los Angeles wurde Magón gefragt, ob er den Vertrag anerkenne, er antwortete jedoch: „ ...bis das Land an die Bäuerinnen und Bauern verteilt wurde und die Instrumente der Produktion in den Händen der ArbeiterInnen liegen, werden die Liberalen niemals ihre Waffen niederlegen."

Gemeinsam mit vielen führenden PLM-OrganisatorInnen wurde Magón (erneut) von den US-Autoritäten festgenommen. Die Aufständischen wurden als „Banditen" verleumdet und die Repression erreichte neue Höhepunkte, sowohl in Mexiko als auch den USA. Trotz der Rückschläge, verursacht durch ihre relativ kleine Größe in einem gigantischen Land, trotz der Angriffe, die sie durch die Armeen zweier Länder erlitten und trotz der fürchterlichen Rache der Reichen und ihrer Agenten brachen neue Aufstände in Senora, Durango und Coahuila aus.

Die Unterstützung ihrer Ideen war so groß, daß sich sogar der konservative britische TUC [britischer Gewerkschaftsverband, Anm.d.Ü.] verpflichtet fühlte, Honore Jaxon, den Schatzmeister und europäischen Repräsentanten der PLM, 1911 zu seiner Konferenz einzuladen. Eine besonders erwähnenswerte Solidaritätsaktion stellte der 24-Stunden-Streik zweier Armee-Einheiten in Portugal dar, die gegen die Festnahme von PLM-Militanten durch die US-Regierung protestierten.

Ein neues Manifest, das den Anarchismus der PLM betonte, wurde im September publiziert: „Dieselbe Anstrengung und dieselben Opfer, die notwendig sind, um einen neuen Herrscher — einen Tyrannn — aufzurichten, werden die Enteignung des Wohlstands, den die Reichen Euch vorenthalten, erfordern. Es liegt dann an Euch, zu wählen. Entweder ein neuer Herrscher — also ein neues Joch — oder Leben, das die Enteignung durchsetzt und die Abschaffung aller Ausnutzung — religiös, politisch, oder jeder anderen Art — erfüllt."

Die Rebellionen der PLM und der Zapatistas dauerten noch bis 1919 an, doch ihre Anzahl und die unangemessene Bewaffnung reichten nicht aus, um die staatlichen Kräfte zu besiegen.

Wie auch immer, es war nicht alles vergeblich. 1922 wurde in Mexiko-Stadt die anarchistische Gewerkschaft CGT gegründet, und heute kann der Aufstand im Staat Chiapas — zumindest teilweise — als eine Fortführung von Magóns Kampf betrachtet werden.

Während der folgenden Jahre kämpfte Magón gegen sogenannte „revolutionäre Regime", wobei er sowohl gegen die alten als auch die neuen Diktaturen mit derselben Energie Widerstand leistete. Nachdem er von den US-Autoritäten 1905, 1907 und 1912 festgenommen worden war, wurde er 1918 aufgrund des Spionagegesetzes schließlich zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Er starb, nachdem er offensichtlich an mehreren Schlägen gelitten hatte, am 22. November 1922 im Leavenworth-Gefängnis in Kansas, USA.



Magón in US-Haft

Als sein Leichnam zurück über die Grenze gebracht wurde, war jede Stadt, in der der Leichenzug stoppte, mit den roten und schwarzen Fahnen des Anarchismus geschmückt. In Mexiko-Stadt eskortierten 10.000 ArbeiterInnen seinen Leichnam nach Panteon Frances, wo er begraben liegt.

Alan MacSimóin
(Workers Solidarity No. 53, Januar 1998)
Übersetzung aus dem Englischen: Gruppe B.A.S.T.A.

Die heutige Relevanz des Magonismus

Interview mit Carlos Beas, UCIZONI (Union der Indigenen Gemeinden der Nordzone des Isthmus), Oaxaca, Mexiko

Warum ist Ricardo Flores Magón eine bedeutende Persönlichkeit der Geschichte?

Die Person und das Denken von Ricardo Flores Magón wurden über viele Jahre von den machthabenden Gruppen, die die sogenannte offizielle Geschichte geschrieben haben, versteckt und verzerrt. Die Regierung von Diktator Diaz verbreitete 1911 beispielsweise die Information, dass es eine Piraten-invasion in Baja California gegeben habe, um die Guerilla-Offensive der Magonistas, Indígenas und Internationalistas der IWW (Industrial Workers of the World) zu delegitimieren.

Mehr als 70 Jahre lang benutzte die PRI-Regierung die Figur von Ricardo — wie die von Zapata und Villa —, um sich selbst eine historische Stütze zu verleihen.

Über viele Jahre hinweg haben sich einige kleine Gruppen von Rebellen, Indígena-, Campesino- und unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen zum Denken von Ricardo bekannt, und retteten so wichtige Magonistas wie Praxedis G. Guerrero und Librado Rivera vor dem Vergessen.

Mit Beginn der 68er-Bewegung wurde Ricardo als Beispiel für einen nicht korrumpierbaren sozialen Kämpfer wiederentdeckt. In jenen Jahren wurde die Zeitschrift „Regeneración" in ihrer dritte Phase von ProfessorInnen, Studierenden und einigen alten Gewerkschaftern herausgegeben. Diese Gruppe arbeitete viele Jahre hindurch und verbreitete den libertären Flores Magón.

Zu dieser Zeit begann auch die Arbeit der Herausgebergruppe „Antorcha" [die Fackel], die die gesamte Arbeit von Flores Magón und den übrigen Magonistas publizierte. Diese Arbeit gewann das wahre magonistische Denken zurück — das radikale und antiautoritäre.

Ricardo Flores Magón und die magonistischen Aktivisten BANDA MAGONISTA koordinierten ein großes Kollektiv von Agitatoren, das es in Zeiten höchster Repression geschafft hat, große Streiks und indigene und bäuerliche Aufstände zu fördern sowie eine Zeitung herauszugeben, die eine große Verbreitung fand.

Die Mexikanische Revolution hat eine große Bedeutung in der Geschichte von Mexiko, und in ihr drückt sich ein sozialer und radikaler Aspekt aus, für den Villa, Zapata und Flores Magón stehen. Und Ricardo hat zu dieser Bewegung eine radikale und libertäre Vision beigetragen.

- Welche Aspekte des magonistischen Denkens sind wichtig und nützlich für die sozialen Bewegungen von heute?

Es gibt viele libertäre DenkerInnen, die große theoretische Beiträge geleistet haben. Nichtsdestotrotz hat Ricardo Flores Magón ein hohes Maß an Ethik zur Politik beigetragen, und wir sprechen dabei von einer libertären Ethik, davon, sich gemäß seiner Ideen zu verhalten und weder Geld noch Macht zu akzeptieren, trotz der vielen Jahre im Gefängnis und seiner Krankheit.

Es gibt viele Gruppen, die sich als Libertäre oder Magonistas bezeichnen, aber die den Blick dafür verlieren, dass jenseits des radikalen Diskurses oder der Praxis die ethische Kongruenz des Magonismus liegt.

Die sozialen Bewegungen von heute sollten den ethischen Aspekt und die humanistische Seite des Kampfes zurückgewinnen — die Aspekte, die dem Magonismus einen so großen Wert gegeben haben.

Rebell oder Rebellin sein heißt, im alltäglichen Leben in Übereinstimmung mit den Ideen leben, „mit dem Ideal", wie es die alten Anarchisten sagten.

- Wäre eine magonistische Gesellschaft möglich?

Eine Gesellschaft mit hohen Werten ist möglich, vorausgesetzt, dass ihre Angehörigen Teil einer Gemeinschaft sind, in der das Allgemeinwohl nicht die Initiative und Identität des Individuums erdrosselt und wo das Individuelle in Übereinstimmung mit dem Allgemeinen ist. Kommunal orientierte Gesellschaften haben existiert und können in der Zukunft auch existieren. Es sind Gesellschaften mit Gerechtigkeit, in denen regiert werden kann. Gesellschaften dieser Art können und müssen eine Alternative zu den barbarischen Gesellschaften sein, die von Macht, Geld und patriarchalem Autoritarismus beherrscht sind.

Manifest an die Arbeiter dieser Welt

Manifest der PLM, Original erschienen in: Regeneración, 3. April 1911

Genossen: Seit etwas mehr als vier Monaten weht die rote Fahne des Proletariats auf den Schlachtfeldern Mexikos, getragen von befreiten Arbeitern, deren Streben sich in dem feierlichen Kampfruf ausdrückt: „Land und Freiheit!"

Das mexikanische Volk befindet sich in diesen Augenblicken im offenen Aufstand gegen seine Unterdrücker. An dieser allgemeinen Rebellion nehmen die Verfechter moderner Ideen teil, die von der Falschheit der politischen Allheilmittel überzeugt sind, um das Proletariat von der wirtschaftlichen Versklavung zu befreien. Diejenigen, die nicht an die Güte der paternalistischen Regierungen glauben oder an die Unparteilichkeit der von der Bourgeoisie erlassenen Gesetze. Diejenigen, die wissen, dass die Befreiung der Arbeiter das Werk eben dieser Arbeiter sein muss, diejenigen, die von der DIREKTEN AKTION überzeugt sind. Diejenigen, die das „heilige Recht auf Eigentum" nicht anerkennen, diejenigen, die nicht die Waffen ergriffen haben, um irgendeinen Herrn auf den Thron zu erheben, sondern um die Kette der Lohnabhängigkeit zu zerstören.

Diese Revolutionäre werden von der Organisationsjunta der Liberalen Mexikanischen Partei vertreten (519 1/2 4th St., Los Angeles, Calif., USA), dessen offizielles Organ Regeneración ihre Tendenzen klar erläutert.

Die Liberale Mexikanische Partei kämpft nicht darum, den Diktator Porfirio Díaz zu stürzen und durch einen anderen Tyrannen zu ersetzen. Die Liberale Mexikanische Partei nimmt mit der willentlichen und festen Überzeugung an dem jetzigen Aufstand teil, das Land und die Arbeitsmittel zu enteignen und der Bevölkerung zu übergeben, das heißt an jeden einzelnen Bewohner Mexikos, ohne Unterscheidung des Geschlechts. Wir glauben, dies ist ein grundlegender Schritt, um die die Türen für eine wirkliche Befreiung der mexikanischen Bevölkerung zu öffnen.

Nun denn, auch eine andere Partei hat zu den Waffen gegriffen, die Antireelektionisten[1], deren Anführer Francisco I. Madero ist, ein Millionär, der sein sagenhaftes Vermögen mit dem Schweiß und den Tränen der Landarbeiter auf seinen Landgütern vermehrt hat. Diese Partei kämpft dafür, das Wahlrecht "effektiv" zu machen und letztendlich eine bürgerliche Republik wie in den USA zu schaffen.

Diese rein politische Partei ist natürlicherweise ein Feind der Liberalen Mexikanischen Partei, weil sie in den Aktivitäten der Liberalen eine Gefahr für das Überleben einer bürgerlichen Republik sieht, die für die Politiker eine Garantie darstellt, die auf der Suche nach Arbeitskräften sind, für die Reichen, für alle diejenigen, die auf Kosten des Leidens und der Versklavung des Proletariats leben wollen, unter Fortführung der sozialen Ungleichheit, dem Fortbestand der Kapitalisten, der Aufteilung der Menschheit in zwei Klassen: die Ausbeuter und die Ausgebeuteten.

Die Diktatur von Porfirio Díaz steht vor dem Zusammenbruch, doch die Revolution endet nicht mit dieser Tatsache. Auf dem Grab dieser infamen Diktatur werden sich mit den Waffen in der Hand die beiden sozialen Klassen gegenüberstehen: die Satten und die Hungrigen, wobei die einen die Vormachtstellung ihrer Kasteninteressen verfolgt, und die anderen die Abschaffung dieser Privilegien durch die Errichtung eines Systems, das jedem Menschen Brot, Land und Freiheit garantiert.



Versammlung der Arbeiter in Rio Blanco

Dieser fürchterliche Kampf der beiden sozialen Klassen in Mexiko ist der erste Akt der großen universalen Tragödie, die vielleicht schon bald die ganze Welt als Szenario haben wird und deren letzter Akt der Sieg der edlen Formel Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sein wird, die die politischen Revolutionen der Bürgerlichen nicht in die Tat umsetzen konnten, weil sie es nicht gewagt haben, das Rückgrat der Tyrannei zu brechen: Kapitalismus und Autoritarismus.

Genossen auf der ganzen Welt: Die Lösung der sozialen Probleme liegt in den Händen aller Enterbten dieser Welt, denn sie erfordert lediglich die Praktizierung einer großer Tugend: der Solidarität.

Eure Brüder in Mexiko haben den Mut gehabt, die rote Fahne zu hissen, aber nicht, um sie in knabenhafter Prahlerei bei harmlosen Demonstrationen auf Straßen und Plätzen zu zeigen, die fast immer mit Verletzungen und der Festnahme der Demonstranten durch die Kosaken des Tyrannen zu Ende gehen; sondern um sie auf den Schlachtfeldern als stolze Herausforderung an die alte Gesellschaft zu tragen, die es zu zerstörten gilt, um auf festem Grund die neue Gesellschaft der Gerechtigkeit und der Liebe zu schaffen.

Unsere Anstrengungen, seien sie auch noch so selbstlos und großmütig, könnten durch die solidarische Haltung der weltweiten Bourgeoisie vernichtet werden. Wegen des bloßen Erscheinens der roten Fahne auf den mexikanischen Schlachtfeldern hat die Bourgeoisie der USA ihren Präsidenten Taft dazu gezwungen, zwanzigtausend Soldaten an die mexikanische Grenze und Kriegsschiffe in die mexikanischen Häfen zu senden. Und was machen in der Zwischenzeit die Arbeiter dieser Welt? Die Arme kreuzen und wie auf einem Theatersitz die Personen und Dinge dieses unglaublichen Dramas zu betrachten, das alle Herzen berühren sollte, das alle Gewissen empören sollte, das die



Aufstand der PLM in Baja California (1911)

Nerven aller Enterbten dieser Welt zum Schwingen bringen sollte, um wie ein Mann aufzustehen und die Kriegsschwadronen aufzuhalten und die uniformierten Sklaven aller Länder zu stoppen.

Agitation ist das wichtigste Mittel in diesem Augenblick! Individuelle Agitation der bewussten Arbeiter, kollektive Agitation der Gesellschaften der Arbeiter und der Freidenker; Agitation auf der Straße, im Theater, in der Straßenbahn, in den Versammlungszentren, in den Haushalten, überall, wo vielleicht jemand Gehör schenken möchte, wo es Gewissen gibt, bereit sich zu entrüsten, Herzen die durch die Ungerechtigkeit und die Brutalität der Umgebung nicht verhärtet sind.

Agitation durch Briefe, Demonstrationen, Flugblätter, Konferenzen, Treffen, durch alle nur möglichen Mittel, um die Notwendigkeit klar zu machen, dass schnell und energisch für die revolutionären Radikalen Mexikos gehandelt werden muss, die drei Dinge benötigen: weltweiten Protest gegen die Einmischung anderer Mächte in mexikanische Angelegenheiten, bewusste Arbeiter, die bereit sind, die Doktrin der sozialen Befreiung unter den Unwissenden zu verbreiten, und GELD, GELD, NOCH MEHR GELD für die Unterstützung der sozialen Revolution in Mexiko.

Genossen: Druckt dieses in alle Sprachen übersetzte Manifest nach und verbreitet es in der ganzen Welt. Fordert von der proletarischen Presse, es in seine Kolumnen aufzunehmen, lest Regeneración und überweist euren Beitrag an die Organisationsjunta der Liberalen Mexikanischen Partei, 519 1/2 E. 4th St., Los Ángeles, Kalifornien, USA.

Unsere Sache ist die eure: es ist die Sache des schweigsamen Sklaven der Scholle, des Ausgestoßenen der Werkstatt und der Fabrik, des Galeerensklaven der Marine, des Gefangenen der Mine, aller derer, die wir die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems erleiden.

Unsere Sache ist die eure: wenn ihr nicht handelt, wenn eure Brüder mit der roten Fahne im Arm den Tod finden, werdet ihr damit der Sache des Proletariats einen schweren Schlag zufügen.

Wir werden uns nicht damit beschäftigen euch zu zeigen, dass wegen eurer Gleichgültigkeit, des Fehlens eurer Solidarität, des Nichterkennens eurer Aufgabe euch zusammenzuschließen, um die Ankunft der Revolution voranzubringen, wir die Verzögerung des Beginns eines neuen Zeitalters beklagen müssen, in dem das universelle Vaterland der Freien und Geschwister existieren wird.

Jetzt habt ihr die mexikanische Revolution vor Augen, worauf wartet ihr, um zu handeln? Wartet ihr, dass diese edelmütige Bewegung niedergeschlagen wird, um den Raum mit euren Protesten zu füllen, die das Leben eurer besten Brüder nicht zum Leben wieder erwecken können und nicht aus den Herzen die Enttäuschung über die Niederlage vertreiben können, eine Niederlage, die ihr selber durch eure Gleichgültigkeit vorbereitet habt?

Überlegt, Genossen. Und handelt auf der Stelle, ohne Zeit zu verlieren, bevor eure Hilfe zu spät kommt.

Versteht die Gefahr in der wir uns befinden, angesichts aller Regierungen dieser Erde, die in der mexikanischen Bewegung das Erscheinen der sozialen Revolution sehen, der einzigen, die die Mächtigen dieser Erde fürchten.

Genossen: erfüllt eure Pflicht.

Ausgegeben von der Organisationsjunta der Liberalen Mexikanischen Partei in der Stadt Los Angeles, Kalifornien, USA am 3. April 1911

Ricardo Flores Magón
Librado Rivera
Anselmo L.Figueroa
Enrique Flores Magón

[1] Antireelektionisten: GegnerInnen der Wiederwahl des Diktators Porfirio Díaz

Der Text „Manifest an die Arbeiter dieser Welt" und das Interview mit UCIZONI sind entnommen aus dem gerade erschienenen Buch: Magón, Ricardo Flores, Tierra y Libertad. Herausgegeben, eingeleitet recherchiert und mit Anmerkungen versehen von der Gruppe B.A.S.T.A. Übersetzung aus dem Spanischen von Renée Steenbock. Unrast-Verlag, Münster 2005. ISBN 3-89771-908-8. 13,- Euro.

Wir danken dem Unrast-Verlag und der Gruppe B.A.S.T.A. für die Erlaubnis, die Texte abzudrucken, der Gruppe B.A.S.T.A. außerdem für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Seite.

Neben dem genannten Buch ist auf Deutsch erhältlich: Magón, Ricardo Flores, Anarchokommunismus und die mexikanische Revolution. Broschüre der Café Libertad Kooperative GbR und A-Sortiment, Hamburg 2005. 2,- Euro. Zu bestellen unter anderem unter http://www.cafe-libertad.de/mat/enter.html

Die großen Streiks

Die geschilderten Streiks stehen exemplarisch für die verschiedenen Dimensionen des Arbeitskampfs, vom Bummel- bis zum Generalstreik, von der Fabrikbesetzung bis zum Aufstand, vom Erfolg auf voller Linie bis zum totalen Scheitern. Im Vordergrund steht dabei weniger die historische Beurteilung, sondern vielmehr das Interesse vom heutigen Standpunkt aus.

Glossar

AFL: American Federation of Labor („Amerikanische Arbeiterföderation"), 1886 gegründete, größte amerik. Gewerkschaftsdachorganisation auf Grundlage des Berufsverbandssystem, fusionierte 1955 mit dem CIO. Danach immer stärkere Zentralgewalt mit weitgehender Autorität über die Einzelgewerkschaften.

CIO: Congress of Industrial Organizations („Kongress der industriellen Organisationen"), spaltete sich 1938 von der AFL ab, um — auf Grundlage des Industrieverbandsprinzips — auch ungelernte und farbige Arbeitende zu organisieren.

NLRB: National Labor Relations Board (Bundesausschuss zur Regelung der Arbeitsbeziehungen), regelt die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und -gebern in der privaten Wirtschaft und überprüft die Einhaltung der Regelungen.

Taylor-Gesetz: verbietet Streiks im Öffentlichen Dienst und bestraft streikverantwortliche Gewerkschaften mit Geldstrafen, die sich mit jedem Streiktag exponentiell erhöhen.

Teamsters: Fernfahrergewerkschaft, die vor den 50ern zu großer Stärke gelangte und berühmt für ihre mafiöse Durchdringung und illegalen Geschäfte wurde. Noch heute betreibt sie einen getrennt verwalteten Fonds, mit dem sie Aktien und Grundstücke handelt wie auch Kasinos betreibt. Noch Fragen?

Das Parfüm der Gewerkschaft

Der Streik der New Yorker Müllabfuhr von 1988

Die größte Bedrohung für eine Stadt wie New York, so Arthur Prager, sind weder Kriminalität, Bomben noch Terroristen, „sondern ein Streik". Prager weiß genau, wovon er spricht. Während der 1980er Jahre arbeitete er unter Bürgermeister Ed Koch im Rathaus von New York City. Als Mitarbeiter im Büro für Krisen- und Notstandssituationen war es seine Aufgabe, sogenannte „worst case"-Szenarien (was passiert, wenn es ganz schlimm kommt) zu entwickeln, damit die Stadtregierung Pläne aufstellen konnte, um sich darauf einzustellen. Doch ob Schneestürme, Stromausfall oder Virusepedemie, Prager entdeckte nur eine denkbare Katastrophe, der man nie und nimmer gewachsen wäre. Als er sein Thesenpapier über einen möglichen Generalstreik im öffentlichen Dienst seinem Abteilungsleiter zeigte, wirkte dieser auf ihn ein, es doch lieber nicht dem Bürgermeister zu geben. Es wäre besser, ihn nicht damit zu beunruhigen.

Ob Ed Koch nun Kenntnis von Pragers Thesen hatte oder nicht, der Respekt vor der Macht der Gewerkschaften schwang bei seiner Politik immer mit. Wenn er heute als harter Hund gilt, der den Forderungen der Gewerkschaftsbonzen unerbittlich gegenübertrat und ihnen den Zahn ziehen konnte, so muß das doch sehr relativ gesehen werden. Er hat es versucht, freilich. Und mit seiner Antigewerkschafts-Politik legte er die Grundlage dafür, daß die New Yorker Gewerkschaften heutzutage weitaus harmloser sind als damals. Aber das war ein langjähriger Prozeß. Ed Koch hatte es bis zum Schluß mit Gewerkschaften zu tun, mit denen nicht zu spaßen war.

Im Juni 1980 hatte die Drohung der fünf größten Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, notfalls einen Generalstreik vom Zaun zu brechen, den Bürgermeisterstab kollektiv erblassen lassen, man ging lieber auf ihre Forderungen ein. In der Folgezeit nahm Koch sich die Gewerkschaften einzeln vor und versuchte peu à peu, immer weniger nachzugeben. Für jeden Sektor des öffentlichen Dienstes vereinbart die Stadt New York einen separaten Vertrag mit einer gewissen Laufzeit — in der Regel zwei, drei Jahre — der, vergleichbar zu unseren Tarifverträgen, Gehaltshöhe, Urlaubszeit, Krankenversicherung und Pension festlegt. Läuft der Vertrag aus, wird neu verhandelt; und die Gewerkschaft verleiht ihren Vorstellungen zur Not mit Streiks Nachdruck. Koch nahm das ernst und zeigte sich so hart er konnte. Im Fall der Lehrergewerkschaft errang er Mitte der 80er Jahre etwa einen spektakulären Sieg, indem er sich auch von einem mehrwöchigen Streik nicht beeindrucken ließ. Berühmt-berüchtigt auch seine harte Position gegenüber der Transportarbeitergewerkschaft TWU (Busse und U-Bahnen), wovon im Zusammenhang mit dem letztjährigen Metrostreik häufig die Rede war. Aber nicht jede Gewerkschaft verfügt über gleich große Druckmittel. Nicht jede Gewerkschaft ist gleich straff organisiert. Im Sommer 1988 biß Ed Koch auf Granit.



Die Straßen quellen über vor Müll.



Streik der Müllabfuhr, New York in den 50er Jahren

Der Streik der New Yorker Müllabfuhr vom August 1988 scheint heute weitestgehend vergessen. Das erstaunt, war es doch ein hoch dramatischer, und erfolgreicher obendrein.

In New York genießt die Müllabfuhr einen gänzlich anderen Ruf als in Deutschland. Die Jobs sind heiß begehrt und kaum zu kriegen. Müllmänner zählen zu den Spitzenverdienern, ihre Gehälter liegen deutlich über denen etwa von Universitätsprofessoren oder Polizisten. Man blickt nicht auf sie herab, weil sie im Dreck arbeiten, sondern schaut zu ihnen auf, weil sie, ähnlich wie Feuerwehrleute, einen gefährlichen Job fürs Allgemeinwohl leisten. Ihr Berufsprofil lautet ja auch nicht Müllabfuhr, sondern „Behörde für Hygiene" (department of sanitation, DSNY), ihre Kleidung ist eine schmucke, grüne Uniform und ihre Trucks sind stattliche Brummis. Aber ohne die dicken Gehälter, eine nicht nur für amerikanische Verhältnisse üppige Krankenversicherung und fast einmalig komfortable Pensionsregelung — seien wir ehrlich, wäre ihr Ansehen wohl kaum so hoch.

Zu verdanken haben sie das ihrer Gewerkschaft, der USA (Uniformed Sanitationmen's Association), einer typischen Repräsentantin jener berüchtigten Richtung von Arbeitervertretungen, wie man sie so nur mit den Vereinigten Staaten verbindet. Solidarität ist eine Waffe, das gilt auch für die USA, aber eben nur unter sich. Die Müllarbeitergewerkschaft ist eine in sich hermetisch abgeschlossene, verschworene Gemeinschaft, mit eigenen Stiftungen, Kulturverbänden, ja sogar einem eigenen Motorradclub („MC Trash"). Sie ist eine „closed shop" (bzw. „union shop")-Organisation, d.h. niemand bekommt beim DSNY einen Job, der nicht Mitglied der Gewerkschaft ist, und bis heute scharwenzelt jeder und jede um die Gunst der Bosse der USA, der in New Yorks Politik etwas werden will — wie zuletzt Hillary Clinton. Die USA hantiert mit Macht und Geld, und zeigt keine Skrupel, sich von Firmen ganz offiziell sponsern zu lassen, darunter einige Banken. „President of USA" steht in New York für einen Mann, bei dem es wohlüberlegt sein will, ob man sich mit ihm anlegt; und auch heute denkt da kein New Yorker an George Bush, sondern natürlich an Harry Nespoli. Klassenbewußtsein? Weit gefehlt. Wie ihr Dachverband, die „Teamsters" (local union 831), könnte eine Gewerkschaft kaum weniger revolutionär sein als die USA; sie geben sich patriotisch und konservativ. Doch kann man sie auch nicht mit „gelben" Gewerkschaften Europas vergleichen. Wie man einen Arbeitskampf durchführt, das macht ihnen keiner so leicht vor.

Der Zeitpunkt für den Streik war nicht zufällig gewählt. 1988 war ein Wahlkampfjahr, sowohl für das Amt des US-Präsidenten, wie auch für das des New Yorker Bürgermeisters. Der Fokus der Medien war ganz besonders auf New York gerichtet, ein wichtiger Kongreß der Demokraten sollte hier stattfinden. Daß man als Müllabfuhr am effektivsten in den heißen Sommermonaten streikt, war allerdings schon alte Tradition. Ein Arbeitskampf muß weh tun, sonst erreicht man nichts. Nach zwei Wochen quollen die Straßen über vor Müll, Ratten huschten am hellichten Tag über den Broadway, und es stank zum Himmel. Die Stadt stöhnte unter der Sonne, die es zünftig miefen ließ. Natürlich mußte Ed Koch handeln, schon wegen der immer ernster werdenden Gesundheitsgefährdung der Öffentlichkeit. Was sollte er tun? Zwar gab es auch private Entsorgungsunternehmen. Aber deren Angestellte gehörten zumeist auch den Teamsters an (local union 813) oder aber hätten den Teufel getan, sich mit der USA anzufeinden. New Yorks Bürgermeister entschied sich zu einem unerhörten Schritt: da Sicherheit und Ordnung gefährdet waren, ließ er die Nationalgarde auffahren.

Zunächst zeigten die Truppen bloße Präsenz in der Innenstadt. Koch rasselte mit dem Säbel, um die USA wieder an die Arbeit zu zwingen. Ohne Erfolg. Schließlich erhielt die Nationalgarde den Auftrag, den Müll einzusammeln — und sollten Streikposten mit dem Gedanken spielen, sie daran zu hindern, sollten sie daran denken, daß die Nationalgarde bewaffnet ist. Nun machte die USA ernst. Mit allem schweren Gerät, daß ihnen zur Verfügung stand, fuhren die Müllmänner in die Stadt — nicht, um ihrer Arbeit nachzugehen, sondern um die wichtigsten Einfallsstraßen New Yorks zu blockieren. Bilder gingen um die Welt von grimmig dreinschauenden Müllmännern auf ihren Barrikaden und ratlosen Soldaten, die sich gegenüber standen. Die schlichte, durch nichts zu beeindruckende technische Militanz der Müllabfuhrgewerkschaft ließ Koch nur die Alternative, entweder die Forderungen zu erfüllen oder aber Blut zu vergießen.



Verdreckter Bürgersteig in New York

Der neue Vertrag von 1988 enthielt schließlich genau die 15% mehr Lohn, die die USA verlangt hatte. Eine mit gerade einmal 6.000 Mitgliedern verhältnismäßig kleine Gewerkschaft hatte die Millionenmetropole in die Knie gezwungen.

Matti

Gewerkschaft als Firma

Die Lage der US-Gewerkschaften in den 80ern

Bereits 1947 mussten die amerik. Gewerkschaften mit dem sog. Taft-Hartley-Gesetz eine große Schlappe einstecken. Das Gesetz hob das Prinzip des closed shop, ein dezidiertes Machtmittel der Gewerkschaften, auf, um — so die offizielle Behauptung – auch Unorganisierten das „Recht auf Arbeit" zu garantieren. Desweiteren erhielt der Präsident die Befugnis, Streiks kurzzeitig aussetzen zu dürfen. Die 50er stellten dann eine verheerende Zäsur in der Geschichte der Gewerkschaften dar. So deckte ein Senatsuntersuchungsausschuss 1954/55 den großangelegten Einfluss der Mafia in Gewerkschaftsspitzen auf, was u.a. zum berüchtigten Ausschluss der Teamsters aus der AFL führte. Gleichzeitig reagierten die Gewerkschaften unzureichend auf die Veränderungen im Gefüge der arbeitenden Klasse. Durch das Festhalten am Organisieren bestimmter Gruppen und den Imageverlust verloren sie in den 50ern einen großen Teil ihrer Mitglieder: 1980 waren nur noch ca. 21 Mio. Arbeitende in Gewerkschaften organisiert – gegenüber 61 Mio. unorganisierten. Bis heute hält dieser Trend an: Gegenwärtig sind 13 Mio. (d.h. nur jeder Siebente) organisiert.

Die Gewerkschaften sahen das Heilmittel in Fusionsprozessen, wie z.B. im Zusammenschluss der AFL-CIO, und proklamierten die Notwendigkeit, „Menschenreservoirs" zu erschließen, womit die Strategie des „Organizing" zur Anwendung kam — allerdings nicht in einem emanzipatorischen Sinne zur Entfaltung von Arbeitermacht. Denn die amerik. Großgewerkschaften an sich waren/sind eigene Machtapparate, wie es auch die Bezeichnung „Menschenreservoirs" suggeriert. Zwar verfolgt das „Organizing" offiziell den Zweck, die Interessenvertretung von Arbeitenden zu fördern — tatsächlich verdienen z.B. Organisierte auch deutlich besser als Unorganisierte —, doch im wesentlichen handelt es sich hierbei um einen Kuhhandel: Die „Zünfte" von Gewerkschaftsmitgliedern erhalten quasi als Dienstleistung gewisse Vorzüge im Austausch gegen ihr passives Rollenspiel als Machtbasis der Gewerkschaftsbosse. Nicht umsonst ist in diesem Kontext häufig vom „Gewerkschaftsstaat" die Rede, von einer Macht parallel zu der von Staat und Unternehmen. Nicht nur konservative Gewerkschaftsfeinde halten die Gewerkschaftsbosse für Unternehmer, deren Betriebe die Gewerkschaften seien, sondern gerade die äußere Linke in den USA schätzt diese als besonders reaktionär ein.

Dieser Charakter wird insbes. deutlich an den erheblichen Abgrenzungsstreitigkeiten der Gewerkschaften, obwohl sie sich in interner Struktur und sozialen Vorstellungen nur unwesentlich unterscheiden. Sinnbild dieser Streitigkeiten ist das sog. „Wildern", das Abgreifen von „Menschenreservoirs" in Bereichen, die von anderen Gewerkschaften dominiert werden. Dies steht größtenteils in Zusammenhang mit den Gewerkschaftsrechten: Alljährlich finden in den Betrieben unter Aufsicht des NLRB Abstimmungen statt, welche Gewerkschaft (bzw. ob überhaupt eine) die Vertretung der Belegschaft übernimmt. Dieses Prinzip der Alleinvertretung verschafft den Wahlen einen besonders starken Charakter politischer Konkurrenz. Im Gegensatz zum privaten Sektor unterliegt der öffentliche Dienst nicht der Aufsicht des NLRB. Für Millionen Menschen in diesem Bereich ist es verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifverträge zu verhandeln; durch Erlasse wie das sog. Taylor-Gesetz unterliegen handlungswillige Arbeiter und Gewerkschaften besonderen Restriktionen. Doch im Gegensatz zu den Gewerkschaften in der Privatwirtschaft, die während der 80er ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren, kam es in diesem Zeitraum bei den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes zu einem deutlichen Anstieg der Mitgliedszahlen — bis heute sind 50% aller gewerkschaftlich Organisierten in den USA aus dem öffentlichen Sektor. In diesem Bereich übertrafen sich die Gewerkschaften zeitweise mit kämpferischen Aktionen – leider oftmals von den Gewerkschaftsspitzen forcierte Handlungen zur Unterbeweisstellung des besseren „Dienstleistungsangebots" für die Arbeitenden im öffentlichen Sektor, einem Bereich, in dem das „Wildern" besonders ausgeprägt ist.

Holger Marcks

Vorläufiges über Bruno Vogel (II)

„Es lebe der Krieg!" oder Über den Umgang mit Zensur

Der heute weitgehend vergessene Schriftsteller Bruno Vogel (1898-1987) war in den 1920er Jahren mit seinen Erzählungen und Glossen regelmäßig im „Syndikalist" und anderen Organen der Arbeiterpresse vertreten. Vorübergehend berühmt wurde er durch sein Erstlingswerk, die Erzählungssammlung „Es lebe der Krieg", die einen der bekanntesten Zensurskandale der Weimarer Republik auslöste. Im zweiten Teil dieser dreiteiligen Serie über Leben und Werk Bruno Vogels soll die Darstellung dieses Falles sowie des Buches selbst im Mittelpunkt stehen.

Chronik eines Skandals

Offenbar ermutigt durch erste Veröffentlichungen seiner Texte in der Leipziger Tagespresse 1924, bietet Bruno Vogel seine bereits im Jahr zuvor verfassten Antikriegserzählungen dem als Verleger, Buchhändler, Zeitschriftenherausgeber sehr rührigen Arthur Wolf an, der den zu diesem Zeitpunkt bedeutendsten linken Verlag im mitteldeutschen Raum, „Die Wölfe", leitet. Dort erscheinen sie Ende 1924 unter dem Titel „Es lebe der Krieg!" als eher unscheinbares Heft mit vier Holzschnitten des expressionistischen Künstlers Rüdiger Berlit. Die Anzeige eines bayrischen Dorfpolizisten wegen „Verbreitung von unzüchtigen Schriften" und „Gotteslästerung" führt zum Verbot des Buches und bringt im April-Mai 1925 eine reichsweite Haussuchungs- und Beschlagnahmeaktion ins Rollen, die aber offenbar weitgehend ins Leere läuft, weil die erste Auflage bereits ausverkauft ist.

Noch vor Prozessbeginn lässt der Verleger Arthur Wolf in einer neuen Druckerei heimlich eine zweite unveränderte Auflage in 10.000 Exemplaren drucken, von denen allerdings nur noch etwa 2.000 Exemplare in den Handel gelangen, bevor die Sache auffliegt. Allerdings verläuft eine Haussuchung bei Wolf ergebnislos. Obwohl sich nichts Belastendes findet, wird er in Untersuchungshaft genommen und kann erst unter Androhung eines Hungerstreiks nach fünf Tagen seine Freilassung erzwingen.

Der Prozess findet in erster Instanz vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig statt. Wie Bruno Vogel in seiner autobiographischen Notiz anmerkt: „Die Prozessakten würden eine unübertreffliche Satire darstellen". In der Tat: Selbst die vom Gericht bestellten Gutachter können an dem Buch nichts „Unzüchtiges" entdecken. Was den Staatsanwalt allerdings nicht anficht, der die Gutachter kurzerhand für inkompetent erklärt: „Die Sachverständigen haben ihr Urteil nicht vom Standpunkt der Rechtsprechung abgegeben. (...) Außerdem sind alle diese Gutachten wertlos, denn das normale geschlechtliche Empfinden finden wir bei Intellektuellen nicht." Als ihm klar wird, dass das auch ihn selbst und seine Kollegen einschließt, verbessert er sich schnell in: „... fast nicht." Die Angeklagten, Autor, Verleger und Illustrator, werden schließlich im Januar 1926 zu geringfügigen Gefängnis- bzw. Geldstrafen verurteilt, gegen die sie Berufung einlegen.

Wie man der Zensur ein Schnippchen schlägt

Um das Weitererscheinen des Buches während der noch laufenden Revision zu gewährleisten, entschließen sich Autor und Verleger zu einem ungewöhnlichen Schritt: in einem Akt demonstrativer Selbstzensur werden in einer Neuauflage alle Textstellen, deren „Begriffsinhalt nach dem mir bekannten Sprachgebrauch an sich oder im Zusammenhang notwendigerweise ein sexueller ist" (so der Verfasser), durch schwarze Balken unkenntlich gemacht. Der somit in ein „Dokument für deutsche Sittlichkeit im Jahr 1926" verwandelte Text entpuppt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als kleines Meisterwerk literarischer Satire und subtile Verhöhnung des Gerichtsurteils. Um die absolute Willkür des Unzuchtbegriffs bloßzustellen, hat der Autor alles auf Sexualität Bezogene getilgt, also auch harmlose (?) Begriffe wie „Frau", „Kind", „Heirat", „schwanger", „Gemahlin" usw. Zur Verdeutlichung wird die Ausgabe mit einem Beiblatt ausgeliefert („Die Verbreitung dieser Beilage innerhalb des Deutschen Reiches ist strafbar"), das den Klartext der eingeschwärzten Stellen enthält.



Holzschnitt von Rüdiger Berlit

Die Revisionsverhandlung vor dem Landgericht in Leipzig endet mit einem Freispruch, der schließlich in dritter Instanz vor dem Reichsgericht Bestand hat. Der Haken an der Sache: Der Freispruch gilt nur für die angeklagten Personen, keineswegs für das Buch. Im Gegenteil: Die Kasuistik der Weimarer (Sitten)Richter macht einen feinen, aber entscheidenden Unterschied zwischen dem „subjektiven Bewusstsein der Strafwürdigkeit", das den Angeklagten gefehlt habe (weswegen sie freigesprochen werden), und der Tatsache, dass das Buch im Sinne des Gesetzes „objektiv" unzüchtig sei.

Praktische Konsequenz des Urteils: die endgültige und dieses Mal reale Verstümmelung des Buches: Die „4. (kastrierte) Auflage" (so der Verlag selbst) von 1929 erscheint ohne den zentralen Text „Der Heldentod des Gefreiten Müller III" sowie die auf ihn bezogene Illustration. Bei einem weiteren Text sind die inkriminierten Stellen durch nicht gekennzeichnete Kürzungen und Umformulierungen verschwunden.

„Es lebe der Krieg!" als literarischer Text

In seiner Aussage vor Gericht als Gutachter der Verteidigung hebt Kurt Hiller, Schriftstellerkollege und guter Freund Bruno Vogels, vor allem den literarischen Charakter und den „meisterhaften Aufbau" des Bandes „Es lebe der Krieg!" hervor. Tatsächlich handelt es sich um kein Sammelsurium von Texten, sondern um ein komponiertes Ganzes aus elf Erzählungen. In einer allgemeinen Einleitung wendet sich ein Ich-Erzähler brieflich an eine „Sehr geehrte Frau Geheimrat", die stellvertretend für ein kriegsbegeistertes und patriotisch verblendetes Bürgertum als Adressatin der nachfolgenden Texte fungiert, die der Erzähler mit sarkastischem Understatement als „einige dürftige Blätter aus dem maßlos umfangreichen Lorbeerkranz der herrlichen Zeit seit 1914" bezeichnet.

Derselbe Ich-Erzähler führt durch alle weiteren Texte, in denen er weniger von sich selbst berichtet, als vielmehr die Kriegserlebnisse anderer präsentiert, von denen er durch mündliche Mitteilungen, Briefe oder zufällig aufgefundene Dokumente erfahren hat.

Den effektvollen Auftakt bildet ein als Brief eines Soldaten an seinen Vater gehaltener Bericht über die Frontsituation, der in eine ebenso packende wie makabre Schilderung eines Sturmangriffs mündet. Die drei folgenden, kürzeren Texte stellen jeweils Einzelepisoden des Kriegsgeschehens in den Mittelpunkt, bevor der Spannungsbogen mit den beiden zentralen Texten des Buches seinen Höhepunkt erreicht: „Der Heldentod des Gefreiten Müller III" könnte man als Beitrag zu einer „Sittengeschichte des Weltkriegs" bezeichnen (um den Titel eines bekannten Werkes des zeitweiligen Mentors von Vogel, Magnus Hirschfeld, zu zitieren). „Die ohne Zukunft" ist der längste und formal komplexeste Text des Bandes. Er besteht aus der Wiedergabe eines nur in Fragmenten erhaltenen und vor dem Verschwinden als Toilettenpapier geretteten Theaterstücks eines unbekannten Verfassers. Ein symbolisches Drama, dessen Akteure die Leichen gefallener Soldaten sind, die sozusagen in einen imaginären, postmortalen Dialog über ihre Kriegserlebnisse treten. Nach drei weiteren kürzeren Erzählungen klingt der Band schließlich mit einem knappen, von expressionistischem Pathos getragenen Schlussbild aus.

Das Unglück des Gefreiten Müller III

Doch zurück zum „Heldentod des Gefreiten Müller III", der die Grundlage der Anklage gegen das Buch bildet. Der Ich-Erzähler, der sich hier als „Bruno Vogel" outet — wohl, um den authentischen Charakter des Berichteten zu unterstreichen — schildert, wie er beim Strafexerzieren den Gefreiten Müller III kennen lernt. Bei einer späteren Begegnung erzählt ihm dieser sein Unglück. Er hat sich beim Besuch eines Frontbordells mit Syphilis infiziert. Bei seinem nächsten Heimaturlaub ertappt er seine Frau in flagranti beim Ehebruch. Zur Strafe vergewaltigt und schwängert er sie. Die Frau und das Neugeborene sind ebenfalls mit der Krankheit infiziert. Als Müller III bei einem weiteren Urlaub vom Arzt erfährt, dass Mutter und Kind nicht mehr zu retten sind, erschlägt er beide mit einem Spaten und kehrt an die Front zurück. Nachdem er dem Erzähler seine Tat gebeichtet hat, begeht er Selbstmord.

Der Text besteht weitgehend aus der wörtlichen Rede des Gefreiten. Der Autor Vogel entwirft hier das, was der Literaturnobelpreisträger Elias Canetti später als „akustische Maske" bezeichnen sollte: „Ich meine damit, dass jeder Mensch eine ganz eigene Sprache hat, die sich durchaus von der aller anderen Menschen unterscheidet. Jeder Mensch gebraucht bestimmte Worte, die ihm liegen, die er oft wiederholt. Hat einen anderen Sprechrhythmus, ein anderes Tempo, eine andere Höhe des Sprechens. So dass man, wenn man genau hinhört, die Gestalt eines Menschen schon an dieser 'akustischen Maske', wie ich es nenne, erkennen kann" (Canetti). Mit anderen Worten, die Person wird weniger durch äußere Kennzeichen als durch ihre Sprache charakterisiert, die eine Art sprachlichen Fingerabdruck ergibt. Beim Gefreiten Müller III sind das der sorgfältig wiedergegebene sächsische Dialekt sowie die naive, umgangssprachliche, manchmal derbe Ausdrucksweise, auf die sich dann der juristische Vorwurf der „Unzucht" stützt.

Offenkundig geht es nicht um einige Obszönitäten, vor denen ein vermeintlich zartbesaitetes Lesepublikum geschützt werden müsste, sondern die Brisanz des Textes liegt darin, dass er den Blick vom eigentlichen Kriegsgeschehen abwendet und sich auf dessen „Kollateralschäden" richtet. Die psychische Verrohung, die sich auch in der Sprache niederschlägt, setzt sich in den privaten Beziehungen der Menschen fort und zerstört gerade das, was der patriotischen Propaganda nach durch den Krieg bewahrt werden soll, u.a. Werte wie Ehe und Familie.

Wie oben erwähnt, entlarvt der Verfasser durch eine witzige Selbstzensur die Willkür der Anklage, indem er alle auf das Mysterium der Arterhaltung anspielenden Stellen tilgt. Das Verständnis des Textes wird dadurch nur unwesentlich erschwert, dafür entsteht ein zusätzlicher satirischer Effekt. Nachfolgend ein kurzes Zitat, in dem der Verfasser die Bedeutung der Sprache selbst thematisiert:

„Mancher meiner Vorgesetzten, der mich mit zahllosen, erniedrigendsten Schimpfworten bespieen hatte, bat mich verwundet um Hilfe, um Wasser, um eine erlösende Kugel. Doch eigenartigerweise keiner von ihnen in diesem sonst so beliebten kameradschaftlichen Ton. Derselbe Bataillonsführer, der mir eines Morgens wünschte: „Du dreimal verfluchtes ... Anarchisten ... [schwules Anarchistengeficke], wenn dich endlich ein Volltreffer zu Marmelade zermantschen würde!" — derselbe rief mich vierundzwanzig Stunden später und einige Kilometer westwärts an: „Bitte, Kamerad, helfen Sie mir doch!" Und als ihm dann das ... Anarchisten ... [s.o.] die zerrissene Schlagader vom Blutkreislauf abgeschnürt hatte: „Ach, ich danke Ihnen von Herzen, lieber Kamerad. Sehen Sie, ich habe ja zu Hause ... und drei ...!" [Frau und drei Kinder]



„Frontbordell" (Holzschnitt von Rüdiger Berlit)

Es steht zu vermuten, dass den Weimarer Juristen auch andere Stellen in Vogels Erzählungen sauer aufstießen, die mit der „Unzucht"-Keule sozusagen stellvertretend abgestraft wurden, da sich gegen sie keine direkte juristische Handhabe bot.

In „Reformation" etwa wird geschildert, wie der Krieg gegen den Feind gegenüber dem unversöhnlichen Hass der Soldaten auf ihre Vorgesetzten in der Hintergrund tritt. Während die Kommandeure ihre Truppe gnadenlos verheizen (die Bataillonsstärke schrumpft im Laufe des Textes von 394 auf 19 Mann), lassen sie es sich selbst in einem bombensicheren Bunker gut gehen. So lange, bis sich herausstellt, dass die im Vietnamkrieg als „fragging" bekannt gewordene Methode, sich seiner Vorgesetzten zu entledigen, auch schon vorher praktiziert wurde:

„Wie kichernd purzelten die Eierhandgranaten des 3. Bataillons durch das Ofenrohr hinab. Zuerst hörte man noch etliche spitze Schreie, und der Grammophontenor sang: „Ja, das haben die Mädchen so gerne —" Dann war nur noch das dumpfe Grollen der rächenden Detonationen. Zwischen Achselstücken, Hurenfleisch und Alkohol, 46 Stufen unter der Erde.

Erbitterung frohlockte: „Reformationsfest!"

MH



Neuerscheinungen und Buchtipps:

Magnus Czora, Unter Aufsicht (Roman, Taschenbuch, 161 Seiten, ISBN 3-931504-40-9, Preis: 5,- Euro, Bestelladresse: Packpapierverlag, Postfach 1811, 49008 Osnabrück, Bestellmail: packpapier.verlag@t-online.de)
„Unter Aufsicht" schildert die Erlebniswelt eines libertären vierzehnjährigen Jugendlichen, der auf der Suche nach einer freien Gesellschaft ist und die Erwachsenenwelt zunehmend als absurd empfindet. Er arbeitet sich in Alexander Berkmans „ABC des Anarchismus" hinein, wird politisch aktiv, ist beim Castor-Widerstand zu finden, verlässt schließlich sein Elternhaus, um gemeinsam mit anderen Jugendlichen eine selbstorganisierte Lebenswelt aufzubauen. Der Weg führt in die HausbesetzerInnenszene Zürichs, später nach Berlin. Doch als es gelingt, gemeinsam mit Gleichgesinnten ein selbstverwaltetes Wohnprojekt und eine stabile Lebenslage aufzubauen, zeigt der Staat die Zähne: Räumung, Verhaftung, Zerschlagung der Strukturen. Aber niemals aufgeben. Denn jetzt gibt es kein Zurück mehr ...

Robert Reitzel, „Ich will nur auf einem Ohre schlafen, damit ich keinen Weckruf zur Freiheit verpasse..." (Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Manfred Bosch, Karin Kramer Verlag, Berlin 2004, 269 S., ISBN 3-87956-292-X, 24 Euro)
Robert Reitzel, im Revolutionsjahr 1849 in Baden geboren, als vermeintlicher Taugenichts 1870 in die Vereinigten Staaten abgeschoben, wo er sich eine Weile als protestantischer Prediger durchschlägt, bevor er der Kirche den Rücken kehrt, gründet 1884 in Detroit das literarisch-politische Wochenblatt „Der Arme Teufel", das sich unter seiner Feder zur beliebtesten deutschsprachigen Publikation der USA entwickelt. In den annähernd 700 Nummern, die bis zu seinem frühen Tod 1898 erscheinen, offenbart sich Reitzel als glänzender Schriftsteller, der sich darauf versteht, die radikalbürgerlichen Ideen des deutschen Vormärz mit libertärem Gedankengut zu verbinden. In der vorliegenden Textauswahl konzentriert sich der Herausgeber Manfred Bosch allerdings etwas zu sehr auf den Humoristen, den Verfasser von literarischen Glossen und schnurrig-autobiographischen Texten, die bisweilen etwas deutschtümelnd daherkommen. Vom politischen Publizisten und „undogmatischen Anarchisten" (Nettlau) Reitzel ist allenfalls etwas zu ahnen.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind willkommen.

Der Feind in meiner Stadt

Des letzten Rätsels Lösung: Ed Koch, Rechtsausleger der Demokraten

Ja, ja, der Eddie, der wusste, wie man die Gewerkschaften am Kittel packt." Solche und ähnliche Loblieder auf den ehemaligen New Yorker Bürgermeister Ed Koch lassen sich nicht selten aus konservativen Mündern vernehmen, wenn diese mal wieder bei öffentlichen Streiks über die „steuerverschwendenen" Gewerkschaften vom Leder ziehen. Zwar haftete Koch nicht das Image eines unerbittlichen Gewerkschaftsfressers an – was wohl dadurch bedingt sein dürfte, dass er als Mensch ein relativ mildes Bild abgab –, doch seine antigewerkschaftlichen „Fähigkeiten" waren eines der hervorstechenden Merkmale seiner politischen Wirkungsphase.

Geboren wurde Edward Irving Koch (ausgesprochen: Kotch) am 12. Dez. 1924 in der Bronx. Nachdem er die letzten beiden Jahre des 2. Weltkriegs in der US-Armee gedient hatte, absolvierte er zügig sein Jurastudium, um schließlich in der demokratischen Partei seinen Karrieregelüsten nachzugehen. Nach neun Jahren als Kongressabgeordneter konnte er sich 1978 bei den New Yorker Bürgermeisterwahlen gegen Mario Cuomo durchsetzen und wurde 105. Bürgermeister der Stadt.

In gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zeigte er sich wenig zimperlich. Als im Frühjahr 1980 z.B. die U-Bahn- und Busfahrer in den Streik traten, griff er auf das bis heute gerne verwendete Taylor-Gesetz zurück, das Streiks im öffentlichen Sektor untersagt und die streikenden Gewerkschaften zu Geldstrafen verpflichtet, die sich mit jedem weiteren Streiktag erhöhen. Auf diese Weise konnte der Streik binnen elf Tagen vollends gebrochen werden. Ging er also aus den meisten Auseinandersetzungen als Sieger hervor, so konnte er jedoch nicht über die zu jener Zeit relativ kämpferischen Müllarbeiter Herr werden, die wie z.B. 1988 bereit waren, die Konfrontation bis zum Äußersten zu führen (siehe Zeitlupe auf Seite 14).

Die Wahrnehmung seiner Person in der Öffentlichkeit war sehr ambivalent. Als ewiger Junggeselle war er ständigen Spekulationen über seine evtl. Homosexualität ausgesetzt. Bereits im Wahlkampf von 1978 war ein gegen ihn angewendeter Slogan: „Wählt Cuomo, nicht den Homo!" Koch versuchte dies von sich zu weisen – u.a. zeigte er sich mit einer früheren Miss America in der Öffentlichkeit –, doch die Behauptungen blieben bestehen. Da Koch partiell eine tolerante Haltung gegenüber Homosexuellen einnahm – was damals in den Anfangszeiten von AIDS recht selten war –, glaubten viele, von ihm gewisse Liberalisierungsmaßnahmen erwarten zu können.

Weit gefehlt – denn Koch erwies sich als Rechtsausleger der Demokraten: So war er ein glühender Verfechter der Todesstrafe und praktizierte eine klassische Law-and-Order-Politik. Auch die Schließung von Badehäusern für Schwule im Jahre 1985 wurde von ihm mitgetragen, während er die Polizei gegen Obdachlose einsetzte und starke Maßregelungen für das Verhalten auf öffentlichen Plätzen einführte. Dies korrelierte mit seinem Selbstverständnis, wonach er sich sowohl als Demokrat wie auch Republikaner begriff. So wie er 1980 Ronald Reagan bei den Präsidentschaftswahlen unterstützte, empfahl er bis heute in Wahlfragen meist republikanische Kandidaten – zuletzt George Bush II., dessen Politik er leidenschaftlich verteidigt.

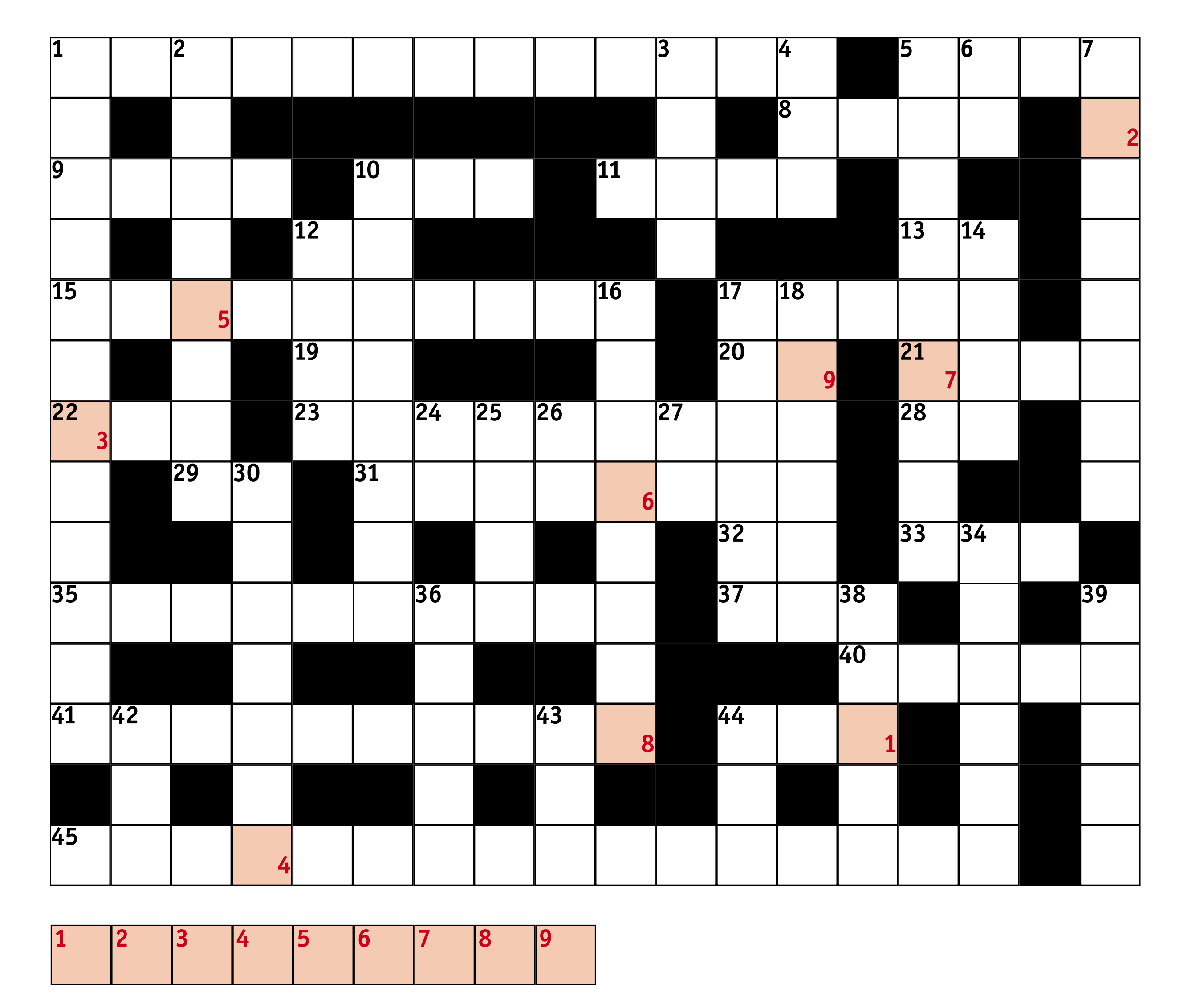
Wie dem auch sei, 1989 wurde er nicht wiedergewählt, als er bereits in den Vorwahlen gegen David Dinkins ausschied. Danach spielte er u.a. einen Anwalt in einer Gerichtssendung und verfasste zusammen mit seiner Schwester ein Kinderbuch ... aber das würde wohl jetzt etwas zu weit gehen.

Holger Marcks



Ed Koch nimmt dem Joint übrigens nicht an.

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 40



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben

Waagerecht

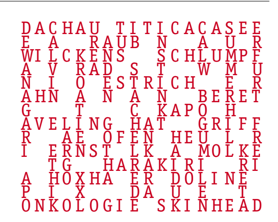
1. Kranführerin und Solidarnosc-Aktivistin auf der Lenin-Werft in Gdansk, die anders als Lech Walesa der Basis treu blieb; Vorname: Anna 5. deutscher Schriftsteller, der sich gegen eine vorweggenommene Verurteilung der Baader-Meinhof-Gruppe in der öffentlichen Meinung wandte und dabei besonders die Methoden der „Bild"-Zeitung angriff 8. Publikumsliebling, Schwarm 9. annähernd, ungefähr 10. engl. Possessivpronomen 11. Kurzform von „Ursula" 12. Symbol für Toilette in manchen Ländern 13. weiblicher Artikel im Französischen, z.B. Die Revolution = ˜ révolution 15. genau so viel 17. Dorf bei Smolensk (Russland), in dessen Nähe die Sowjets 1940 über 4.000 polnische Offiziere hinrichteten; der Fall wurde 1990 bestätigt 19. polnische Währung <Abk.> 20. „˜ Farben": gebräuchliche Abkürzung des Namens vom ehemals größten deutschen Chemieunternehmen, das 1926 aus einer Vielzahl von Chemieunternehmen gebildet und 1946 durch Beschluss des Alliierten Kontrollrates aufgelöst wurde 21. einfache oder trachtenartige Jacke 22. eine der ältesten Plagen der Menschheit, eine Lungenkrankheit, an der jährlich zwei Millionen Menschen sterben <Abk.> 23. Gegenstand, mit dem der stalinistische Agent Ramon Mercador 1940 Leo Trotzkij den Schädel einschlug 28. Kfz-Kennzeichen für Oldenburg 29. Kfz-Kennzeichen für Emsland/Meppen 31. Nachahmermedikamente, die vor allem im Zusammenhang mit der HIV/AIDS-Behandlung preiswert produziert werden und von den Pharmakonzernen lange bekämpft wurden 32. Kfz-Kennzeichen für das Landkreis Eichstätt 33. Mittel gegen Körpergeruch 35. Bildungsangebot zwischen Semestern oder Schuljahren 37. Bundespräsident der BRD (1931-2006) 40. sich betont kräftig und selbstbewusst gebender Mann 41. 1848-49 von Karl Marx in Köln herausgegeben: Die „Neue ˜ Zeitung" 44. aufgewiegelte Volksmenge 45. Nachahmungstäter 45.

Senkrecht

1. seit der Reformation eine kommunalistische christliche Bewegung, in der die Erwachsenentaufe üblich ist 2. in dieser Stadt in den USA wurde 1912 bei einem erbitterten Streik der Textilarbeiterinnen zum ersten Mal die Parole „Bread and Roses!" ausgegeben 3. runde Schneehütte 4. Mohammed ˜ (eigentlich Mohammed ˜ ul-Haq): US-ausgebildeter pakistanischer General, der sich 1977 an die Macht putschte und das Land bis zu seinem Tod in einem Flugzeugabsturz 1988 regierte 5. schlagwortartige Bezeichnung für die indische Filmindustrie 6. Losung gegen den Golf- und Irakkrieg: „Kein Blut für ˜" 7. Langer, schlacksiger Mann 10. RandaliererIn <engl.> 12. internationale Organisation mit 55 größtenteils europäischen Mitgliedsstaaten, die sich die „Sicherung des Friedens" und den „Wiederaufbau" nach Konflikten zum Ziel gesetzt hat <Abk.> 14. den After betreffend 16. amerikanisches Ballspiel 17. jemanden misstrauisch beobachten: auf dem ˜ haben 18. weibl. Vorname, eine der drei griechischen Göttinnen der Anmut 24. Kfz-Kennzeichen für Bad Segeberg und Landkreis 25. Luftreifen <Kurzform> 26. verkehrtes Ei 27. Kfz-Kennzeichen für Kiel 30. jemand, der für die radikale Trennung von Kirche und Staat eintritt <männl. Form> 34. jemand, der professionell Messgeräte einstellt <männl. Form> 36. Facharbeiter in der Käseproduktion <männl. Form> 38. Speisefisch des Mittelmeeres 39. Ausdruck für einen Geheimdienstagenten, der zum Zwecke der Anwerbung eine Liebesbeziehung zu einer weiblichen Zielperson anknüpft 42. Kampagne von „attac" und den Jugendorganisationen einiger DGB-Gewerkschaften ca. in den Jahren 2002-2003: „˜ mit dem schönen Leben!" 43. heiß <engl.> 44. ausgestorbener Riesenvogel Neuseelands

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Joern Zahmel in Neubrandenburg.

Auflösung № 39



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: FAU Frankfurt, E-Mail: fauffm@fau.org
Globales: E-Mail: faub23@fau.org
Hintergrund: E-Mail: faums4@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: fau-kultur@gmx.net
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Stephan Hagemes

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß da 175: 14. April